

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Sparkurs bestätigt:** Die Bundesbank stützt in ihrem jüngsten Monatsbericht die Entscheidung der Bundesregierung für einen auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gerichteten Sparkurs. Der Vorwurf, damit werde die Konjunktur „kaputtgespart“, sei nicht berechtigt; dies beweise die generelle Wirtschaftsbelebung.

**Bush zu INF:** Der amerikanische Vizepräsident Bush hält weitere Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen in Genf (INF) nach einer Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles in Westeuropa weiterhin für möglich. Bush besucht derzeit Rumänien und Ungarn. (S. 8)

**Spanien für NATO:** Die Führung der spanischen Streitkräfte hält in einer von „Diario 16“ veröffentlichten Analyse die Vorteile einer NATO-Mitgliedschaft für größer als etwaige Nachteile. Zu den Vorteilen zählen die Offizierte unter anderem die Stabilisierung der spanischen Demokratie.

**Leere Drohung:** Syriens Drohung mit Angriffen auf die US-Flotte vor der libanesischen Küste bedeutet für die amerikanischen Schiffe keine ernste Gefahr. Anders als die britische Flotte im Falkland-Krieg ist sie gegen Überraschungsangriffe gesichert. (S. 5)

**CSU optimistisch:** Nach dem „Journale“ der CSU-Vorsitzenden mit den Bonner CSU-Ministern erklärt Generalsekretär Wiesheu, nach ersten positiven Anzeichen im Zuge des Milliarden-Kredits an die „DDR“ würden weitere positive Schritte erwartet.

**Ne'man Jerusalem:** Den Ehrentitel „Ne'man Jerusalem“ hat der Stadtrat der israelischen Hauptstadt dem Berliner Verleger Axel Springer verliehen. Bürgermeister Teddy Kollek würdigte Springers Eintreten für das alte Land des jüdischen Volkes und sein Leben in Freiheit, Sicherheit und Selbstständigkeit in einer schlichten Zeremonie. Axel Springer ist der erste Deutsche, dem diese Ehre zuteil wurde. (S. 5)

**Kommunisten:** Auf die starke Beteiligung von Kommunisten in der „Friedensbewegung“ weist Innenstaatssekretär Springer hin. Rund 1,5 bis drei Millionen Menschen könnten zu diesem Thema „bewegt“ werden. (WELT-Gespräch, S. 4)

**EKD gegen Gleichgewicht:** Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) fordert die Abkehr vom Gleichgewichtsdiskurs bei atomarer Rüstung. (S. 8)

**Schlüsse auf Flüchtlinge:** Grenztruppen der CSSR schießen auf drei „DDR“-Flüchtlinge. Nur einem gelingt es, die bayerische Grenze zu erreichen.

**Heute: 38. Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York.** - Premierminister Thatcher für zwei Tage in der Bundesrepublik Deutschland. - Verhandlungen über ein Kulturabkommen gehen nach achtjähriger Unterbrechung in Ost-Berlin weiter. - Spitzengespräch in Bonn mit Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften zur Lehrstellensituation. - Verteidigungsminister Wörner besichtigt NATO-Heeresübung.

### KSZE-Schlußdokument

Als erste deutsche Zeitung veröffentlicht die WELT heute in ihrer Gesamtauflage den vollen Text des Schlußdokuments der Madrider Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die dieser Tage zu Ende ging. S. 1 bis IV

### WIRTSCHAFT

**Edelstahl-Streit:** Die EG-Außenminister gewähren der Brüsseler Kommission in den Verhandlungen mit Washington über handelspolitische Kompensationsmaßnahmen für die Edelstahl-Importrestriktionen volle Rückendeckung. (S. 9)

**Wohnungsbau im Aufwind:** Bundesbauminister Schneider rechnet damit, daß das Jahresziel von 400 000 Wohnungsbau-Genehmigungen erreicht werden kann.

**AG Weser besetzt:** Neben dem Hamburger HDW-Werk ist ge-

stern auch die Bremer Werft AG Weser von Teilen der Belegschaft besetzt worden. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff vor einer Betriebsversammlung. Bundesregierung leistet weitere Hilfe für den Schiffbau. (S. 9)

**Börse:** Zum Wochenanfang verbesserten sich die Aktienkurse auf breiter Front. Der Rentenmarkt war gut besetzt. WELT-Aktienindex 135,7 (135,4). Dollar-Mittelkurs 2,8658 (2,8741) Mark-Goldpreis pro Feinunze 412,25 (405,50) Dollar.

### ZITAT DES TAGES



„Wir können nicht zulassen, daß Westeuropa eine Zone minderer Sicherheit wird und die Sowjetunion die Atomraketen behält, die auf uns gerichtet sind.“

Der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl gestern in Bonn vor Mandatsträgern seiner Partei. FOTO: POLYPRESS

### KULTUR

**Heer gestorben:** Der österreichische Historiker, Dramaturg, Schriftsteller Friedrich Heer ist 67jährig in Wien gestorben. Von 1949 bis 1961 war er als Kulturkritiker der „Furche“ tätig, danach Chefdramaturg des Burgtheaters. (S. 15)

**Beitz geehrt:** Dem Vorsitzenden der Kruppstiftung, Berthold Beitz, ist gestern die Ehrenbürgerwürde der Universität Greifswald verliehen worden. Rektor Bismann würdigte die Verdienste von Beitz um den West-Ost-Handel.

### SPORT

**Motorsport:** Den 12. Todesturz im internationalen Motorsport gab es in diesem Jahr durch den englischen Meister Bob Smith in Scarborough. (S. 7)

**Golf Bernhard Langer (Anhausen)** gewann das internationale Turnier in St. Mellion (England). Er spielt damit in der Europawahl wieder gegen die USA.

### AUS ALLER WELT

**Zeitschriften:** In Frankreich beginnt ein regelrechter „Zeitschriftenkrieg“ mit mehreren Neuerscheinungen. (S. 16)

**Wetter:** Wechselnd wolkig, nur in Bayern noch stark bewölkt. Bis 19 Grad, später freundlicher, aber nur mäßig warm.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Flugzeugträger Japan. Heinz Barth zu Tokio-Verteidigungsplänen. S. 2

**Victor Herman:** Das rätselhafte Schicksal eines brisanten Buches aus dem Gulag. S. 3

**Stiftungen:** Nachhilfeunterricht für das Abenteuer der spanischen Demokratie. S. 3

**Hessen:** Für die Basis ist Brandt die Kultgestalt der SPD geblieben. S. 4

**Kirche:** Dokumentation zur Synode des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“. S. 5

**Forum:** Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 6

**Fußball:** WELT-Interview zum Abschied des früheren Nationalspielers Gerd Müller. S. 7

**Fernsehen:** Einschaltzahlen bei den Nachrichtensendungen „heute“ und „Tagesschau“. S. 14

**Römer:** Im Künstlerbühnenhof Landeck macht die Geschichte einen Halt. S. 15

**Griechenland:** Die Nachbader bekamen den einstimmigen Segen des Parlaments. S. 16

## Bundesbank verteidigt die Sparpolitik der Regierung

Währungshüter: Ausgaben-Anstieg über 1984 hinaus begrenzen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt  
Die wirtschaftliche Wiederbelebung in der Bundesrepublik Deutschland widerlegt nach Auffassung der Bundesbank den Vorwurf, mit einer Konsolidierung der Staatsfinanzen werde die Konjunktur „kaputtgespart“. In ihrem Monatsbericht weist die Bundesbank darauf hin, daß die für 1984 von der Bundesregierung vorgesehenen neuen Eingriffe finanziell nicht so bedeutend seien wie die Maßnahmen der beiden letzten Jahre.

Überdies bestünde nach langem Kommen des wirtschaftlichen Erholungsprozesses weniger Anlaß, kurzfristige konjunkturelle Risiken von Konsolidierungsmaßnahmen zu befürchten. Innen stünden die auf etwas längere Sicht positiven Effekte der Konsolidierungsstrategie gegenüber, die in verbesserten Bedingungen für das Wirtschaftswachstum und in der Rückgewinnung eines finanziell gesunden Handlungsspielraums liegen.

In diesem Zusammenhang, so die Bundesbank, sollte man auch den Einfluß der Konsolidierungsanstrengungen auf die Erwartungen der Wirtschaft nicht unterschätzen.

Die Bemühungen um einen Abbau des Defizits würden darin deutlich,

daß die Ausgabenansätze nur um 1,8 Prozent über das 1983er Haushaltsvolumen hinausgehen; der Rahmen für Mehrausgaben werde fast zur Hälfte durch den höheren Zinsaufwand beansprucht, der im wesentlichen auf die Kreditaufnahme in diesem Jahr zurückgehe.

Die Haushaltsplanungen der Länder und Gemeinden bezeichnet die Bundesbank als noch nicht so weit fortgeschritten, jedoch zeichne sich

SEITE 2:  
Oberpostkassell  
Weitere Beiträge auf  
den Seiten 9 und 10

eine ähnliche Linie wie beim Bund ab. Der von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung vorgeschlagene Aufschub von Einkommensverbesserungen im öffentlichen Dienst würde es vor allem den Ländern erleichtern, den Ausgabenanstieg einzudämmen.

Bei einer Fortsetzung der konjunkturellen Erholung erwartet die Bundesbank nach der bisherigen Haushaltsplanung, daß die Defizite der Gebietskörperschaften im nächsten Jahr deutlich zurückgehen werden. Dabei würde nicht nur wie schon 1982 und 1983 der strukturelle Kern

der Defizite durch die in die Wege geleiteten Konsolidierungsmaßnahmen zurückgeführt. Erstmals sei im Zuge der wirtschaftlichen Aufschwüngen auch damit zu rechnen, daß sich mit kräftiger wachsenden Steuereinnahmen auch die konjunkturelle Komponente der Defizite vermindere.

Das Ziel der Konsolidierung verlaufe freilich, so betont die Bundesbank, daß der Anstieg der Ausgaben auch über das Jahr 1984 hinaus eng begrenzt wird. Als richtigen Schritt auf diesem Wege werten die Bundesbankiers die Empfehlung des Finanzplanungsrats, den jährlichen Zuwachs der öffentlichen Ausgaben in den mittelfristigen Finanzplänen an einer Größenordnung von drei Prozent, also deutlich unter dem erwarteten Tempo des Wirtschaftswachstums, zu orientieren.

Im bisherigen Verlauf dieses Jahres waren die Haushaltsdefizite der Gebietskörperschaften insgesamt um einige Milliarden niedriger als im Vorjahr. Für das Gesamtjahr zeichne sich, so die Bundesbank, ab, daß die Defizite hinter den Planungen zurückbleiben werden, so daß auf den Kreditmärkten etwas Spielraum für die zunehmende private Kreditnachfrage entstanden ist.

## Bonn bestätigt: Neue Linie für Genf

Kanzlerberater heute im Weißen Haus / Pershing 2 als Tauschobjekt? / NATO-Beratungen

RÜDIGER MONTAG, Bonn  
Die Bemühungen der europäischen Partner der USA um eine veränderte, beweglichere Haltung bei den Genf Mittelstreckenverhandlungen gehen heute in eine neue Runde. In Washington wird der Sicherheitsberater Präsident Reagans, William Clark, den Leiter der außenpolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt, Horst Teltschik, empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche der jeweils engsten Berater Reagans und Bundeskanzler Kohls in Fragen der nationalen Sicherheit werden die Aufträge stehen, mit denen US-Chief-Unterhändler Paul Nitze in die nächsten Gespräche mit dem sowjetischen Verhandlungsführer Kwiadinski gehen soll.

Bonn geht es darum, das westliche Konzept für Genf so zu modifizieren, daß am Ende eine Erweiterung der „Flexibilität“ gegenüber der Sowjetunion in der Verhandlungsführung Nitzes möglich werden soll. In Bonn bestätigte der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Boenisch, gestern den Bericht der WELT zu den NATO-Vorbereitungen

für eine neue Genfer Verhandlungsrunde. Zwar betonte der Staatssekretär, er könne wegen der Geheimhaltung der Beratungen keine Einzelheiten preisgeben, doch sagte er im wesentlichen, es sei richtig, daß innerhalb des Bündnisses „modifizierte Anregungen für Genf“ in der Weise erörtert würden, wie die WELT am Vortage berichtet hatte.

Boenisch stellte klar, in dem Brief von Präsident Reagan an den Bundeskanzler und an andere Regie-

den entscheidenden Beratungen für ein verändertes westliches Verhandlungskonzept für die letzte und vor dem Stationierungstermin im Dezember ausschlaggebende INF-Runde zusammengekommen. Trotz des Bemühens auch der Bundesregierung, über die Beratungen der „Special Consultative Group“, die in kleinstem Kreis sich versammelte, den Schleier von Dementis zu breiten, ist nach zuverlässigen Informationen inzwischen klar, daß die USA dem Drängen der Westeuropäer, und unter ihnen vor allem der deutschen Regierung, nachgegeben sind, ihren ursprünglichen Verhandlungsansatz für Genf, der in der „globalen“ Reduzierung aller nuklearen Mittelstreckenwaffen der UdSSR und der USA mit Reichweiten zwischen tausend und fünftausend Kilometern bestand, aufzugeben.

Dem Vorgehen nach wird aber diese sich abzeichnende Kompromißbereitschaft der USA gegenüber Moskau, die die Sicherheit der südostasiatischen Region nach Ansicht von Experten vernachlässigt, als

SEITE 2:  
Hektik

rungscheits seien keine konkreten Zahlen für einen reduzierten Nachschubbedarf der NATO genannt. Dies entsprach dem WELT-Bericht, in dem es unter Berufung auf „zuverlässige Informationen“ geheßen hatte, die Allianz erwäge, ihren Nachschubbedarf möglicherweise auf nur noch 300 westliche Systeme zu beschränken.

Am Montag sind, wie berichtet, die zuständigen Regierungsexperten der NATO an geheimgehaltenem Ort zu-

Fortsetzung Seite 8

## Fällt Beschränkung für Zeitarbeit?

Blum will Gewerkschaften „Brücke“ bauen / 40-Stunden-Woche nur noch Obergrenze

PETER GILLIES, Bonn  
Mit einer Änderung der gesetzlichen Arbeitszeitvorschriften will Bundesarbeitsminister Norbert Blum (CDU) den Tarifparteien einen „Appetitkuchen“ anbieten, um flexible Arbeitszeiten stärker zu nutzen. Dazu würden alsbald die Arbeitszeitordnung und das Recht über Zeitarbeit geändert, sagte Blum gestern in einem Gespräch mit Journalisten.

In der neuen Arbeitszeitordnung sollen der 8-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche lediglich als Obergrenze festgelegt werden. Alle Verkürzungen dieser Regelung stünden den Tarifpartnern zur Änderung offen. Eine in jedem Betrieb unterschiedliche Flexibilisierung (wie sie von Blums Parteifreundin Birgit Breuel angeregt wurde) lehnt der Arbeitsminister jedoch ab.

Als „Brückenbau“ für die Gewerkschaften will Blum auch das Projekt Zeitarbeitsvertrag verstanden wissen. Nach geltendem Recht sind Zeitarbeitsverträge nur bis zu sechs Mo-

naten zulässig (bei „Leiharbeit“ bis zu drei Monaten). Dadurch verzichten viele Unternehmen darauf, entsprechende Arbeitskräfte nachzufragen und führen lieber Überstunden ein. Aber gerade in flauen Konjunkturzeiten müsse es möglich sein, flexible Arbeitsplätze abseits der bisherigen Schemata anzubieten, argumentierte Blum. Ein Betrieb müsse die Möglichkeit haben, befristet Arbeitsplätze anzubieten, um seine Kapazitäten besser auszulasten.

Zur „Arbeit auf Bestellung“ (der Arbeitnehmer wartet auf den Anruf durch den Arbeitgeber, um dann einzuspringen) teilt der Minister die Bedenken der Gewerkschaften. Er meint, die Bereitschaft müsse begrenzt oder teilweise als Arbeitszeit abgezogen werden. Diese „kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit“ (Kürzel: Kapovaz) wird von den Gewerkschaften bekämpft.

Die Bundesregierung sieht in den Projekten flexibler Arbeitszeitgestaltung eine Reaktion auf die, wie Blum

formulierte, „zweite Dimension des Arbeitsmarktes“. Viel zu stark sei heute das Arbeitsrecht auf den Kündigungsschutz fixiert. Tatsächlich gehe es aber um die Wiedereingliederung der Arbeitslosen. Die vielen Schutzvorschriften für die Arbeitsbesitzer seien bereits in eine Behinderung der Arbeitssuchenden umgeschlagen.

Die Wirtschaft befände sich nicht mehr im Gleichschritt einer Fließbandgesellschaft, sondern ihr böten sich neue Chancen der Individualisierung. Diese müsse sie nutzen, forderte Blum. Ihm sei klar, daß er damit eine „Entwöhnung“ für die Gewerkschaften heraufbeschwöre, die auf kollektive Denkweisen abonniert seien. Deswegen müsse man ihren tarifpolitischen Spielraum erhalten.

Der Vorstoß, juristisch flexible Arbeitszeiten zu ermöglichen, wird durch Denkmodelle einer Frührente mit 58 Jahren ergänzt. Hierbei sind wesentliche Details jedoch noch ungeklärt (etwa die Kostenfrage).

## „Prawda“ entstellt KSZE-Wahrheit

Partei-Organ verschweigt Bestimmungen des Schlußdokuments über humanitäre Fragen

fun./AFP, Moskau  
Die Sowjetführung hat offenbar nicht vor, allen ihren 270 Millionen Staatsbürgern das Schlußdokument der Madrider KSZE-Folgekonferenz und die daraus für die UdSSR erwachsenden Pflichten voll zugänglich zu machen. Nur die Monatschrift „Internationales Leben“ und das Wochenmagazin „Neue Zeit“ sollen den Wortlaut veröffentlichen. Das Parteiorgan „Prawda“ (Wahrheit) mit einer Auflage von knapp elf Millionen druckte lediglich einen „ausführlichen Text“, in dem die Bestimmungen über humanitäre und kulturelle Fragen durch Auslassungen regelrecht verstümmelt werden. Die Passagen des Dokuments, die konkret das Vorgehen bei Anträgen auf Familienzusammenführung und Ausreise darlegen, wurden auf wenige Sätze zusammengestrichen.

So wird lediglich die Spitzenleserschaft der beiden Exklusiv-Schriften erfahren, daß sich die Außenminister der europäischen Staaten, der USA und Kanadas in Madrid auf Familienzusammenführung und eine Auswanderungspolitik ohne die abschreckenden Praktiken geeinigt haben, wie sie im Ostblock gang und gäbe sind. Den um Auswanderung bemühten Menschen in der UdSSR wird praktisch verschwiegen, daß über ihre Gesuche nach dem Willen der KSZE-Teilnehmer „so zügig wie möglich“ und „im Normalfall innerhalb von sechs Monaten“ entschieden werden soll. Auf den sowjetischen Amtswegen brauchen Emigrationsanträge oft mehrere Jahre.

Verschwiegen wird den Sowjetbürgern auch, daß sich die 35 Konferenzstaaten verpflichteten, bei Emigra-

tionsanträgen keine „Veränderung der Rechte und Pflichten der Antragsteller“ vorzunehmen. Der auswanderungswillige Sowjetbürger verliert in der Regel seinen Arbeitsplatz und das in einem Land, wo man bei fehlendem Arbeitsnachweis als „Schmarotzer“ zu Gefängnis verurteilt werden kann. Wesentlich gekürzt wurden auch die Madrider Vereinbarungen über den gegenseitigen Informations- und Kulturaustausch.

Bundesaußenminister Genscher versicherte in einem WELT-Interview, der Westen habe in Madrid Ergebnisse durchsetzen können, die sich in realen Erleichterungen für die Menschen niederschlagen würden.

Die WELT veröffentlicht heute auf den Seiten I-IV den vollen Wortlaut des Schlußdokuments des Madrider KSZE-Folgetreffens.

### DER KOMMENTAR

## Die fünfte Kolonne

HERBERT KREMP

Mit der Massen-Aktion „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ unternimmt die CDU den Versuch, die Ordnung der Begriffe wiederherzustellen. Das Wort Frieden, das die Opposition von dem gestaltgebundenen Begriff der Freiheit losgeschraubt hat, fristet ein notleidendes Dasein. Es kann, alleingelassen, ebenso einen Zustand der Harmonie wie einen Unterwerfungszustand meinen. Frieden ist beliebig deubar und in diesem Sinne manipulierbar, solange man nicht sagt, was sein politischer Inhalt sein soll. Frieden um jeden Preis ist nicht akzeptabel. Das weiß jeder, der das Leben kennt.

Raketen-Diskussion und „Friedensbewegung“ leiden an einer manipulativen Verzerrung des Grundbegriffs. Dem klaren Verstand will nicht eingehen, warum der Frieden durch die vorhandene sowjetische Übermacht weniger gefährdet sein soll als durch eine erkennbar maßvolle westliche Nachrüstung, die nur unter bestimmten Bedingungen vollzogen werden wird: dann nämlich, wenn Moskau sein Übergewicht nicht reduziert. Die Frage appelliert an die Logik. Diese ist freilich nicht die Stärke der „Friedensbewegung“ und eines Teils der Opposition. Dort regiert die Emotion, der „unbedingt“ gewordene Wille, den Splitter im eigenen Auge zu sehen und nicht den Balken im Auge des anderen. So entsteht ein

unpolitischer Friedensbegriff, ein realitätsfremder und wehleidiger, der sich immer in die Unterstellung krümmen muß, die raketenstarrten Sowjets wollten „ja auch nichts Lieberes als den Frieden.“

Es ist zu begrüßen, wenn die CDU in ihren 10 000 Kreisverbänden den Realitäts-Ausgleich einem Friedensbegriff entgegensetzt, der durch die Qualität der Freiheit – sie schließt den Willen, frei zu bleiben, stets ein – Sinngehalt bezieht. Ob es etwas hilft, werden wir in den nächsten Monaten sehen. Die Gegenkräfte sind stark und bis in die Unterhaltungssektoren des Rundfunks wirksam. 1,5 bis drei Millionen Friedensbewegte werden von 150 000 gesuchten Kommunisten-Freunden bewegt, die ihren „Frieden“ als Keule gegen die Freiheit benutzen. Das ist die „fünfte Kolonne“, um Geißler Wort aufzunehmen, nicht die Sozialdemokratische Partei, die der Generalsekretär pauschal bezieht.

Auch die korrekte Beziehung des Gegners gehört zur Ordnung der Begriffe. In der Auseinandersetzung um das Wort Frieden kann die Regierung und ihre Koalition auf die SPD nicht verzichten. Die Partei ist im Geiste gespalten. Das heißt aber, daß einer ihrer Teile für den realistischen Frieden kämpft. In dem Kampf, der mit dem Herbst nicht endet, ist dieser Teil ein Verbündeter.

## „729 nukleare Sprengköpfe gegen Westeuropa gerichtet“

Kohl nennt neue Zahlen der sowjetischen SS-20-Rüstung

MANFRED SCHELL, Bonn  
Bundeskanzler Helmut Kohl hat der Mehrheit der SPD den Willen und die Fähigkeit abgesprochen, in den elementaren Fragen der Sicherheitspolitik die deutschen Interessen zu vertreten. Auf einer Veranstaltung mit CDU-Kreisvorsitzenden zum Auftakt der „Aktion 10 000 Friedens-tage“, mit der die Union die Auseinandersetzung über die ethischen Grundlagen und politischen Ziele der Friedenspolitik aufnehmen will, sagte Kohl gestern in Bonn: „Die Mehrheit der SPD findet sich schon mit der klaren militärischen Übermacht der Sowjetunion ab.“ Die Gefahr, die uns von den SS-20-Raketen drohe, „wird verdrängt, zum Teil gar verleugnet“.

Der Bundeskanzler nannte in seiner einstündigen Rede die neuesten Zahlen der SS-20-Rüstung. Zur Zeit seien auf Westeuropa „243 sowjetische SS-20-Raketen mit 729 nuklearen Sprengköpfen“ gerichtet. Der Aufbau der Abschußrampen „geht immer noch weiter. Das westliche Bündnis hat dem bis jetzt nichts Vergleichbares entgegenzusetzen.“

Der Kanzler machte der SPD schwere Vorwürfe, griff aber nicht die Anschuldigung von CDU-Generalsekretär Geißler auf, die SPD werde mit ihrer Politik zur „fünften Kolonne“ Moskaus. Die SPD falle, so formulierte Kohl, zurück in die „sicherheitspolitische Isolation“ der fünfziger Jahre, aus der sie Männer wie Herbert Wehner herausgeführt hätten. Die Union müsse heute die Politik von Helmut Schmidt „gegen dessen eigene Partei durchsetzen“.

## Washington honoriert die Bündnistreue Portugals

Eanes bei Reagan / Neuer Vertrag für Azorenstützpunkt

ROLF GÖRTZ, Madrid  
Der portugiesische Staatspräsident General Eanes hat bei seinem USA-Besuch Präsident Reagan und Verteidigungsminister Weinberger versichert, daß Portugal die NATO-Mitgliedschaft Spaniens begrüße – als Verstärkung der Iberischen Halbinsel im europäisch-atlantischen Konzept. Der General sprach im Konjunktiv: Portugal würde sich freuen, wenn Spanien auch weiterhin Mitglied bliebe.

Die Äußerungen Eanes' spiegeln die portugiesische Außenpolitik gegenüber der NATO wider; die spanische Partnerschaft im Atlantikpakt wird vorsichtig beurteilt und damit die Aufwertung der eigenen Position verbunden. Washington honoriert die Bündnistreue und sagte Portugal eine weitere Unterstützung seiner Streitkräfte und die wirtschaftliche Entwicklung der Azoren zu. Die zur Zeit gültige interimistische Abmachung für die Benutzung des Azorenstützpunktes Lajes durch die USA soll bis Februar 1984 durch einen neuen Vertrag ersetzt werden.

Das außenpolitische Ziel der Reise

Lange vorbei sei die Zeit, in der Georg Leber die Sicherheitspolitik der Partei gestaltet habe. Eine SPD-Gliederung nach der anderen mache Front gegen den NATO-Doppelbeschluss, einzelne forderten sogar den Austritt aus dem Bündnis.

Der Kanzler nutzte die Gelegenheit, die Position der Bundesregierung und der Union zu beschreiben. „Für uns gibt es keinen gleichen Abstand zur amerikanischen Demokratie und zur sowjetischen Diktatur. Unser Land steht nicht zwischen beiden, sondern auf der Seite der Freiheit, der USA.“ Wer jetzt zur Nachricht nein sage, der ermuntere Moskau, sein zur Abrüstung zu sagen. Er bringe die Sowjetunion ihrem Ziel näher. „Dem politischen Sieg im atomaren Frieden.“ Wenn 1983 kein konkretes Verhandlungsergebnis erzielt werde, dann werde nachgerüstet. Ohne diesen Zeitdruck würden die Verhandlungen „zur Farce“, sagte Kohl. „Der Frage Kompromiß ist nicht eine Frage der Zeit, sondern eine Frage des Willens.“

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner sagte, pro Woche produziere die Sowjetunion „einhalb Raketen mehr“. Dennoch drohe in Europa kein Krieg, denn die Sowjets seien „keine Idioten, keine Selbstmörder“. Ihr Ziel sei es, militärische Stärke zur „politischen Erpressung“ einzusetzen. Deshalb sei Angst für Demokraten „tödlich“.

Der niederrheinische CDU-Vorsitzende Wilfried Hasselmann forderte eine „offensive“ Auseinandersetzung der Union über den Weg zur Friedenssicherung.

des Präsidenten steht diesmal durchaus im Einklang mit der Außenpolitik der Regierung – was sonst nicht immer der Fall ist. Portugal ist seit Jahren eine Doppeldeckschiff zwischen Präsident und Kabinett gewohnt – zum Ärger früherer Regierungen. Jaime Gama, Außenminister des Koalitionskabinetts der Sozialisten und Sozialdemokraten, spielt den alten Gegensatz herunter. Als kürzlich der frühere Außenminister der Revolutionen und Präsidentenberater Oberst Melo Antunes persönliche Botschaften des Präsidenten an die Staatspräsidenten in Angola und Mocambique überbrachte – Melo Antunes vertritt durchaus eigene Ziele einer linksorientierten Politik der Dritten Welt –, reagierte Jaime Gama mit der bisher fehlenden Gelassenheit. „Alles abgesprochen.“

Sachlich gibt es tatsächlich eine Annäherung der Standpunkte. Eanes ist wieder auf Westkurs eingeschwenkt; die linksorientierten Rätegeber haben im Belem-Palast erheblich an Einfluß verloren. Der persönliche Gegensatz zwischen Präsident und Regierung blieb jedoch bestehen. (SAD)

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Hektik

Von Rüdiger Moniac

Auch wenn die westlichen Regierungen mit Informationen über die Vorbereitung des neuen NATO-Verhandlungskonzepts für die Genfer Mittelstreckenrunde, die letzte und entscheidende vor dem Beginn der Stationierung, äußerst zurückhaltend sind – eines kann man sicher sagen: daß eine fast schon dramatische Hektik festzustellen ist. Die Regierungsexperten tagen im kleinsten Kreis, damit strenge Vertraulichkeit gewahrt werde. Wer dennoch Einblick hat, gewinnt den Eindruck, als sei bei ihnen die ruhige Bedachtsamkeit dahin. Allein diese aber kann helfen, in den schwierigen Fragen der Rüstungskontrolle über Mittelstreckenwaffen, den richtigen Weg zu finden. Sie dürfen vor allem nicht losgelöst werden von der Frage danach, was die westliche Sicherheit gebietet.

Was indes in dieser westlichen Vorbereitungsrunde geschieht, erweckt den fatalen Eindruck, als wolle die NATO, koste es, was es wolle, der „Friedensbewegung“ beweisen, man habe das äußerste an Kompromißbereitschaft gegenüber der Sowjetunion gezeigt. Würde sich dieser Eindruck bewahren, könnte sich Moskau zufrieden zurücklehnen. Der Kreml hätte erreicht, was immer sein Ziel war: Die westlichen Regierungen beugten sich einem vielstimmigen Chor eigener Bürger nach beinahe schon bedingungsloser Abrüstung.

Noch ist es allerdings nicht soweit. Wenn aber Washington vornehmlich auf Bonner Intervention hin Zugeständnisse um Zugeständnisse für Genf nur um der lieben Flexibilität willen macht und weil Bonn auf den gewaltigen innenpolitischen Druck hinweist, dann muß man fürchten, daß am Ende die westliche Sicherheit auf der Strecke bleibt.

In diesen Tagen steht die Verantwortung für den Staat bei den mit der Regierung Beauftragten und bei jenen, die diese parlamentarisch stützen, auf dem Prüfstand. Viele, besonders in Bonn, haben häufig und unüberhörbar erklärt, solange Westeuropa von SS-20-Raketen bedroht sei, sei auf die ballistische Rakete Pershing 2 im westlichen Nachrüstungskonzept nicht zu verzichten. Sie sollten standhaft bleiben.

## Umsturz-Potential

Von Werner Kahl

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) unterwandert mit Tarnorganisationen verstärkt Gewerkschaften und Gruppierungen der grün-alternativen Szene – diese als Schwarzmalerei quitierten wiederholten Warnungen des parlamentarischen Staatssekretärs Carl-Dieter Spranger wurden jetzt von kompetenter Seite aufgeheilt. Vor dem Forum des „Krefelder Appells“ in Bonn zog die DKP-Funktionärin Martha Buschmann eine Bilanz der konkurrierenden Energien, die – frei nach Ranke – Weltgeschichte ausmachen, und lobte, die Aktivität Tausender kommunistischer Betriebsarbeiter“ an der deutschen Volksfront.

Die Situation zu Beginn des politischen Herbstes hat für die orthodoxen Kommunisten eine, so wörtlich, wahrhaft historische Dimension. Unbeeindruckt davon, daß die Partei aus den Wahlen der letzten Jahre überall mit einer Null vor dem Komma hervorging, stecken die KP-Strategen bereits die Positionen für Offensiven danach ab. Auf dem Aktionsfeld, wie es sich derzeit anbietet, wird mit einer Manövriermasse von 1,5 bis etwa drei Millionen Menschen gerechnet – Umsturz-Potential.

Welche Politik den einzelnen Partnern eines rot-grün-alternativen Bündnisses paßt, steht dabei nicht auf der Tagesordnung. Für Lenins Enkel lautet die Frage vielmehr, wer zum Schluß wen dominieren werde. Die Genossen haben ihr Pensum gelernt, wonach es, laut Lenin, in der Zeit der Explosionen und Ausbrüche schon zu spät sei, eine Kampforganisation zu schaffen und mit der Agitation zu beginnen; „in Bereitschaft stehen“, wenn der Umsturz auf die Tagesordnung gesetzt wird, ist die Losung dieses Herbstes.

Es sei nach wie vor das erklärte Ziel der DKP, warnte unlängst das Vorstandsmitglied der IG Bergbau und Energie, Horst Niggemeier, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verändern, wobei für naive Zeitgenossen angedeutet werden muß, die deutschen Kommunisten trachten durchaus danach, die sozialistische Revolution – wenn es geht – friedlich, das heißt ohne Bürgerkrieg, zu vollenden. Auf diesem Weg kündigte die DKP durch Martha Buschmann ihren Partnern unter Grünen und Sozialdemokraten beim „Krefelder Appell“ „gute Freunde“ an: „Die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten“.

## Oberpackesel

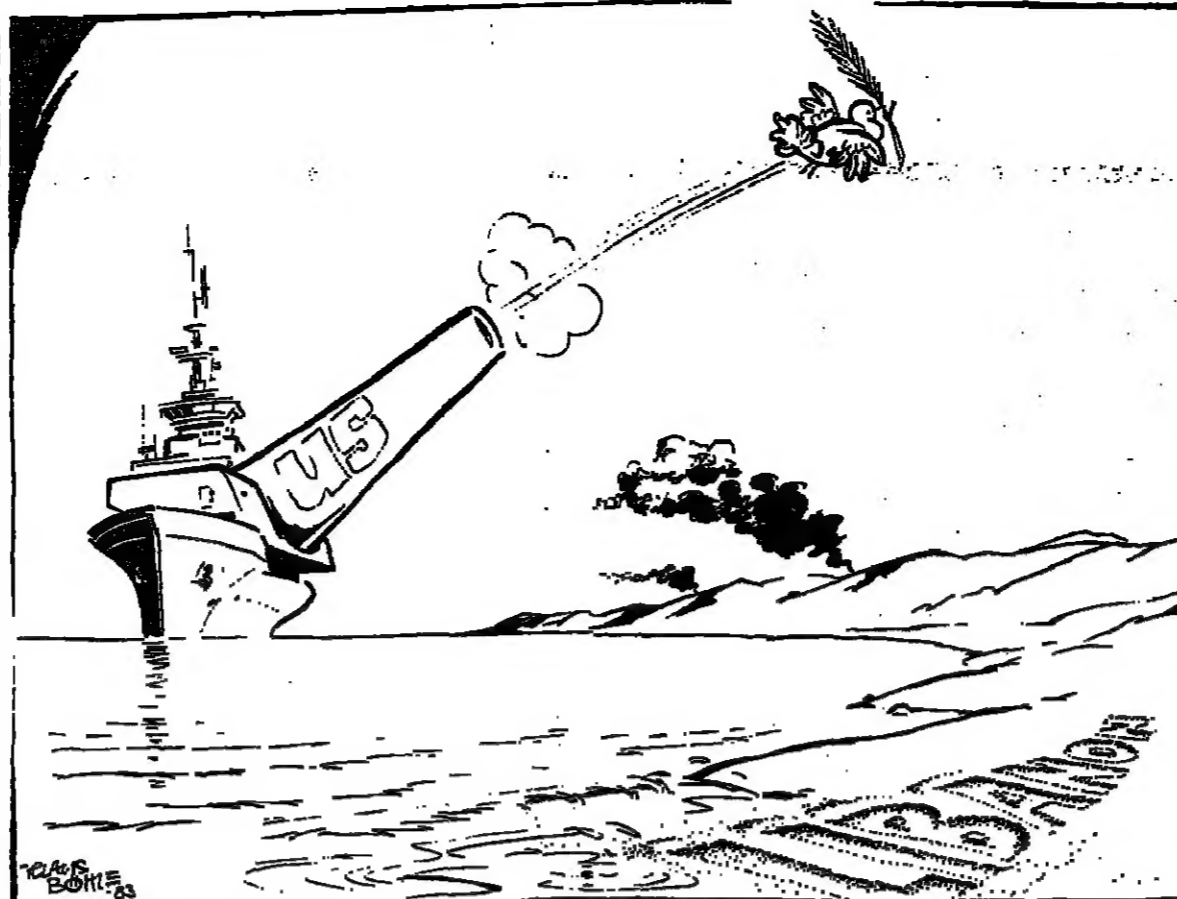
Von Claus Dertinger

Viel Kasse ist nötig, damit den in arger Verschuldungsklemme steckenden Entwicklungsländern geholfen werden kann. Diese Finanzhilfe wird vor allem vom Internationalen Währungsfonds (IWF), aber auch von den internationalen Entwicklungsbanken und natürlich auch von den privaten Banken erwartet. Dabei ist der IWF am meisten gefordert. Die Bundesbank fürchtet, daß er sogar überfordert wird, und das vor allem aus zwei Gründen. Einmal, weil allzu großzügige Hilfe die eigenen Sanierungsanstrengungen der Schuldner erlahmen lassen könnte. Zum anderen, weil einigen wenigen starken Ländern unverhältnismäßig große Hilfsraten aufgebürdet werden.

Vor der Jahrestagung des IWF und der Weltbank sind weltweit Bestrebungen unverkennbar, die internationale Zahlungskrise nach dem Motto „Geld heilt alles“ zu überwinden. Doch ein immer neues Auftreten von Schulden ist auf Dauer nicht tragbar, warnt die Bundesbank, und zwar nicht nur für die Schuldner selbst, sondern auch für die Geldgeber. Deswegen sollte der IWF sparsam mit seinen Mitteln umgehen.

Es gibt eine Reihe trickreicher Vorschläge, wie man den IWF finanziell stärker ausstatten könnte. Doch letztlich zählt nur die finanzielle Kraft der starken Länder, die hinter ihm stehen. Die Opfer, die sie dafür zu bringen haben, könnten zu groß werden, fürchten die Frankfurter Notenbankiers. So berechtigt ihre Bedenken auch sind: Wenn nicht alles täuscht, werden sie bei den internationalen Krisenmanagern nicht genügend Gehör finden. Zu groß ist die Furcht, es könnte mangels Kasse zu einem Crash kommen, der die ganze Weltwirtschaft in eine Krise stürzt.

Dies zu verhindern, ist natürlich die Aufgabe der internationalen Institutionen. Aber nicht ihre allein. Auch die privaten Banken und natürlich vor allem die Schuldnerländer selbst sind zu einem Beitrag aufgerufen. Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Jetzt kommt es darauf an, den richtigen Verteilungsschlüssel für die Lastenübernahme zu finden. Angesichts der sich ausbreitenden Erwartung, der IWF werde dabei die Rolle des Oberpackesels übernehmen, ist das klare Wort der Bundesbank angebracht. Man kann den IWF auch zu schwer beladen.



Die Friedenstruppe

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

## Flugzeugträger Japan

Von Heinz Barth

Zu Beginn des Jahres hatte Yasuhiro Nakasone, wenige Wochen nachdem er japanischer Regierungschef geworden war, während seines Besuchs in Washington mit der Forderung aufgetreten, Japan müsse zu einem „unsinkbaren Flugzeugträger“ gemacht werden. Mehr noch – es müsse sich in Schicksal-Verbundenheit mit den USA zu einem militärischen Faktor entwickeln, der stark genug ist, die Seewege und Meerebenen um das fernöstliche Inselreich zu kontrollieren.

Starke Worte, die man seit 1945 noch nie aus dem Mund eines japanischen Premiers gehört hatte. Dennoch hielt sich die Überraschung in Grenzen, mit der die Japaner auf dieses Signal reagierten. Von Nakasone war seit jeher bekannt, daß er einen größeren Beitrag Japans zu seiner eigenen Sicherheit und der des nordöstlichen Pazifiks für eine Überlebensfrage hält. Die Entscheidung, vor die er die Japaner damit fast vier Jahrzehnte nach ihrer katastrophalen Niederlage zum ersten Mal stellt, hat historische Dimensionen. Es ist die höchst unbequeme Frage, ob die Mentalität der Nation präpariert ist, überfällige Konsequenzen aus dem parasitären Mißverhältnis zwischen ihrer enormen Wirtschaftskraft und der Enthaltsamkeit zu ziehen, mit der sie bisher den militärischen Keuschheitsgürtel trug.

Nakasone sah früher als andere, daß die Zeit des Umdenkens nahe. Die Brutalität, mit der die Sowjets den südkoreanischen Jumbo exekutierten, bewirkte einen Stimmungsumschwung der japanischen Öffentlichkeit, der sich schon vorher andeutete hatte. Mit dieser Untat fügten die Sowjets nicht nur ihren Beziehungen zu Amerika irreparablen Schaden zu. Sie haben damit auch ein neues Verteidigungskonzept in Japan zur Diskussion gestellt. Der Preis, den Moskau im Fernen Osten für die Spionage-Hysterie zahlen muß, die zum Abschluß der Verkehrsmaße führte, ist exorbitant.

Die japanische Presse, die bisher überwiegend für größere Unabhängigkeit von den USA eingetre-

ten war, beginnt jetzt die Vorteile einer engen Partnerschaft mit Washington neu zu entdecken. Das Verbrechen von Sachalin stellt eine kaum noch zu widerlegende Rechtfertigung des sicherheitspolitischen Kurses dar, den Nakasone seit bald einem Jahr verfolgt. Alarmiert von der Massierung sowjetischer Mittelstrecken-Raketen in der Baku-Region, die neben Rotchina und Südkorea auch sie bedrohen, entwickeln die Japaner neuerdings Verständnis für den Plan Nakasones, einen Konsultations-Mechanismus mit der NATO zu schaffen, der das Inselreich, sollten die französischen Widerstände zu überwinden sein, in das strategische Konzept des Westens einbeziehen würde. Mit der Boeing 747 sind manche Tabus in den Pazifik versunken. Das Tabu unter anderem, daß Japans Verteidigungsausgaben ein Prozent des Brutto-Sozialproduktes keinesfalls überschreiten dürfen.

Zwar ist Artikel 9 der von den Amerikanern inspirierten Verfassung, mit dem Japan grundsätzlich auf Streitkräfte und jede Art von Kriegführung verzichtet, noch in Kraft. Aber der Nachweis, daß der Artikel auslegungsfähig ist, wurde längst erbracht. Es waren die Amerikaner, die nach dem Korea-Krieg darauf drängten, die Verfassung so

zu interpretieren, daß zu ihr Selbstverteidigungskräfte ohne Offensivcharakter nicht unbedingt in Widerspruch stehen. Ein Präzedenzfall für die Wiederaufrüstung, die Nakasone anstrebt, existiert also – schon seit 1959. Was bisher eine Remilitarisierung blockierte, war das Schockerlebnis des einzigen Volkes, das den Schrecken des Atomkrieges am eigenen Leib erfahren hat.

Manches deutet darauf hin, daß die Ereignisse der letzten Monate einen Prozeß der Umorientierung eingeleitet haben. Es war nicht die Ungeduld Washingtons, die ihn in Gang brachte. Es war der sowjetische Vorschlag in Genf, den Teil der SS-20-Raketen, deren Stationierung in Europa für die NATO unannehmbar ist, hinter den Ural zu verlegen. Damit ging den Japanern ein Licht auf, daß die Bundesrepublik und ihre Nachbarn nicht die einzigen sind, die unter dem Druck des Sowjet-Expansionsismus erpressbar werden sollen. Die Sorge, daß Moskau ähnliche Ziele gegen das immense Industrie-Potential Japans verfolgt, liegt nahe. Das heißt: Es geht in Genf nicht nur um ein eurozentrisches Sicherheitsproblem – es geht auch um Japans Sicherheit.

Wohl hat sich Juri Andropow inzwischen beeilt, den kapitalen Fehler der sowjetischen Fernost-Diplomatie soweit wie möglich zu korrigieren. Einige der überzähligen Raketen sollen nicht nach Sibirien verlegt, sondern angeblich verschrottet werden. Aber der Schaden ist nun einmal angerichtet. Er dürfte länger nachwirken als das Jumbo-Verbrechen. In diesem veränderten Klima ist nicht auszuschließen, daß der japanische Premier den Wunsch Reagans durchsetzen kann, in einem Radius von 1600 km um das Inselreich die Verteidigung des Pazifiks gemeinsam mit der US-Navy zu übernehmen. Fast vierzig Jahre hat Japan sich von Amerika verteidigen lassen. Noch lange wird der Hiroshima-Pazifismus Emotionen freisetzen. Doch auf die Dauer wiegen die machtpolitischen Tatsachen schwerer als alle Emotionen, so begreiflich sie sein mögen.



Erkannte, daß es Zeit zum Umdenken ist: Japans Premier Nakasone. FOTO: AP

## Die Zeit zum Handeln, nicht die Zeit zum Streiten

Das Engagement in Libanon konfrontiert Reagan mit einem Verfassungsproblem / Von Thomas Kieflinger

Als hätte sie nicht genug mit der Aufgabe, eine Lösung für den täglich unlösbarer erscheinenden Libanon-Konflikt zu finden, sieht sich die Reagan-Administration jetzt in der gleichen Frage in einen internen Streit mit dem Kongreß verwickelt – obwohl dieser mit überwältigender Mehrheit hinter der fortdauernden amerikanischen Militärpräsenz in Libanon steht. Der Streit geht um die Auslegung der Verfassung, speziell um die Anwendbarkeit eines Gesetzes aus dem Jahre 1973, das dem Kongreß eine bis dahin nicht vorhandene Gewalt über die Ausübung der amerikanischen Außenpolitik zuspricht: die Gewalt, Kriege zu führen und Kriege zu beenden.

Die amerikanische Verfassung spricht sich über diese zentrale Frage amerikanischer Macht leider – wie in vielen anderen Fällen auch – höchst zweideutig aus. Artikel 1, Absatz 8 dieser Verfassung besagt: „Der Kongreß soll die Macht haben... Krieg zu erklären... Armeen aufzustellen und zu unterhalten... und alle Gesetze zu erlassen, die der Ausführung der obigen Befugnisse dienen.“ Dagegen stellt Artikel 2,

Absatz 2 fest: „Der Präsident soll Oberkommandierender der Armee und der Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten sein.“

Historisch hat es nie einen Zweifel gegeben, daß die Exekutive das unbestreitbare Vorrecht zum Befehl über den Einsatz amerikanischen Militärs besitzt. Vom Unabhängigkeitskrieg bis zum Korea-Krieg und dem Konflikt in Vietnam handelten die Präsidenten nach Maßgabe der Verteidigungspolitik, die sie für richtig hielten und zu verantworten hatten. Der Kongreß war an den jeweiligen militärischen Entwicklungen nur beteiligt, indem er sie entweder nachträglich sanktionierte oder sie, wie verfassungsmäßig beauftragt, Schritt für Schritt finanzierte.

Diese Auslegung der Verfassung hat sich seit dem Ende des Vietnam-Krieges und dem Zusammenbruch der exekutiven Hoheit unter Präsident Nixon drastisch gewandelt. Im „War Powers Act“ vom November 1973, dem Gesetz über das Führen von Kriegen, legte der Kongreß penibel fest, unter welchen Bedingungen amerikanisches Militär in Feindseligkeiten oder Situationen, in denen deutlich ist, daß Feindseligkeiten unmit-

telbar bevorstehen, eingesetzt werden darf. Erste Auflage ist, daß der Präsident binnen 48 Stunden nach Entsenden amerikanischen Militärs in solche beschriebenen Situationen dem Kongreß Bericht erstatten, daß er „den vorgesehenen Umfang und die vermutliche Dauer des US-Engagements“ erklären muß, daß aber der Einsatz maximal nicht länger als 90 Tage dauern darf, es sei denn, beide Häuser des Kongresses geben dazu ausdrücklich die Bewilligung.

Generell legte sich der Kongreß im „War Powers Act“ von 1973 die Macht zu, jede amerikanische militärische Involvement in Übersee durch legislatives Veto in beiden Häusern einfach zu beenden. Die Verfassungskonformität dieses letzten Punktes wurde freilich im Juni dieses Jahres durch den Obersten Bundesgerichtshof in Zweifel gezogen.

Doch unabhängig davon, ob die im „War Powers Act“ ausgestellte Veto-Vollmacht des Kongresses verfassungswidrig ist oder nicht: Das Gesetz verlangt eine Mitsprache des Kongresses bei amerikanischen militärischen Einsätzen in Übersee; diese Mitsprache geht so weit, daß

## IM GESPRÄCH Manuel Noriega

### Wer die Nationalgarde hat ...

Von Günter Friedländer

Im Frühjahr übernimmt ein neuer Mann das Kommando über die Nationalgarde Panamas: Oberst Manuel Antonio Noriega (45). Er hält damit die auch nach Ansicht der Panamer einzigen wirkliche politische Kraft der kleinen Republik in Händen. Sie hat Torrijos an die Macht gebracht, und General Ruben Dario Paredes, den Noriega als Kommandant der Garde ablöst, will 1984 Panamas Präsidentschaftswahlen gewinnen.

Zwar soll die jüngste Verfassungsreform den Einfluß der Nationalgarde eindämmen, aber pragmatische Panamer meinen, das werde wenig an der Tatsache ändern, daß in Lateinamerika das Heer eine überragende Stellung im Leben der Nation einzunehmen pflegt. Noriega gilt für die meisten seiner Landsleute als ein rätselhafter Mann. Mit Recht: Seine Spezialität ist die Abteilung G-2: Spionageabwehr, und der Kampf gegen Rauschgiftschmuggler und gegen die Guerrilla, die oft eng miteinander verbunden sind. Zu den Offiziersschulen, die er besuchte, zählen Chorrillo (Peru), Fort Sherman und Fort Bragg (USA). Spezialkurse in der Bekämpfung des Drogenschmuggels absolvierte er in Kolumbien, Schweden und Peru. Er ist weit gereist und hat ein eindrucksvolles Dienstblatt.

Dieser Berufssozialist hat nach der Ansicht seiner Landsleute keine politischen Ambitionen. Einige bezweifeln das allerdings: Seit dem vergangenen 14. Dezember, als er zum Chef des Generalstabs avancierte, begünstigten Beförderungen zu oft seine Freunde.

In den politischen Parteien fragt man sich, ob Noriega bei den Präsidentschaftswahlen des kommenden



Einblick in viele Dossiers: Oberst Noriega. FOTO: AP

Jahres den Einfluß der Nationalgarde zugunsten des General Paredes ins Spiel bringen wird. Noriega hat 21 Dienstjahre in der Garde hinter sich, aus der er laut Gesetz bei der Vollendung des 26. Dienstjahres ausscheiden muß. Er mag politisch interessiert sein als er sich anmerken läßt, und die verbleibende Dienstzeit ist gerade richtig, um dann selbst – abermals als Nachfolger Paredes – ein Kandidat bei den übernächsten Präsidentschaftswahlen zu werden.

Panamas Politiker beunruhigt nicht so sehr Noriegas rätselhafter Charakter wie die Tatsache, daß seine Rolle im Geheimdienst und der Abwehr des Rauschgiftschmuggels ihm Einblick in die Geheimnisse vieler Landsleute gewährt hat, die sich ihm irgendwann in den Weg stellen könnten. Das mache ihn zu einem panamaischen Fouché. Und wo hätte man je einen mächtigen Mann gesehen, der von seiner Macht keinen Gebrauch machen wollte?

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### BADISCHE ZEITUNG

Das Freiburger Blatt merkt an Geißler an: Die CDU würde sich einem Gefallen erweisen, wenn sie ihrem Generalsekretär Geißler ein vorübergehendes Redeverbot auferlegte. Denn sein Bedürfnis, berechtigter Polemik in unqualifizierter Demagogie umzumünzen, ist offenbar so unstillbar, daß der damit am meisten seiner eigenen Partei schadet... Es ist einfach dümmlich... seine Zuflucht zu moralischen oder politischen Diskreditierung des Andersdenkenden zu nehmen, statt darzulegen, wessen Position falsch ist. Wer indes glaubt, auf diesem Niveau argumentieren zu müssen, der sollte wenigstens so konsequent sein und das Gerede vom mündigen Bürger aus seinem Wortschatz verbannen.

### YA

Die israelisch-kubanische Mediation Zeitung streicht die Rolle Genscher im Ost-West-Dialog heraus:

Der deutsche Minister unternimmt eine titanische Anstrengung, um den Dialog zwischen den Supermächten zu fördern und eine Eskalation der Eurokrise zu verhindern. Sollte es in Genf zu einer Übereinkunft kommen, die die Nichtstationierung der amerikanischen Pershing und den teilweisen Abbau der SS 20 erlauben sollte, dann hätte man Genscher und nicht einem amerikanischen oder russischen Politiker den Friedensnobelpreis zu geben.

### SAARBRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es über Gromyko UNO-Absatz:

Es geht um die schwache Position der Sowjetunion im UN-Plenum selbst. Gromyko meidet die UN-Sitzung, weil er dort diesmal schwere

Abstimmungsniederlagen klar voraussehen und kein Interesse haben kann, das außenpolitische Fiasko durch seine persönliche Anwesenheit zu befeuern. Zumal der Antrag auf eine Ächtung der Rüstung im Kosmos, den die Sowjetregierung nach einer Empfehlung von Parteiführer Andropow auf die Tagesordnung setzen ließ, könnte diesmal unter dem Eindruck der ergebnislosen Menschenrechtskonferenz über Sachalin bei Stimmhaltung vieler sonstiger sowjetischer UN-Kombattanten aus der Dritten Welt durchfallen.

### DIE PRESSE

Das in Wien erscheinende Blatt kommentiert die Bombardierung palästinensischer Dörfer durch die Sowjets:

Wer erinnert sich noch an die amerikanischen Flächenbombardements auf Stützpunkte der Guerrillas im damals noch neutralen Kambodscha und die weltweiten Proteste dagegen? Gestern, Sonntag, drangen sieben sowjetische MiG-21 in den palästinensischen Luftraum ein und bombardierten Dörfer im Kurram-Tal, die islamischen Rebellen als Stützpunkte dienen. Im Krieg um Afghanistan, Moskaus Vietnam, folgen die Sowjets einer barbarischen Supermachtslogik, die geographische Grenzen ebenso mißachtet wie solche der Ethik und der Humanität. „Luftwarschuld“ dieser Art hat es seit der Machtübernahme Karmals in Kabul und seit der Invasion Afghanistans durch mehr als 100 000 Sowjetsoldaten öfters gegeben. Dennoch, der schmutzige Kolonialkrieg der Sowjetunion bleibt von der Weltöffentlichkeit fast unbeachtet. Millionen, die einst gegen die US-Intervention in Indochina aufgetreten waren, starren heute wie gebannt auf den Genfer Raketenpoker und „vergessen“, daß der Krieg bereits stattfindet.

# Das rätselhafte Schicksal eines brennenden Buches

Der Amerikaner Victor Herman lebte 45 Jahre lang in der Sowjetunion und erlebte dort die Schrecken des Gulag. Als er nach Amerika zurückkehrte, beschrieb er seine Erlebnisse. Sein Buch fand großes Interesse, wurde verfilmt. Doch dann brach sein Verlag mit ihm - und brachte ein Buch von Breschnew heraus.

Von ERNST HAUBROCK

Als kürzlich der sowjetische Generalstabchef Nikolai Organkow in Moskau vor westlichen Journalisten versuchte, den Abschied des koreanischen Jumbos und den Tod von 269 Unschuldigen zu rechtfertigen, saß in Southfield im US-Staat Michigan der 68jährige Amerikaner Victor Herman vor dem Fernsehgerät und verfolgte den in der Geschichte der Sowjetunion bisher einzigartigen Vorgang mit bitterem Lächeln.

Victor Herman gehört zur Handvoll Überlebender der stalinistischen Terror- und Säuberungswellen, in deren Verlauf über 20 Millionen Menschen systematisch getötet wurden. Er verbrachte 45 Jahre seines Lebens in der Sowjetunion, zehn davon in Vernichtung- und Zwangsarbeitslagern.

Herman war 16 Jahre alt, als er mit seiner Familie und 300 Landsleuten von den Ford-Werken in Detroit nach Gorki geschickt wurde, um dort im Auftrag der Sowjetregierung eine Automobilfabrik aufzubauen. Der junge Mann entwickelte sich zu einem Flieger-As und Weltrekord-Fallschirmspringer und wurde von der Sowjetpresse gefeiert. Doch 1938 wurde er ohne ersichtlichen Grund, ohne Anklage verhaftet. Zu beschreiben, was er danach an Unmenslichkeiten und Willkür erlitt und mitansah, sträubt sich fast die Feder. Bevor er endlich 1976 als einziger der 300 von Detroit seine Heimat wieder sah, warnte ihn beim letzten Verhör ein Offizier der Geheimpolizei KGB: „Wenn Sie nach Amerika kommen, wird sich niemand für Ihr Leben in der Sowjetunion interessieren. Wenn Sie ein Buch schreiben, können wir dafür sorgen, daß Sie keinen Verleger finden.“

Heute fragt sich Victor Herman, ob er der phantastischen Drohung, die er damals als Einschüchterungsversuch abtat, nicht doch mehr Bedeutung hätte beimessen sollen. Er fragt sich, ob der lange Arm des KGB vielleicht bis in einen angesehenen großen Buchverlag der USA reicht, um dort verlegerische Entscheidungen zu beeinflussen.

In der Automobilstadt Detroit herrschten Arbeitslosigkeit und tiefste wirtschaftliche Depression, als Samuel Herman, Vectors Vater, sich von der sowjetischen Vertretung bei den Ford-Werken für das Projekt in Gorki anheuern ließ. Der gebürtige Russe aus jüdischer Familie war unter dem Zaren als Marxist und Arbeiterführer verfolgt worden und vor dem Ersten Weltkrieg in die Vereinigten Staaten ausgewandert. Dort trat der versierte Mechaniker in die kommunistische Partei Amerikas ein. Das von Henry Ford und den Sowjets ausgehandelte Projekt in Gorki schien ihm die Verwirklichung eines Traumes. Mit seiner Frau und den drei jüngeren Kindern reiste er im Winter 1931 per Schiff nach Rußland. Den 300 US-Bürgern wurde weitab

von der Stadt Gorki ein armseliger Hüttenkomplex zugewiesen, der fortan offiziell das amerikanische Dorf hieß.

Als die ersten noch aus in Amerika produzierten Teilen montierten Ford-Lastwagen fertig waren, befahl Stalin zu Propagandazwecken ihre Fahrt nach Moskau. Der inzwischen 18jährige Victor Herman, der im offiziellen Wehrsport durch herausragende Leistungen im Boxen, in der Leichtathletik und beim Schießen aufgefallen war, wurde als einer der Fahrer ausgewählt. Beim Empfang im Kreml fand ein General der Roten Armee, der später der stalinistischen Säuberung zum Opfer fiel, an dem frischen, jungen Amerikaner Gefallen und veranlaßte, daß er in die Flieger-Kadettenschule aufgenommen wurde.

In den nächsten Jahren entwickelte sich Victor zum besten Flieger der Schule. Er brach den Weltrekord im Höhen-Fallschirmspringen, er flog als Pilot von in Deutschland gekauften sowjetischen Passagiermaschinen nach Königsberg und Berlin, wurde von der Sowjetpresse als „russischer Lindbergh“ bejubelt und war als Pilot für den ersten sowjetischen Flug nach Amerika vorgesehen, als seine Fliegerkarriere plötzlich zu Ende ging. Er hatte die als hohe Auszeichnung gedachte Aufnahme in die kommunistische Partei und seine Registrierung als Sowjetbürger dankend abgelehnt, weil er Amerikaner bleiben wollte. Als Arbeitsloser mußte er zurückkehren in das amerikanische Dorf. Die Mutter war inzwischen gestorben.

Unvermittelt wurde Victor Herman verhaftet. Tagelange Verhöre und Forderungen durch sadistische Vernehmer, die mit erpressten Schuldgeständnissen Karriere machten. Halbt geprügelt und mehrfach bis zur Bewußtlosigkeit gequält, unterschrieb Herman mit blutverklebten Augen schließlich ein Schriftstück, in dem, wie der Vernehmer sagte, der Beschuldigte gestand, das Ergebnis eines Baseballspiels zwischen Jugendmannschaften des amerikanischen Dorfes und von Gorki an einen Konkurrenz-Club verraten zu haben. Das Spiel hatte nie stattgefunden. Für „politische Verbrechen“ wurde Herman ohne Gerichtsverhandlung mit zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

## Hungerrationen und meterhoher Schnee

Im Lager für „politische Verbrecher“ jenseits des Urals wurde mit Weisung von oben systematisch die physische Vernichtung der Insassen betrieben. Unerschütterliche Arbeitsnormen bei Hungerrationen, meterhohem Schnee, Minustemperaturen bis 50 Grad und dünner Lumpenbekleidung. Victor Herman überlebte, weil er eine brennende Konstitution hatte und vom Willen besetzt war, nicht zu sterben.

Hermans Hoffnung, nach zehn Jahren die Freiheit zu erlangen, trog. Ohne Erklärung wurde er 1948 nach Krasnojarsk in Zentralsibirien verfrachtet. Er durfte die Stadt nicht verlassen und mußte ständig der Geheimpolizei zur Vernehmung zur Verfügung stehen.

Trotz allem: Herman hatte Glück. In Krasnojarsk stieß er auf einen Vernehmer der Geheimpolizei, der aus



Ein neues Leben in Detroit: Victor Herman mit Tochter Zina, seiner Frau Galina und Tochter Svetlana. FOTO: RON LAYNER

Hermans Papieren ersah, daß der Verbannte sowjetischer Boxmeister im Weltgewicht gewesen war, und heuerte ihn als Trainer des Boxclubs der örtlichen Polizei an. In einer Sporthalle lernte Herman die Gymnastiklehrerin Galina kennen. Die beiden wurden ein Paar, aber eine Eheschließung mit der Russin wurde ihm verboten, auch als die beiden wußten, daß sie ein Kind haben würden. In der Nacht, nachdem Galina ihm gesagt hatte, daß sie schwanger war, wurde der erfolgreiche Boxtrainer verhaftet und wegen Verstoßes gegen die Regeln in das sibirische Dorf Jenissei verbannt.

Es war Mitte Dezember 1952. Ein Lastwagen des NKWD fuhr mit ihm die halbe Nacht nach Norden bis ans Ende der befestigten Straße, wo Herman den Befehl erhielt, den Rest des Weges, etwa 80 Kilometer, bis zu seinem Verbannsort zu Fuß zu gehen, bei hohem Schnee und 40 Grad Kälte. Dort habe er sich bei der NKWD-Dienststelle zu melden. Der inzwischen 37jährige Amerikaner schaffte das Unmögliche. In Jenissei hackte er sich aus dem vereisten Schnee eine Höhle als Unterkunft. Die Tochter Svetlana war zehn Monate alt, als Galina mit dem Kind auf dem Arm ihren Gefährten fand und mit ihm in die Höhle im Eis einzog.

Nach zwei Jahren durfte Herman nach Krasnojarsk zurückkommen, wo er wieder Boxtrainer beim Polizeiclub wurde, als ob nichts gewesen wäre. 1956 erhielt er ein offizielles Schreiben, worin erklärt wurde, er sei zu Unrecht beschuldigt worden und nunmehr wieder ein unbescholtener Bürger. 1968 wurde ihm das Privileg zugestanden, sich frei in der Sowjetunion bewegen zu dürfen. Er erhielt einen Orden, eine Rente von 100 Rubeln monatlich und durfte als Englischlehrer arbeiten. Das ehrenvolle Angebot, in die Partei einzutreten, lehnte er wie schon 30 Jahre zuvor dankend ab.

Es dauerte acht weitere Jahre des Kampfes gegen die Schikarren der staatlichen Bürokratie, er mußte noch eine schwere Herzkrankheit und einen Schlaganfall überstehen, bis Herman ausreisen durfte, in die US-Botschaft in Moskau einen amerikanischen Paß ausgereicht bekam und nach New York fliegen konnte. Nach 45 Jahren kehrte Victor Herman allein in seine Heimat zurück und ließ sich in Detroit nieder, wo er Kindheit und frühe Jugend verbracht hatte. Im Mai 1977, 15 Monate später,

durften die Töchter dem Vater nachreisen, und nach einem weiteren Jahr kamen auch Frau Galina und deren Mutter.

Herman hatte sich sowjetischer Druckmethoden bedient, um die Ausreisegenehmigung für seine Angehörigen zu erzwingen. Er hatte die Behörden in Moskau wissen lassen, er werde bei einer Verweigerung seine sowjetischen Erlebnisse als Buch veröffentlichen. In Wirklichkeit war das auf jeden Fall seine Absicht. Sein Manuskript war fertig, bevor Galina in Amerika eintraf. Er wählte den Titel „Coming out of the Ice“.

Als das Erscheinen des Buches angekündigt wurde, erhielt Victor Herman zwei Anrufe in russischer Sprache. Der erste kam von einem anonymen KGB-Agenten und bestand aus Drohungen. Der zweite Anruf kam von Victor Zorin, Chefkommentator des sowjetischen Staatsfernsehens, ein weltgewandter Mann. Zorin versuchte vergeblich, Herman davon zu überzeugen, daß der stalinistische Terror für immer der Vergangenheit angehören werde und daß sich seit der Übersiedlung des guten Freundes Victor Herman nach Amerika in der UdSSR alles zum Besseren gewandelt habe.

Einer der größten amerikanischen Verlage, Harcourt Brace Jovanovich, brachte das Buch 1979 auf den Markt. Die Kritiken waren überwiegend in ihrem Lob.

Aus dem ganzen Land baten Buchhändler um Hermans Besuch. Bis zu 15mal am Tag trat er in Fernseh- und Hörfunkinterviews auf. Universitäten bemühten sich um ihn als Vortragenden.

Aber dann geschah etwas, das Victor Herman zuerst nicht begriff. Buchhändler beklagten sich bei mir, sie könnten keine Nachschubbestellungen vom Verlag bekommen. Einer sagte, er sei aus New York aufgeföhrt worden, alle noch vorhandenen Exemplare von „Coming out of the Ice“ zurückzuschicken. Als ich beim Verlag persönlich vorstellte wurde, hatte niemand für mich Zeit. Man ließ mich stundenlang warten, und ich wurde wie eine Unperson behandelt. Als ich in einem großen Geschäft in Washington, ohne mich als Autor zu erkennen zu geben, nach meinem Buch fragte, führte mich ein Verkäufer zu einem Regal, wo er es nicht fand, statt dessen aber die gesammelten Reden und Erklärungen von Leonid Breschnew.“

Im neuen Programm-Katalog des

Verlages fand Herman das Breschnew-Buch an der Stelle, wo er die Ankündigung einer Neuauflage seines Buches erwartet hatte. Von Harcourt Brace Jovanovich bekam er einen knappen Brief: „Wir entbinden Sie von allen Verpflichtungen als Autor.“ Auch als Hermans Buch von der Fernsehgesellschaft CBS verfilmt und landesweit mit hohen Einschaltquoten ausgestrahlt wurde, fragten Interessenten vergeblich nach dem Buch.

## „Warum wurde mein Buch unterdrückt?“

Mittlerweile macht er sich aus der merkwürdigen Sache auch einen Reim: „Warum wurde mein Buch unterdrückt, während der Verlag das einschläfernde langweilige Propagandagewimmel von Breschnew herausbrachte? Da muß doch ein Zusammenhang bestehen. Ich kann es mir nur so erklären, daß damals das Breschnew-Buch von der Sowjetunion für eine hohe Summe im Auftrag gegeben wurde und daß dem Verlag vor Vertragsabschluß mehr oder weniger diskret zu verstehen gegeben wurde, ein Verschwinden des Herman-Buches sei wünschenswert. Ich habe dafür keinerlei Beweise. Aber anders macht das Ganze keinen Sinn.“

In einem Telefoninterview bestritt William Jovanovich, der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens Harcourt Brace Jovanovich, gegenüber der WELT jeden Zusammenhang, bezeichnete die Darstellungen Hermans als Lügen und als typisches Verhalten eines enttäuschten Autors. Jovanovich weiter: „Er (Herman) muß paranoid sein, er muß verrückt sein. Hören Sie, ich habe Andrej Amalrik, ich habe Eugenia Ginsberg, George Conrad, Milovan Djilas gedruckt. Man kennt mich als Verleger osteuropäischer Dissidenten. Was zum Teufel soll das?“

Auf die Entgegnung, Victor Herman vermute, daß der Verlag vom KGB als Werkzeug benutzt werde, antwortete Jovanovich: „Das ist eine Verleumdung. Wenn er das öffentlich sagt, werde ich ihn verklagen. Und ich möchte Ihnen raten, vorsichtig zu sein. Ich kann auch Sie verklagen.“ Alle Fragen über das Zustandekommen des Breschnew-Buches, nach den Motiven und Hintergründen der Veröffentlichung, lehnte der Verleger entschieden ab: „Das geht Sie absolut nichts an.“ (SAD)

# Nachhilfeunterricht für das Abenteuer Demokratie

Das Arbeitsgebiet der Parteistiftungen liegt in der Dritten Welt. Doch es gibt eine Ausnahme: die Iberische Halbinsel. Dort geben sie den jungen Parteien „Nachhilfeunterricht“ für praktische Demokratie.

Von PETER SCHMALZ

Touristen verirren sich selten über die kurvige Bergstraße hinaus zu dem weißgetünchten Haus, von dessen Terrasse bei klarer Sicht Gibraltar und Afrika schemenhaft zu erkennen sind. Die betuchten Urlauber bleiben drunten am schattigen Strandhain von Marbella, die weniger begüterten füllen östlich davon die Betonstufen von Fuengirola und Torremolinos. So ahnen sie nichts von der deutschen Flagge, die nur wenige Kilometer landeinwärts in der steifen Brise weht, zusammen mit der rot-gelb-roten Flagge Spaniens und der grün-weiß-grünen der autonomen Provinz Andalusien.

Doch drei Fahnen über dem Hauseingang sind dem bayerischen Sozialminister Fritz Pirkel zu wenig. „Da muß eine vierte her“, bestimmt er, kaum daß er dem Bus entstieg, ist der ihn vom Flugplatz bei Malaga abgeholt hat. Und so wird demnächst auch das bayerische Weiß-Blau in Spaniens südlicher Sonne wehen. Denn das Wort des Ministers aus München gilt in dem kleinen Bergdorf Ojen als Befehl, ist Fritz Pirkel doch Vorsitzender der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung und diese wiederum Besitzer des weißen Hauses, dessen Aktivitäten auf der Iberischen Halbinsel mit Hochachtung beobachtet werden. „Spanien hat eine schwierige Geschichte hinter sich, weshalb für uns die Hilfe, die uns Deutschland anbietet, wichtig ist“, urteilt der spanische Oppositionsführer Manuel Fraga Iribarne. „Die Kurse der Hanns-Seidel-Stiftung sind dabei ein wesentlicher Beitrag zur Bildung unserer demokratischen Kultur.“

Hier aber ist Spanien in der Tat ein Entwicklungsland - wie spanische Gesprächspartner unumwunden zugeben - und erfüllt damit die Voraussetzungen für die Stiftungen deutscher Parteien, sich neben ihrer über das Auswärtige Amt koordinierten Arbeit in der Dritten Welt auch an der europäischen Südwestflanke zu betätigen. Der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung wird sogar direkte Einflußnahme auf die Entwicklung der Politik in Madrid unterstellt, indem sie Regierungschef Felipe Gonzalez und seine regierende Sozialistische Arbeiter-Partei PSOE zum Eindämmen des marxistischen Einflusses in den eigenen Reihen veranlaßt und dabei erhebliche Geldbeträge als wirksames Druckmittel eingesetzt haben soll.

Ob der demokratische Entwicklungsprozeß erfolgreich fortgeführt werden kann, steht noch in den Sternen - und deren Konstellation scheint augenblicklich für Spanien nicht günstig. Der ideologische Machtkampf in den Reihen der Sozialisten wird erst erwartet, und ob die rechtskonservative Alianza Popular die Einheit im bürgerlichen Lager sichern und unter Fragas Führung bis zu den nächsten Wahlen in drei Jahren einen deutlichen Zugewinn an Stimmen kassieren wird, wagt heute noch niemand vorherzusagen. Die Demokratie bedeutet für Spaniens Politiker ein Abenteuer, in das

sie sich mit einer buntgewürfelten Mannschaft stürzen mußten, ohne auf eine sichere Verankerung im Volk bauen zu können. Die Zahl der Parteimitglieder ist gering, die Zahl der neuen Mandatsträger auf Landes-, Regional- und Kommunalebene dagegen enorm hoch. „Da wurden Leute in die Parlamente geschickt, deren Unterschrift auf dem Mitgliedsausweis noch feucht war und über deren Herkunft die Parteien nichts ahnten“, berichtet Rainer Glasgow, Projektleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Madrid.

„Wir mußten nach Franco an einem Nullpunkt beginnen, für den es in ihrer jüngeren Geschichte keinen Vergleich gibt. Ihr Tausendjähriges Reich dauerte schließlich nur zwölf Jahre“, ein spanischer Parlamentsabgeordneter schildert die iberische Situation am Beispiel der Alianza Popular in wenigen Zahlen: Die Volksallianz hatte vor den Oktoberwahlen 30 000 Mitglieder, allein 25 000 waren für die reine Wahlarbeit erforderlich, bis zu den Kommunalwahlen im Frühjahr mußten 21 000 Mandatsträger in die verschiedenen Parlamente entsandt werden. Walter Lewalter, Gesandter an der deutschen Botschaft in Madrid: „Die Parteien sind leergefegt, da muß nun nachgeschoben werden.“

Die Mitgliederzahl steigt zwar stetig, doch das Wissen, wie Demokratie im täglichen Leben realisiert wird, weist noch beträchtliche Lücken auf. Pirkel: „Hier setzen wir mit unserer Arbeit an.“ Die Kurse der Friedrich-Ebert- und Hanns-Seidel-Stiftung ähneln sich weitgehend, die einen schulen die Sozialisten, die anderen die Bürgerlichen. Im andalusischen Ojen lernen Kommunalpolitiker das kleine Einmaleins der Stadtpolitik.

Vor den Kommunal- und Regionalwahlen im Frühjahr wurden Kurse abgehalten wie „Funktion und Führung von Rathäusern“, nach den Wahlen blühten 74 Bürgermeister und Regionalabgeordnete. „Das neue Arbeitsrecht“, andere studierten „Die Probleme der Urbanisierung“, die dritten pakteten das „Öffentliche Gesundheitswesen“. Die Seminare werden zu 70 Prozent von der Stiftung finanziert, 30 Prozent zahlt der spanische Partner, die Fundación Canovas del Castillo, die Stiftung der Alianza Popular.

Der Ausflug nach Spanien (wie auch das gleichzeitig laufende Engagement in Portugal) wird für die deutschen Stiftungen am Tag beendet sein, an dem die beiden Länder der Iberischen Halbinsel Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden. Bis dahin begegnen sich deutsche Christsoziale und Sozialdemokraten auf spanischem Boden mit beachtlicher Hochachtung. Dieter Konlecht, Projektleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, ließ es sich nicht nehmen, zum Handschlag mit Fritz Pirkel eigens herbeizureisen. Und über die Parteigrenzen hinweg weiß man sich im internen Konkurrenzkampf auch einig in einer kleinen Schadenfreude über eine andere deutsche Stiftung: Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung hatte auf die bisherige christdemokratische Regierungspartei UCD gesetzt, die sich nach den Oktoberwahlen auflöste. CSU-Mann Glasgow schmunzelt: „Das Pferd ist unter ihr zusammengebrochen.“

Materialaufwand vH									
1979									
Ordnung	Konkurrenz	Rang	Konkurrenz	Rang	Konkurrenz	Rang	Konkurrenz	Rang	Konkurrenz
1	28.1	11	32.4	18	32.4	18	32.4	18	32.4
2	32.8	10	33.3	17	33.3	17	33.3	17	33.3
3	35.3	9	36.5	16	36.5	16	36.5	16	36.5
4	36.5	8	38.4	15	38.4	15	38.4	15	38.4
5	38.4	7	39.4	14	39.4	14	39.4	14	39.4
6	39.4	6	40.7	13	40.7	13	40.7	13	40.7
7	40.7	5	42.3	12	42.3	12	42.3	12	42.3
8	42.3	4	43.5	11	43.5	11	43.5	11	43.5
9	43.5	3	44.7	10	44.7	10	44.7	10	44.7
10	44.7	2	45.8	9	45.8	9	45.8	9	45.8
11	45.8	1	46.9	8	46.9	8	46.9	8	46.9
12	46.9		48.0	7	48.0	7	48.0	7	48.0
13	48.0		49.1	6	49.1	6	49.1	6	49.1
14	49.1		50.2	5	50.2	5	50.2	5	50.2
15	50.2		51.3	4	51.3	4	51.3	4	51.3
16	51.3		52.4	3	52.4	3	52.4	3	52.4
17	52.4		53.5	2	53.5	2	53.5	2	53.5
18	53.5		54.6	1	54.6	1	54.6	1	54.6
19	54.6		55.7		55.7		55.7		55.7
20	55.7		56.8		56.8		56.8		56.8
21	56.8		57.9		57.9		57.9		57.9
22	57.9		59.0		59.0		59.0		59.0
23	59.0		60.1		60.1		60.1		60.1
24	60.1		61.2		61.2		61.2		61.2
25	61.2		62.3		62.3		62.3		62.3
26	62.3		63.4		63.4		63.4		63.4
27	63.4		64.5		64.5		64.5		64.5
28	64.5		65.6		65.6		65.6		65.6
29	65.6		66.7		66.7		66.7		66.7
30	66.7		67.8		67.8		67.8		67.8
31	67.8		68.9		68.9		68.9		68.9
32	68.9		70.0		70.0		70.0		70.0
33	70.0		71.1		71.1		71.1		71.1
34	71.1		72.2		72.2		72.2		72.2
35	72.2		73.3		73.3		73.3		73.3
36	73.3		74.4		74.4		74.4		74.4
37	74.4		75.5		75.5		75.5		75.5
38	75.5		76.6		76.6		76.6		76.6
39	76.6		77.7		77.7		77.7		77.7
40	77.7		78.8		78.8		78.8		78.8
41	78.8		79.9		79.9		79.9		79.9
42	79.9		81.0		81.0		81.0		81.0
43	81.0		82.1		82.1		82.1		82.1
44	82.1		83.2		83.2		83.2		83.2
45	83.2		84.3		84.3		84.3		84.3
46	84.3		85.4		85.4		85.4		85.4
47	85.4		86.5		86.5		86.5		86.5
48	86.5		87.6		87.6		87.6		87.6
49	87.6		88.7		88.7		88.7		88.7
50	88.7		89.8		89.8		89.8		89.8
51	89.8		90.9		90.9		90.9		90.9
52	90.9		92.0		92.0		92.0		92.0
53	92.0		93.1		93.1		93.1		93.1
54	93.1		94.2		94.2		94.2		94.2
55	94.2		95.3		95.3		95.3		95.3
56	95.3		96.4		96.4		96.4		96.4
57	96.4		97.5		97.5		97.5		97.5
58	97.5		98.6		98.6		98.6		98.6
59	98.6		99.7		99.7		99.7		99.7
60	99.7		100.0		100.0		100.0		100.0

# Servicebank.

Erwarten Sie von einer Bank, daß sie mehr ist als Kreditgeber und Finanzierungsberater? Dann sind Sie bei der Unternehmerbank an der richtigen Adresse. Mit Branchenvergleichen, Betriebsvergleichen und eingehender persönlicher Beratung empfehlen wir uns als Dienstleister insbesondere des mittelständischen Unternehmers. Service inklusive. Das exklusive Angebot an Kunden der Unternehmerbank.

Industriekreditbank AG  
Deutsche Industriebank



Die Unternehmerbank

Düsseldorf Berlin Frankfurt Hamburg München Stuttgart

## „Gewaltloser Widerstand ist vielfach Rechtsbruch“

Staatssekretär Spranger warnt vor einer neuen „APO“

MANFRED SCHELL, Bonn  
Das Bundesinnenministerium hat auf die starke Beteiligung kommunistischer Kräfte bei den Vorbereitungen von Aufmärschen und der Inszenierung von Menschenketten gegen eine eventuell notwendig werdende NATO-Nachrüstung aufmerksam gemacht. Der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium, Carl-Dieter Spranger, sagte bei einem Besuch der WELT, die entsprechenden Organisationskomitees seien „maßgeblich“ von Kommunisten beeinflusst. Damit habe vor allem die DKP im „Managerbereich“ eine starke Position errungen.

Die sich jetzt darstellende außerparlamentarische Opposition sei nach seiner Einschätzung „gefährlicher“ und „breiter angelegt“ als die „APO“ aus dem Jahre 1968. Sie habe mehr Geld zur Verfügung, und ihre Organisationsform sei ausgeprägter als damals, betonte Spranger. Außerdem sei ihr „Resonanzboden“ in der Öffentlichkeit größer geworden. „Dies ist durchaus auch eine Folge der von der SPD betriebenen Entspannungspolitik, die vor allem bei der Jugend die Urteilsfähigkeit und das Gefühl für unterschiedliche Wertgrundlagen in Ost und West eingeschränkt hat.“

Der eigentliche Protestbewegung könne man, wie Spranger darlegte, etwa 150 000 Personen zurechnen. Aber immerhin müßten 1,5 bis drei Millionen Menschen in diesen Fragen als „bewegbar“ betrachtet werden. Er sehe das Risiko, daß sich diese Opposition nicht im Kampf gegen die Sicherheitspolitik der NATO erschöpfe, sondern auch bei anderen „Anlässen“ in Erscheinung treten werde. Bei der Kampagne gegen die Volkszählung sei dies der Fall gewesen.

Spranger gab sich zuversichtlich, daß die Polizei die anstehende Situation „durchstehen“ werde. Die Verantwortlichen auf amerikanischer Seite bewährten, wie die Vorgänge in Ramstein gezeigt hätten, „einen kühlen Kopf“. Mehr als bisher müsse man sich allerdings dagegen zur Wehr setzen, daß die Gegner der NATO-Sicherheitspolitik „semantische Betrugswörter“ in die Auseinandersetzung einbringen, sagte Spranger. Hinter dem, was auch von den Grünen als angeblich gewaltloser Widerstand dargestellt werde, verberge sich in Wahrheit nichts anderes „als

vielfach Rechtsbruch“. Inzwischen sind aus dem Bereich der Sicherheitsbehörden weitere Einzelheiten über die anstehenden Aktionen von „traditionellen“ kommunistischen Kräften, von sogenannten „autonomen“ und „unabhängigen“ Gruppen gegen eine Nachrüstung bekanntgeworden. Für den 15. Oktober ist in Bonn eine Menschenkette zwischen den Botschaften der USA und der Sowjetunion in Vorbereitung. In Bremerhaven, so heißt es, sei für den 15. Oktober ein Demonstrationsszug durch das Hafengelände mit „Umzingelung und Blockade“ der Carl-Schurz-Kaserne (Sitz des US-Military Sealift-Command) vorgesehen. Bremerhaven/Nordenham gilt als Nachschubhafen der US-Streitkräfte. Einzelne Gruppen haben bei internen Absprachen vorgeschlagen, den Hafen „für mehrere Tage dichtzumachen“. Aus den Reihen der Gruppen in Hamburg und Berlin sind erste Aufforderungen zur Beteiligung in Bremerhaven bekanntgeworden. In Berlin kursiert ein Papier aus dem RAF-Umfeld mit dem Vorschlag, Firmensitze und sonstige Einrichtungen, die Bezüge zu den USA haben, in Berlin „nach Art der Grunewaldspaziergänge“ - gemeint sind damit Angriffe auf Privatwohnungen von Maklern - zu besetzen.

Bonner Behörden sind inzwischen zu dem Ergebnis gekommen, daß die Initiatoren des „Krefelder Appells“ gegen die Nachrüstung die Zahl der tatsächlich geleisteten Unterschriften verschleiern wollen. Zuletzt war die Zahl der Unterschriften von ihnen mit fünf Millionen angegeben worden. Nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden dürfte die tatsächliche Zahl der Unterschriften „ganz erheblich“ darunter liegen. Um die Zahl der wirklich gesammelten Unterschriften zu verschleiern, bediene sich die „Krefelder Initiative“ einer neuen Taktik: Sie spreche parallel von „Unterschriften“ und „Zustimmungen“. Mehrfachzahlungen seien so Tür und Tor geöffnet.

Staatsminister Jenninger vom Bundeskanzleramt hatte sich kürzlich bereit erklärt, eine Abordnung der Initiative zur Übergabe der Unterschriftenlisten zu empfangen; dadurch wäre partiell eine Kontrollmöglichkeit eröffnet worden. Aber die Initiatoren hatten dies abgelehnt. Seite 2: Umsturz-Potential

## Für die Basis ist Brandt die Kultgestalt der SPD geblieben

Vogel und Parteichef setzen im Wahlkampf auf Mißmut über ausbleibenden Aufschwung

PETER PHILIPPS, Kassel  
Die Parteiveteranen auf dem Opernplatz in Kassel wurden böse: Die Störmanöver trillerpfeifender Grüns während der Rede des Kandidaten Bömer hatten sie ja noch zähneknirschend ertragen, doch für den „Großen Vorsitzenden“ Willy Brandt aus Bonn verlangten sie Respekt. „Halt's Maul!“ war noch die mindeste Zurechtweisung. Doch Brandt, dessen ungebrochenes Charisma an der Basis der SPD sich bei all seinen Auftritten im hessischen Wahlkampf mit lauten „Willy-Willy“-Rufen ausgedrückt, bedurfte der Hilfe nicht. „Quatschköpfe“, donnerte er durchs Mikrofon von der Empore herab, schon die Nazis hätten es vergeblich versucht, ihn zum „Aufhänger“ zu bringen. Der Beifall der rund 3000 war gestiegt, die Störung auf ein erträgliches Maß reduziert.

Willy Brandt im Landtagswahlkampf '83: Da fehlt der SPD der Resonanzboden von vor einem Jahr, als die Genossen auf der Welle einer Empörung über den sogenannten „Verrat“ am Kanzler Schmidt in Bonn schwammen. Da gibt es auch keine Hinweise mehr auf den „Weltökonom“, der es schon richten würde. Das Drehbuch für die Bonner SPD-Prominenz variiert diesmal zwei andere Themen:

Holger Bömer habe als Ministerpräsident bewiesen, wie man in Hessen mit einem Mindestmaß an Verschuldung und mit staatlichen Aktivitäten die Wirtschaft einigermaßen über die Runden bringe, die Arbeitslosigkeit in Grenzen halte und jungen Menschen zu Lehrstellen ver helfe. Dies müsse der Herr Wallmann erst einmal nachmachen, der in Frankfurt in einem Jahr allein 900 Millionen Mark Schulden gemacht und sich von den Wirtschaftstheorien Albrechts und Georges nicht distanzieren habe. „Dafür verdient er einen Denkmalsatz.“

Einen weiteren „Denkmalsatz“, und dies ist das zweite Thema, das wie in einer musikalischen Fuge mit dem ersten verschränkt variiert wird, verdiente die CDU, weil sie in Bonn ihre Versprechungen aus der Zeit der Wende nicht wahrgemacht, Bundeskanzler Kohl auch nicht genügend getan habe, um sie wahrzumachen. Brandt spricht von der Zahl der Arbeitslosen, die noch nie so hoch gewesen sei, von der Zahl der Pleiten.

Die Verschuldung des Staates, so sagt er seinen Zuhörern, müsse ihre Grenzen haben. Aber: Ohne die „Zukunftsinvestitions-Programme“ der Regierung Schmidt wäre die Arbeitslosigkeit heute noch höher. Und die Staatsverschuldung habe bisher noch niemanden gezwungen, „ein Butterbrot weniger“ zu essen.

Das Thema, das die SPD zur Zeit vor allem strapaziert, die Frage der Sicherheits- und Abrüstungspolitik, wird nicht ausgeklammert von Brandt. Aber mit der ganzen ihm eigenen Überzeugungskraft, von Holger Bömer als „Erfinder der Entspan-

nungspolitik“ zusätzlich vorgestellt und mit dem vollen Gewicht des „El der Statesman“, argumentiert der SPD-Vorsitzende auf seiner Linie: Die Großmächte müßten verhandeln, weniger Waffen in Europa seien unverzichtbar, der Hunger in der Welt zu vernichten, wenn nur drei Prozent weniger für Rüstung ausgegeben würden. Vom Öffentlicher Beschluß, von einem grundsätzlichen Nein des großen Teils der SPD-Basis zum NATO-Doppelbeschluß ist hier nicht die Rede.

Genauso wenig von der Zusammenarbeit „der Mehrheit“ dieses „El der Statesman“, von der Brandt in der Wahlkampfzeit vor einem Jahr gesprochen hatte. Die Grünen werden zur Splittergruppe, die wie die FDP nur stört. Gesetz wird von Brandt auf ein Zwei-Parteien-Parlament in Wiesbaden, in dem die SPD knapp die Nase vorne hat.

Szenenwechsel nach Gladenbach: Im „Haus des Gastes“ rauchgeschwängerte Atmosphäre, die Genossen pektisch unter sich. Hier würde es keiner wagen, das Idol mit einer Trillerpfeife zu stören. Statt dessen sagt eine Mutter zu ihrer etwa sechsjährigen Tochter: „Du kannst ihm nachher noch einmal berühren, den Willy.“ Parteivorsitzender ohne Konkurrenz, fast wie Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre auch eine Art Kultgestalt in der SPD. In dieser Atmosphäre läßt sich Brandt auch

zu stark persönlich gefärbten Äußerungen tragen, die nie in einem Manuskript auftauchen würden: Er spricht von dem „Herzknacks“ 1978, nach dem ihm manches deutlicher geworden sei. Er zeigt Distanz zu solchen Dingen, mit denen ihm früher in der politischen Auseinandersetzung Wunden zugefügt worden waren.

Brandt - der „Übervater“ der SPD-Basis, der Volkstribun immer noch. Ganz anders die Darstellung des Bonner Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel in Hessen. Zwar sieht man ihn selten so gelöst, schlagfertig, locker wie auf den Marktplätzen der kleinen Städte. Er pläutert Grüne, die neben an ihren Stand aufgebaut haben, ob ihrer „herunterhängenden Mundwinkel“ an, spielt die Bälle ins Publikum, um Reaktionen herauszufordern. Doch dies alles ändert nichts daran, daß Vogels Stärke die Argumentation, die wohlüberlegte Juristen-Diktion ist, mit der er brillieren kann. Die Argumentation seiner Reden - die er auch heute noch weitgehend selbst schreibt - setzt ähnliche Schwerpunkte wie Brandt. Doch wenn es das „falsche“ Publikum hat, wenn es nicht schnell die richtige Resonanz gibt, dann kommt er in Schwierigkeiten, seine Zuhörer für die Wahl zu motivieren.

In Tann, einem Rhön-Städtchen im äußersten Winkel des Landes, passiert ihm abends dies: Es ist seine letzte Veranstaltung des Tages, Manöver-Kolonnen haben den Pünktlichkeits-Fanatiker darüber hinaus sich verspäten lassen. Biedere Rhön-Bauern nicken auch mit dem Kopf über seine Worte - doch mit Beifall sieht sie sparsam.

Da passiert es dann, daß Vogel über Friedenspolitik referiert, daß die katholische Kirche durchaus neu über den „gerechten Krieg“ Thomas von Aquin nachdenken. Die Zuhörer sind beeindruckt über den hohen Gast aus der fernsten Bundeshauptstadt. Doch wer ist Thomas von Aquin für einen bodenständigen Landwirt? Zum Glück kommt noch der Hinweis auf Holger Bömer, der nie vergessen habe, daß er aus dem Stand der Arbeiter komme - damit kann man sich schon eher identifizieren, dies wird eher die eine oder andere Stimme anlocken am 25. September.

## Dollinger muß mit Druck aus Bayern rechnen

„Jour fix“ für die CSU-Bundesminister bei Strauß

PETER SCHMALZ, München  
Fragen der Bundesbahnstationierung und der Mittelzuweisung im Bundesfernstraßenbau standen im Mittelpunkt des ersten „Jour fix“ nach der Sommerpause, zu dem der CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident Franz Josef Strauß die CSU-Bundesminister gestern nach München gerufen hatte. Dabei wurde Bundesverkehrsminister Werner Dollinger eindringlich darauf hingewiesen, daß sich Bayern mit den derzeit zugewiesenen Straßenbaugeldern nicht zufriedengeben wird. Bayern erwartet nach den Worten des CSU-Generalsekretärs Otto Wiesheu, daß darüber eine Diskussion im Bundeskabinett und in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geführt wird.

Bayern fühlt sich seit Jahren im Fernstraßenbau gegenüber anderen Ländern benachteiligt. Deshalb hätten von den zur Verfügung stehenden sechs Milliarden Mark in diesem Jahr entweder mehr Mittel direkt an Bayern überwiesen oder die Länderquoten zugunsten Bayerns geändert werden müssen, erklärte Wiesheu.

Beim Problembereich Streckenstilllegungen der Bundesbahn fand Dollinger zwar in der allgemeinen Einschätzung Zustimmung, wonach Streckenstilllegungen nicht zu vermeiden sind, bekam aber den dringenden Wunsch Bayerns zu spüren, das Grenzland dabei mit besonderer Rücksicht zu behandeln. Der Minister kündigte für die zweite Oktoberhälfte ein Stilllegungskonzept an.

Unnachgiebig will sich Bayern in der Frage des DB-Ausbesserungswerkes Weiden geben, dessen Schließung in der Bundesbahnzentrale in Frankfurt als sicher gilt. Auch Dollinger erklärte seinen Parteifreunden gestern, daß die Bahn einige Ausbesserungswerke aufgeben muß, und begründete diesen Schritt mit dem Hinweis, daß die Bahn über 100 000 Güterwaggons verfügt, deren Reparatur sich nicht mehr lohne.

Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann machte aber in Zustimmung mit Strauß deutlich, daß der Verlust des Werkes in Weiden mit 1000 Arbeitsplätzen nicht hingenommen werden könne. Jaumann erklärte sich bereit, die auf 120 Millionen Mark geschätzten Sanierungskosten des Ausbesserungswerkes teilweise aus Landesmitteln zu unterstützen, über die mögliche Höhe wurde je-

doch nicht gesprochen. Bei diesem „Jour fix“ hat sich der Eindruck gefestigt, wonach Dollinger in diesem Herbst unter besonderem Druck bayerischer Wünsche stehen wird. „Der Bundesverkehrsminister ist ein armer Mensch“, meinte Wiesheu angesichts der Forderungen, die aus dem gesamten Bundesgebiet im Ministerium eintreffen.

Beim Mutterchaftsgeld erwartet die CSU einen Kompromiß, nachdem der Haushaltsausschuß des Bundestags Einsparungsmöglichkeiten von rund einer Milliarde Mark gefunden haben soll. Die vorgesehenen und von Bayern bekämpften Kürzungen könnten nach Ansicht von Wiesheu nun gemildert werden, ohne die Eckdaten des Haushalts zu verändern. „Da ist jetzt ein Spielraum drin“, meinte der Generalsekretär.

Zu Beginn des Treffens gab Strauß den Teilnehmern (darunter auch der Münchner CSU-Fraktionschef Tandler, Staatssekretär Stoiber und vier Landesminister) einen Bericht über seine Wanderung mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Landesgruppenchef Theo Waigel versuchte in einer kurzen Erklärung den Eindruck zu zerstreuen, die CSU-Bundestagsabgeordneten hätten sich - wie im „Spiegel“ berichtet - auf ihrer letzten Sitzung in abfälliger Weise über Strauß geäußert. Nach Wiesheus Angaben hat Waigel dargelegt, „daß der Bericht mit dem, was geschehen ist, relativ wenig zu tun hat“.

„Die Einschätzung Waigels ist, daß die Landesgruppe geschlossen da steht und auch in der Kreditfrage eindeutig steht bis auf ein paar, die noch eine gewisse Skepsis haben. Es gibt keine nennenswerten Abstimmungsprobleme zwischen Bonn und München.“ Aus der „DDR“ werden positive Zeichen registriert, denen so Wiesheu, weitere folgen werden. Zur Wiederwahl des Vorsitzenden des Weidener Arbeitskreises, Eckehard Voigt, der zu den schärfsten Kreditkritikern zählt und den Wiesheu beim letzten CSU-Parteitag bereits für „politisch tot“ erklärt hatte, wollte sich der Generalsekretär nicht äußern. Er wird mit Voigt demnächst ein Gespräch führen. Beobachter erwarten jedoch interne Konflikte wegen der Abwahl des bisherigen Voigt-Stellvertreters Dieter Schmidt, der im WPA einen eindeutigen Strauß-Kurs vertreten hat.



## Der Brummi baut Brücken.

Eine Autobahnbrücke wird gebaut. Betonträger müssen zur Baustelle, so groß, die gehen auf kein normales Transportmittel. Wer schafft es? Der Brummi. Er hat große, starke Auflieger, die auch diese Extralast verkraften. Damit wir zu einer sicheren Brücke kommen.

Sie lösen für uns jedes Transportproblem. Die Brummis.

Wo die meisten ratlos den Kopf einziehen, packen sie noch ohne zu zögern an. Für jedes Problem haben sie einen Kniff oder den passenden Aufbau.

Sie transportieren von verderblichen bis zerbrechlichen Sachen einfach alles. Holen die Fracht im In- oder Ausland ab. Betreuen sie während des ganzen Transports genauso, wie man es wünscht. Und liefern sie genau da ab, wo man will.

Die Brummis finden in jede Stadt, in jedes Dorf und zu jedem Haus. Damit wir auf nichts verzichten müssen.



Sie fahren für uns. Die Brummis.

Die selbständigen Transportunternehmer und Kraftwagenspediteure im Fernverkehr (BDF)

# Bischof Hempel: Protest, aber auch Proklamation der Hoffnung

WELT-Dokumentation zur Synode des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“

Auf der jährlichen Synode des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“ in einem wüstenhaften Bäckereibauwerk neben einer Kaserne der Roten Armee auf der Potsdamer Halbinsel Hermannswerder beschreiben die leitenden Bischöfe der acht Landeskirchen und viele Synodale die Sorgen und Nöte vieler Menschen in der DDR. Immer wieder beeindruckt den journalistischen Gast, auf welche Weise und mit welcher intellektuellen Kraft in diesem Kreis weit über die politischen Grenzen des eigenen Machtbereichs hinaus die Lage in Deutschland insgesamt betrachtet wird.

Die amerikanische Botschaft in Ost-Berlin - kürzlich Ziel einer veränderten Demonstration mit brennenden Kerzen von Christen aus dem anderen Teil der Stadt - hatte ihren Chef der politischen Abteilung nach Potsdam geschickt. Die ständige Vertretung der Bundesrepublik bekundete durch den Stellvertreter von Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, Ministerialdirektor Hanspeter Hellbeck, ihr Interesse.

Ein Beispiel für die miserable Informationspolitik des Staates und die gleichzeitige „Heilung“ lieferte gleich zu Beginn der Tagung die Bitte der 60 Synodalen von der Ostsee bis zum Erzgebirge, den Wortlaut des Modells der KSZE-Schlussdokumente zu erhalten. Ost-Berlins Konsistorialpräsident Manfred Stolpe ließ den Text aus dem SED-Organ „Neues Deutschland“ vervielfältigen. Er war, wie berichtet, lediglich in der Stadt- und Landesausgabe der SED-Zeitung erschienen.

Die WELT dokumentiert wichtige Passagen des Berichts der Kirchenleitung und Äußerungen von Synodalen zu Themen, die innerhalb der „DDR“ diskutiert werden:

**Schwerter zu Pfingstscharen:** „In den letzten Monaten ist in offiziellen Verlautbarungen das Symbol ‚Schwerter zu Pfingstscharen‘ als ein positives Friedenszeichen erklärt worden. Wir begrüßen das. Durch die staatlichen Maßnahmen gegen den Aufwacher ‚Schwerter zu Pfingstscharen‘ ist viel Vertrauen, vor allem unter der Jugend, zerstört worden.“

Wir bedauern, daß bei der „Friedensmanifestation“ der „Jugend“, Pfingsten 1983, Christen zwar eingeladen wurden, mit eigenen Lösungen teilzunehmen, dann aber weithin ausgeschlossen, verdächtigt oder gar gewaltsam ferngehalten wurden.

Die Konferenz hat immer wieder darauf hingewiesen, daß Bereitschaft zur Mitarbeit nicht gemindert werden und Aggressivität nicht erst aufgebaut werden sollte, durch eine enge ideologische, ja doktrinaire Haltung, insbesondere im pädagogischen Bereich, und durch unangemessenes, sogar gewaltsames Eingreifen der Ordnungskräfte des Staates.

**Bischof Hempel:** „... Ein anderer Grund (für Verbitterung und Enttäuschung d. R.) scheint mir zu sein, und das richtet sich nun gegen die Verdrossenen, daß die Ansprüche auf hohe Lebensqualität unter allen Bürgern unseres Landes gewachsen sind. Wir haben es aus unserer sozialistischen Lebensweise und unseren Wertmaßstäben übrigens nicht anders gelernt: Ein erfülltes Leben ist ein Leben mit hohem Lebensstandard.“

Und dann habe ich den Eindruck, daß die Tatsache, daß viele ausreisewillenden Bürger die andere Welt nicht wirklich kennen, Illusionen entstehen läßt, für die sie - falls sie die Ausreise bekommen - mit Enttäuschung werden bezahlen müssen.

Zum Schluß: Nach meiner Überzeugung gehört zum eindeutigen deutlichen Zeichen dieser Zeit auch die Proklamation der Hoffnung. ... Die glasklare Analyse ist nötig, der Protest ist nötig. Aber die Proklamation der Hoffnung ist der Test auf das Christliche unseres Zeugnisses.“

Der thüringische Landesbischof Werner Leich sagte zu diesem Thema, es gebe jedoch Probleme, wenn beispielsweise deutlich werde, daß diejenigen, die in der Erwartung des offenen Gesprächs zu uns kommen, die Kirche lediglich dazu benutzen wollen, einen institutionellen Freiraum zu haben, um eigene, mit dem

Wesen der Kirche in keinem Zusammenhang stehende Gedanken und Ziele durchzusetzen.“

Das bedeute nicht, daß sich die Kirche dem „berechtigten Anliegen“ versagen könnte, für Menschen einzutreten, die in ihrem Recht auf offene Äußerung ihrer Meinung beschränkt werden. Es sei jedoch nach seiner Meinung dem eigenständigen Eintreten für den Frieden „nicht förderlich, wenn diese Arbeit durch Menschen vorangetragen wird, die einen Übersiedlungsantrag gestellt haben.“

**Jumbo-Abschnitt:** Ein Pfarrer aus Wittenberg, ebenfalls Synodaler, ging auf diesen Vorfall ein: „Mit einem Flugzeug ist vor drei Wochen auch viel Hoffnung abgestürzt. Es könnten Spionageabweiser oder militärische Panzer sein, die uns unverhofft alle auslöschten könnten.“ Er wies darauf hin, daß die bevorstehenden Entscheidungen in der Friedensfrage im Sinne eines „Nein ohne jedes Ja“ durchaus zu einer Spaltung auch in der Kirche führen könnten. Er forderte die Kirchenleitung auf, eine „zentrale Beratungsstelle für Friedensarbeit“ einzurichten, bei der sich junge Leute auch nach den Möglichkeiten für einen waffenlosen Dienst in der Volksarmee erkundigen und vor allem juristische Ratschläge einholen könnten.

**Gegen Ost-Berücksichtigungen:** Ein Pfarrer aus Mecklenburg forderte als Beweis für die Tragfähigkeit der Vertrauensgrundlage, die die Staat-Kirche-Verhandlungen vom 8. März 1978 gebracht hätten, eine neue Informationspolitik. Nicht nur eine, die offener ist, sondern eine radikalere, eine ehrlichere und - damit ich auch konkret werde: Die Sendung „Der Schwarze Kanal“ (gegen die Bundesrepublik gerichtete Hetzsendung an jedem Montagabend im Ostberliner Fernsehen, d. R.) ist keine offene und keine redliche, sondern eine sektiererhafte Informationspolitik. ... Im Interesse eines Staates, der friedliebend sein will, könnte und dürfte in Zukunft eine solche Sendung, wie sie bisher permanent geführt wird, im Tenor und auch in der Art und Weise nicht mehr sein!“

# Axel Springer - „Bewahrer Jerusalems“

Ehrentitel für den Berliner Verleger / Bürgermeister Kollek: „Treuer Freund Israels und Jerusalems“

DW, Jerusalem

Der Berliner Verleger Axel Springer ist gestern nachmittag in Jerusalem mit dem Ehrentitel „Ne'man Jeruschalajim“ (Bewahrer Jerusalems) ausgezeichnet worden.

In Anwesenheit zahlreicher prominenter Ehrengäste, unter ihnen der israelische Innenminister Dr. Josef Burg und der Vorsitzende der Liberalen Partei, Itzhak Beerman, verlieh Jerusalems Oberbürgermeister Teddy Kollek Springer die Auszeichnung im Auftrag des Stadtrats mit den Worten: „Am Montag, dem zwölften Tag des Monats Tischni im Jahre 5744, im 36. Jahre der Unabhängigkeit des Staates Israel, im 17. Jahre seit der Wiedervereinigung unserer Hauptstadt Jerusalem, haben wir uns, Stadtvater Jerusalems, Ihre Freunde, eingefunden, um Ihnen, Axel Springer aus Berlin, zum Zeichen der Würdigung Ihres Wirkens für unsere Stadt, den Ehrentitel „Ne'man Jeruschalajim“, Bewahrer Jerusalems, zu verleihen.“

In seiner Würdigung sagte Kollek weiter, Axel Springer sei „als treuer Freund Israels und Jerusalems“ stets dem Gebot seines Herzens gefolgt und deshalb in Zeiten „unserer Not und Bedrängnis“ nach Jerusalem gekommen. „In seinen Zeitungen, Schriften und Gesprächen mit den Mächtigen der Welt vertrat er unerschütterlich das Recht des jüdischen Volkes auf ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Selbstständigkeit in seinem alten Land und in seiner Hauptstadt Jerusalem als Verwirklichung biblischer Verheißung.“

Kollek erinnerte auch daran, daß Springer die Entwicklung Jerusalems „durch seine Spenden für soziale Einrichtungen wie auch für freiwillige Organisationen, Stiftungen für Kunst und Kultur, Krankenhäuser



In Jerusalem geehrt: Axel Springer

FOTO: NICO NAGEL

und Kliniken, öffentliche Gärten und Sportanlagen und für die Wiederherstellung archaischer Stätten“ gefördert habe, „alles Werke, die dem Wohle der Bewohner Jerusalems ohne Unterschied von Religion oder Volkszugehörigkeit gewidmet sind“.

Springers „Persönlichkeit und sein inhaltsreicher Lebenslauf“, so Kollek weiter, bildeten „eine wunderbare Verflechtung von Vision und Glauben an eine bessere Welt und einen beständigen Frieden. Gebe Gott, daß ihm der Anblick von Jerusalems Blütezeit vergönnt sei.“

Auch Asher Ben Natan, der frühere israelische Botschafter in Bonn, wür-

Der Berliner Verleger sagte weiter, für ihn sei das Fortbestehen des jüdischen Volkes durch mehr als 3000 Jahre eines der großen Wunder der Geschichte. „Für mich sind das Überleben des jüdischen Volkes und der Wiederaufbau des Staates Israel der Beweis, daß Gottes Versprechen in der Bibel sich erfüllen werden“, sagte Springer. Und weiter: „Gottes Hauptgebot ist Liebe. Also lassen Sie uns in dieser Stadt der ewigen Liebe auf mehr Liebe unter den Menschen hoffen, trotz der vielen Feinde, die Ihr Land umgeben.“

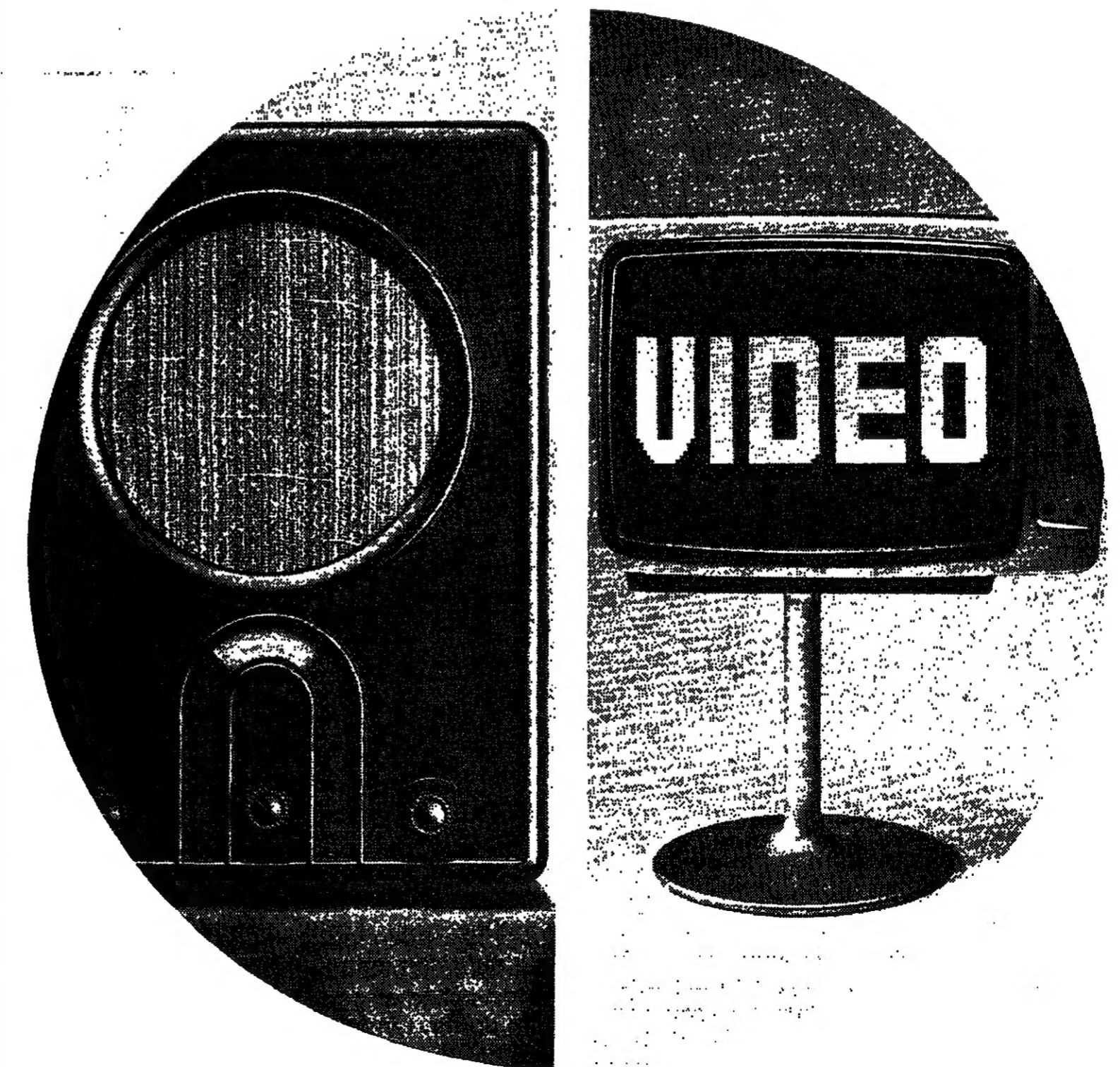
Springer gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß „in dieser Stadt von versprochener Freiheit und versprochenem Frieden“ das Wort „shalom“ (hebräisch Frieden) und das Wort „salam“ (arabisch Frieden) für alle das gleiche bedeuten möge. „Lassen Sie uns hoffen und lassen Sie uns dafür eintreten, daß sich diese Hoffnung erfüllt - damit unsere Kinder und Enkel, gleich welcher Nationalität, Rasse oder Religion, nur Liebe, Freiheit und Frieden kennenlernen.“ Und: „Ich verspreche Ihnen, daß ich für dieses Ziel arbeiten werde, solange ich lebe“, versicherte Springer.

Bereits am Montagvormittag hatten zahlreiche Zeitungen in Israel über die bevorstehende Ehrung Springers berichtet und dabei auf seine Verdienste für die Stadt und für den Staat Israel hingewiesen.

Bundeskanzler Helmut Kohl beglückwünschte Springer in einem Telegramm für die Auszeichnung.

Ebenfalls in einem Telegramm sprach der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, die „allerherzlichste Gratulation zu der selten hohen und verdienten Auszeichnung „Bewahrer Jerusalems“ aus.“

# Der Aufschwung braucht den Sparer.



**Für Video ist mehr als nur Dampf nötig.**

Das „Dampfradio“ von Anno dazumal hat ausgedient. HiFi und Video sind Trumpf, Kabelfernsehen bereits in Sicht. Um im internationalen Wettbewerb die Nase vorn zu halten, müssen die Firmen der deutschen Rundfunk- und Fernsehbranche Milliardenbeträge investieren: in Entwicklung und Serienfertigung. Dafür wird Kapital benötigt - Sparkapital.

**Ein Video-Gerät kostet mehr als nur die Rundfunkgebühr.**

Viele Menschen sparen für einen Videorecorder. Damit tun sie nicht nur etwas für sich. Jeder Sparer stellt damit der Wirtschaft Sparkapital zur Verfügung. Ohne Sparer geht es nicht.

**Die Sparkassen**



# Syrien für US-Schiffe ungefährlich

Das Frühwarnsystem der 6. Flotte / Bedrohlich sind nur die Sowjet-Raketen

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel  
Syrien weiß, daß es bei einem Konflikt mit US-Einheiten militärisch nicht gewinnen könnte. Dennoch hat diese Erkenntnis in der Vergangenheit nicht bewirkt, daß Syrien von Luftangriffen gegen die Israelis abließ, die jedesmal mit einer katastrophalen Niederlage der syrischen Luftwaffe endeten. Ähnliches würde sich ereignen, wenn Syrien versuchen sollte, die vor der libanesischen Küste kreuzenden Schiffe der sechsten US-Flotte anzugreifen.

Vor der Küste kreuzt ein Flottenverband unter der Führung des atomgetriebenen Flugzeugträgers „Dwight Eisenhower“, einem Giganten von 83 400 Tonnen. Die Eisenhower ist von zahlreichen kleineren Kriegsschiffen begleitet. An Bord des Trägers befinden sich - umgerechnet auf die Verhältnisse bei der deutschen Luftwaffe - mehr als zwei Geschwader.

Was den Briten 1982 vor Falkland mehr als alles andere fehlte, war die Frühwarnfähigkeit vor Luftangriffen mit Flugzeugen, die sich im Tiefflug nähern. Was den Engländern fehlte, haben die Amerikaner fast im Übermaß: An Bord der „Eisenhower“ befinden sich so viele Frühwarnmaschinen, daß der Träger ohne jede Mühe rund um die Uhr einen elektronischen Wamgürtel mit einem Durchmesser von rund 1000 Kilometern um sich legen kann.

Das Frühwarnflugzeug auf der „Eisenhower“ ist die von zwei starken Propellerturbinen getriebene Grumman F-14 „Tomcat“. Wie alle anderen Flugzeuge des Trägers wird sie zum Start mit dem Dampfkatapult über das Deck in die Luft geschleudert. Wie jedes andere Trägerflugzeug landet sie mit hoher Geschwindigkeit und wird von armdicken Stahthrossen, in die ihr Fanghaken einrastet, nach etwa 40 Metern gestoppt. Über dem Rumpf der „Hawkeye“, die fünf Mann Besatzung mitführt, kreist wie bei der aus Europa bekannten „Awacs“-Frühwarnmaschine eine pilzförmige Radarantenne. An einen Computer gekoppelt, ertüchtigt die Antenne alles, was sich bewegt. Syrische Düsenjäger entdecken die Maschine schon, wenn sie auf der Startbahn beschleunigen, ehe sie noch abgehoben haben.

Mit der „Hawkeye“ lenkt der Träger über seine rechnergesteuerte Gefechtszentrale Flottenabfänger Grumman F-14 „Tomcat“ zum Ziel. Diese doppelstüfigen Schwenkflügeljäger besitzen ein von Hughes Aircraft entwickeltes Feuerleitradar, mit dem gleichzeitig bis zu sechs Ziele bekämpft werden können. Die F-14

führt neben „Sidewinder“-Raketen die 160 Kilometer weit reichende „Phoenix“-Rakete an Bord, die gegen Flugzeuge und Raketen wirkt.

Ein Angriff auf den Träger käme einem Selbstmordversuch gleich. Sowohl der Träger wie auch die Begleitschiffe sind mit modernen Nahbereichskampfwaffen ausgerüstet, die „durchgebrochene“ Flugkörper noch auf kürzester Entfernung abschließen können.

In Syrien befinden sich nach jüngeren Erkenntnissen wenigstens zwei Stellungen mit sowjetischen Luftabwehraketen des Typs „SA-5“. Hierbei handelt es sich um Raketen, die bisher ausschließlich in der sowjetischen Heimat in Verteidigung „PVO“ verwendet wurden. Sie haben eine Reichweite von zirka 280 Kilometern und können Höhen bis zu 30 Kilometern erreichen. Es wird angenommen, daß die syrischen „SA-5“-Stellungen von sowjetischem Militärpersonal bedient werden. Mit der „SA-5“ könnten die amerikanischen Frühwarnmaschinen bedroht werden. Der Abschluß einer „Hawkeye“ durch eine der weitreichenden Raketen würde eine erhebliche Eskalation eines Konflikts darstellen. Die Folgen ließen sich kaum voraussagen.

(SAD)  
Seite 2: Die Zeit zum Handeln  
Seite 3: USA und Syrien

# Steels Strategie mißfällt Liberalen

Der Parteichef: Kein Rücktritt, kein Verschmelzen mit SDP / Der Kongreß beginnt

FRIITZ WIRTH, London  
Die Liberalen, seit fast sechs Jahrzehnten daran gewöhnt, ein Klammersystem an den Randzonen der britischen Politik zu führen, haben Probleme, mit ihren plötzlichen, jüngsten politischen Erfolgserlebnissen fertig zu werden. Ihr Parteitag in Harrogate, der heute beginnt, hätte zu einem politischen Jubelfest werden können. Die Partei gewann bei der letzten Wahl mehr Stimmen als je zuvor nach dem Kriege, und das Wohlwollen der Wähler hält unvermindert an. Seit zwei Monaten rangiert sie in der Wahlgangstabelle 4,5 Punkte vor der Labour Party.

Statt dessen jedoch hat sich die Partei wieder einmal in interne Querelen verstrickt. Es rumort an der Basis, der die ganze Richtung nicht paßt. Die Aktivisten fürchten, daß die Liberalen eine Establishment-Partei werden, die zu stark von Machträumen heimgesucht wird, zu intensiv mit ihren kargen 17 Abgeordneten nationale politische Probleme erfaßt und darüber die Kommunalpolitik vernachlässigt, die seit Jahrzehnten eine Domäne und Spezialität der Liberalen war.

Der Konflikt ist in erster Linie strategischer Natur. Während Parteichef David Steel mit allen Mitteln die poli-

tische Macht in Westminster sucht, wobei ihm jeder Partner recht ist, der ihn diesem Ziel näher bringt, wollen die Parteiführer die Partei von unten her aufbauen. Der Konflikt zwischen Steel und diesen Aktivisten ist so groß, daß Steel ihnen in einem Fernsehinterview nahelegte, die Partei zu verlassen, wenn sie glauben, seiner Strategie nicht folgen zu können.

Steel ist nach zehnwöchiger Pause wieder auf die politische Szene zurückgekehrt, wirkte frisch und entschlossen und schaffte mit zwei Grundsatzklärungen Klarheit über seine Zukunft und die seiner Partei. Er ließ wissen, daß er die Partei auch in die nächsten Unterhauswahlen führen will, und erstickte damit alle Rücktrittsspekulationen der letzten Monate. Zugleich erklärte er kategorisch, daß vor diesen Wahlen keine Verschmelzung mit den Sozialdemokraten stattfinden werde.

Dennnoch sind mit diesen Klarstellungen die Probleme Steels auf diesem Parteitag nicht beseitigt. Er sieht sich dem Vorwurf einiger liberaler Abgeordneter, angeführt vom Dauer-Rebellen Cyril Smith, ausgesetzt, die Partei zu autoritär zu führen. Sie wollen Steel das Recht nehmen, bei der

Diskussion und Verabschiedung von Wahlprogrammen das letzte Wort zu haben. Steel wehrt sich dagegen, und er hat unmißverständlich wissen lassen, daß er ohne diese Befugnisse nicht mehr Parteiführer sein möchte. Es ist anzunehmen, daß er mit dieser Drohung den Vorstoß von Smith abgeblockt hat.

Zugleich möchten diese Parteirebellen Steel künftig einen Stellvertreter zur Seite stellen. Sie fürchten, daß Steel, der in den Meinungsumfragen eindeutig als der populärste britische Politiker ermittelt worden ist, die Liberalen zu sehr zu einer Ein-Mann-Partei macht.

Probleme zeichnen sich auch im Verhältnis zu den Sozialdemokraten ab. Der Parteivorstand beschloß gestern bereits, bei den Wahlen zum Europa-Parlament gemeinsame Kandidaten aufzustellen, wenn an der Basis darüber Einigkeit zwischen beiden Parteien erzielt wird. Die Sozialdemokraten dagegen haben sich festgelegt, eigene Kandidaten zu benennen. Eine gemeinsame Kandidatur solle nur in Ausnahmefällen gebilligt werden. Die Signale sind deshalb unüberschaubar. Der Parteitag, der ein politisches Jubelfest hätte sein können, droht zum Kongreß der Selbstpeinigung zu werden.

SIEMENS

Seit Sommer '83

kann  
ein Bankberater

seine Kunden

noch individueller

und  
umfassender  
beraten

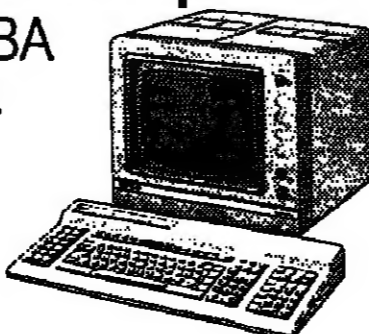
Jetzt gibt es von Siemens das Computer-Programmsystem KORDOBA für Geldinstitute. Es bringt das, was sich die Banken, Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken vom Computer versprechen: Der Kunde soll noch mehr Service erhalten aber möglichst nicht mehr dafür bezahlen müssen.

KORDOBA macht die tüchtigen Bankberater noch tüchtiger, weil sie jetzt computerschnell und über alles Auskunft geben können. KORDOBA macht die EDV-Leute freier, weil sie von der Programmpflege entlastet werden und sich neuen Dingen zuwenden können. KORDOBA macht dem Bankmanager das Leben leichter, weil es ihn mit der rasanten DV-Entwicklung im Bankbereich Schritt halten, im Wettbewerb bestehen läßt und trotzdem die Kostenlawine bremst.

An KORDOBA haben Kunden wesentlich mitgearbeitet, deshalb ist es besonders anwenderfreundlich geworden.

KORDOBA sollte alle Banker neugierig machen. Sie sollten die nächste Siemens-Niederlassung anrufen und einen Vorführtermin vereinbaren.

Siemens Computer.  
Mit KORDOBA  
für die Bank.



A 19100-D-25

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Der Staat als Feindbild

In den letzten Jahren beunruhigen bürgerkriegsähnliche Zustände in bundesdeutschen Städten zunehmend die Öffentlichkeit. Da wird mit Gewalt Front gegen unseren Staat gemacht. Man gibt zwar vor, gegen Bundeswehrgeißeln, Kernkraftwerke und NATO-Nachrüstungspläne protestieren zu wollen, aber denen, die mit dem Einsatz von Gewalt bewußt Menschenleben gefährden, geht es mit Sicherheit um ganz andere Dinge.

Von welchen Motiven diese Krawallmacher geleitet werden, verdeutlicht ein Spruch, der an die Mauer des Krefelder Gerichtsgebäudes gemalt worden ist: Zerschlagt die NATO - zerschlagt den Staat!

Das Feindbild ist ganz klar abgesteckt: unser freiheitlich demokratischer Rechtsstaat ist es, der zerstört werden soll. Doch was soll an seine Stelle treten? Etwas eine kommunistische Diktatur, in der jeder Mensch wegen einer staatskritischen Meinung in Gefängnisse und psychiatrische Anstalten gesperrt werden kann?

Wir leben glücklicherweise in einer Demokratie, in der die Macht vom Volke ausgeht und nicht von einigen wenigen ZK-Mitgliedern. Es ist jedoch erschreckend, wenn wir feststellen müssen, daß dennoch eine nicht geringe Zahl junger Menschen sich von unserem Staat und von seiner Verfassung abwenden.

Wo sind die Ursachen hierfür zu suchen? Gewiß auch bei denen, die hierzulande „Meinung machen“. Zum einen kann man nicht umhin, den öffentlich rechtlichen Rundfunk und Fernsehanstalten einen gewissen Schuldanteil einzuräumen. Sie müssen sich den Vorwurf einer munter recht krassen Einseitigkeit gefallen lassen. So fällt beispielsweise auf, daß sie der „Friedensbewegung“ einen übermäßig hohen Anteil der Berichterstattung widmen, ohne im Gegenzug dazu die NATO- und Bundeswehr-Verantwortlichen zu Worte kommen zu lassen. Auch wird zu wenig auf die Einflußnahme der DKP auf die Führungsschicht der „Friedensbewegung“ hingewiesen.

Kritische Worte bekannter Persönlichkeiten wie die des sowjetischen Dissidenten Lew Kopelew, der es bedauert, daß manche Angehörige der Friedensgruppen so neiv sind, zu glauben, daß sie ihre Forderungen nur auf den Westen beschränken können, werden kaum erwähnt. Hingegen weist man immer wieder auf die Befürworter Böll, Albertz und Gollwitzer hin.

Ein anderer, für die Meinungsbildung sehr wichtiger Faktor ist der Bereich Schule. In diesem Zusammenhang sei auf die im Auftrag der „Forschungsstelle Jugend und Familie“ erstellte Untersuchung der bun-

desdeutschen Schulbücher hingewiesen. Das Ergebnis faßten die Forschungsleiter Prof. Henning Günther und Rudolf Willike in der Informationsschrift „Was uns deutsche Schulbücher heute sagen“, Forschungsstelle Jugend und Familie, Postfach 120 619, 5300 Bonn 1, zusammen und wiesen unter anderem nachdrücklich darauf hin, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland in 80 Prozent der Deutsch-, 66 Prozent der Politik- und 55 Prozent der Religionsbücher als eine „ausbeuterische Klassengesellschaft“ dargestellt wird. Als „sehr kritisch hinterfragt, nennen die Autoren das Rechts- und Justizwesen in der Bundesrepublik Deutschland, das in 60 Prozent aller Deutschbücher der Sekundarstufe 1 kritisiert wird. Günther und Willike kommen zu dem Ergebnis, daß den Jugendlichen eine Identifikation mit dem Staat so erschwert wird, daß die Politiker sich nicht zu wundern brauchen, wenn unsere junge Generation lustlos abseits steht oder gänzlich „aussteigt“ werde.

Über die Staatsverdrossenheit in der heutigen Schülergeneration haben vor einigen Monaten die Jugendoffiziere der Bundeswehr und Informationsbeamten der Polizei berichtet, die in die Unterrichtsstunden geladen worden waren. Sie berichteten, daß bis Mitte 1982 Diskussionen über den Sinn von Bundeswehr und Polizei „mit Hauptschülern schwierig, mit Mittelschülern fast sinnlos und mit Gymnasiasten unmöglich“ gewesen sind. Dem wurde hinzugefügt, daß man den Eindruck erhalten habe, Schüler der Gymnasien seien von ihren Lehrern mitunter argumentativ so weit vorbereitet worden, daß sie sich einer sachlichen Diskussionsführung schlichtweg verweigerten und sich stattdessen „in verteilten Rollen monologisierten“ in Aggressionen gegen den Staat und dessen Einrichtungen ergingen.

Diese Erkenntnisse offizieller Kreise sind in der Tat erschreckend und lassen die Frage aufkommen, wohn unser Staat, unsere Demokratie abdriften wird, wenn diese Entwicklung nicht gestoppt werden kann.

Um in dem schulischen Bereich zu einer Lösung zu gelangen, sollten sich die Kultusminister der Länder auf eine einheitliche Regelung einigen, die es ermöglicht, endlich einen Lehrplan einzufügen, der eine qualifizierte Vermittlung demokratischer Werte in den Schulen vorsieht. Den Jugendlichen muß ein Vergleich mit den Diktaturen im Ostblock aufgezeigt werden, um sie von dem unschätzbaren Wert unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung zu überzeugen.

Jürgen Rohland,  
Krefeld

## Andere Zahlen

Sehr geehrte Herren,  
der CDU-Kreisverband Heinsberg dankt Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unserer Veranstaltung mit dem Generalsekretär der CDU, Herrn Bundesminister Dr. Heiner Geißler, am 25. August in Geilenkirchen durch Ihren Bericht „Offensive von Geißler und die 10 000 Friedenstage der Union“ in Ihrer Ausgabe vom 27. August gewidmet haben.

Ihre Darstellungen am Schluß des Berichtes über die Garnisonstadt Geilenkirchen bedürfen allerdings einiger Korrekturen:

● Die erste Boeing 707 des Awacs-Systems wurde bereits im Februar 1982 stationiert und nicht erst vor einem „knappen Jahr“.

● Am 25. August 1983 waren 7 und nicht 5 Maschinen stationiert.

● Bis 1985 kommen elf und nicht 7 Maschinen hinzu.

● Die SPD Mittelrhein hat in der Tat in der von Ihnen genannten Darstellung den Raum Geilenkirchen-Heinsberg als mögliche Pershing-II-Stationierung behauptet. Die sachkundigen zivilen und militärischen Stellen vor Ort wehren sich seit Jahren mit Nachdruck gegen diese Falschdarstellung, die von den „Grünen“ und den sogenannten „Friedensgruppen“ übernommen wurde und offenbar lediglich dazu dient, dadurch die Bevölkerung vor Ort wider besseres Wissen zu beunruhigen.

In Geilenkirchen ist eins der beiden Bundeswehr-Geschwader Pershing I stationiert. Diese beiden deutschen Geschwader mit insgesamt 72 Systemen sind im Gegensatz zu den 108 Systemen der drei US-Geschwader in Südwestdeutschland unter keinen Umständen im sogenannten NATO-Doppelbeschluss für eine Umrüstung von Pershing I auf Pershing II vorgesehen.

Wir bitten dringend um Richtigstellung, damit künftig niemand sich fälschlicherweise auf Ihre Veröffentlichung berufen kann.

Mit freundlichem Gruß  
CDU-Kreisverband Heinsberg

## Hinter Mauern

„Funk und Fernsehen als Klammer in Deutschland“, WELT vom 8. September

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr dankbar lesen wir den Artikel „Funk und Fernsehen als Klammer in Deutschland“. Aus den „DDR“-Kerkern Freigekaufte berichten immer wieder (zuletzt der Ingenieur Rainer Baurich), daß auch hinter den mörderischen Kerkernmauern jeden Sonntag 6.05 Uhr die Sendungen der Stephanus-Botschaft, der Radionisation der Hilfsaktion Märtyrerkirche, mit selbstgebasteten Radiogeräten gehört wird. Die „DDR“ verführe ebenso wie die Sowjetunion mit ihren Medien ihre Bürger dazu, alle Menschen im Westen als glerige, böse, von Ausbeutung gezeichnete Sklaven der Fabrikbesitzer zu beurteilen. Die drahtlosen Radiosendungen sind hier ein von Gott gesegnetes Mittel, Frieden zu schaffen durch Information.

Hans Braun,  
Hilfsaktion Märtyrerkirche,  
Ulkingen I

## Wort des Tages

„Der große Irrtum der Neuzeit bestand und besteht zunehmend in der Vorstellung, man könnte Menschen dadurch bessern, daß man ihr Zusammenleben besser organisiert. In Wirklichkeit gibt es höchstens soziale und politische Organisationsformen, die es dem Menschen erleichtern oder auch erschweren, gut zu sein... Jeder kann nur und muß bei sich selbst anfangen.“

Nikolaus Lobkowicz, US-Wissenschaftler (geboren 1931)

## Zum Marterpfahl

„Ein Feuer brannte den Archäologen den Weg zum Schloßfeld frei“, WELT vom 12. September

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Ihr Indianer-Redakteur gehört an den Marterpfahl!

Sitting Bull war kein Häuptling, sondern ein Medizmann. Am Little Big Horn kämpften als Anführer der Hunkpapa, Oglala und Cheyenne die Kriegshäuptlinge Crazy Horse und Gall (Sioux) und Two Moon (Cheyenne). General Terry hatte keinerlei „ausdrücklichen Befehl“ gegeben, „so weit vorzusprengen“, sondern allgemein befohlen, „stromaufwärts am Rosebud (River) entlang zu marschieren, um die Indianer zu verfolgen“. Und: „...so setzt der Kommandeur des Departments doch zu viel Vertrauen in Ihren Eifer, Ihre Energie und Geschicklichkeit, um Sie mit präzisen Befehlen zu belasten...“ General Custer überschätzte sich und unterschätzte Crazy Horse.

Schlussendlich ist der Vergleich Little Big Horn / Waterloo „militärhistorisch“ völlig schief: Custer verlor die Schlacht, der Indianer-Krieg jedoch wurde gewonnen. Napoleon verlor Schlacht und Thron, Frankreich den Krieg.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Horst Gräffels,  
Niersen-Süchteln

## Das Rezept

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem man mit den Diskont- und Lombardsatzerhöhungen zwischen 22. 1. 1986 und 27. 5. 1986 den Vater des Wirtschaftswunders, Ludwig Erhard, gestürzt hat und in der Zwischenzeit wie kleine Kinder immer wieder mit Diskont- und Lombardsatzerhöhungen zu Lasten der Arbeitnehmer spielte, haben die Herren Pöhl, vermutlich Graf Lambsdorff und Stoltenberg sowie die anderen leitenden Herren der Bundesbank und die Landeszentralbankpräsidenten immer noch nichts aus der Geschichte gelernt.

Man müßte statt dessen den Diskontsatz auf 3 Prozent und den Lombardsatz auf 4 Prozent herabsenken, um endlich eine kräftigere Wende in der Wirtschaft zu erreichen, dann könnten auch die USA mit ihren Zinsen heruntergehen. Die USA brauchen z. Zt. aus vielen Gründen Kapital. Wenn dadurch Abflüsse aus der Bundesrepublik Deutschland festgestellt wurden, so ergibt sich daraus ein stabiler hoher Dollarkurs, der unsere Exportfähigkeit erhöht und auf den Arbeitsmarkt entspannend wirkt.

Mit freundlichen Grüßen  
Eugen Avril,  
Annweiler

## Personalien

Verwendung von Folie als Druckmesser in Gelenken gewürdigt.

Tom Ungerer, Zeichner und Illustrator, ist der mit 20 000 Schweizer Franken dotierte Jacob-Burckhardt-Preis der Goethe-Stiftung in Basel zugesprochen worden. Der Elsser erhielt den Preis wegen „seiner besonderen Verdienste als großer Zeichner, als unerschütterlicher Moralist und schöpferischer Freund der Kinder“.

## VERÄNDERUNG

Dr. Hildegunde Feilner (65), Botschafterin der Bundesrepublik auf den Philippinen, tritt nach 31 Jahren im diplomatischen Dienst in den Ruhestand. Vor ihrer Heimkehr aus Asien, wo sie vor ihrer Ernennung 1980 zur Missionsschefin in Manila als Handelsrätin an den Botschaften in

Indien, Sri Lanka und Singapur tätig war, flog sie diese Woche zu einem Ferienaufenthalt nach Südkorea. In den drei Jahrzehnten ihrer diplomatischen Karriere verbrachte sie nur vierzehnhundert Jahre im Auswärtigen Amt. „Die letzten sechs Monate mit mir, sie konnten mich überall hinschicken, weil kein Ehemann mitzureisen brauchte“, sagte Dr. Feilner, die eine Zeitlang die einzige Frau im Botschafterrang im Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik war. „Aber ich hatte nie Heimweh, und es gab keinen Augenblick der Langeweile.“ Als Absolventin der Münchner Universität hatte sie anfangs als Assistentin von Professor Ludwig Erhard gearbeitet. Später wurde sie an die Botschaft in Paris und zur EG nach Brüssel entsandt. Ihr Fazit: „Die Arbeit hat mir immer Spaß gemacht. Sie ist so abwechslungsreich. Es war nie bloße Routine.“

# NATIONALELF „Hoffentlich verlieren die Österreicher“

W. NIERSBACH, München  
Auch am Wochenende hetzte Gerd Müller von Termin zu Termin. Doch trotz dieses Klappens: Sein heutiges Abschiedsspiel gegen die Nationalelf wird wohl in einem halbleeren Stadion stattfinden.

Die Geschäftsstelle des FC Bayern glaubt nur an etwa 25 000 Besucher. Erfüllt sich diese Prognose, bliebe Müller auch in der Stunde des Abschieds der Mann, der sportliche Großtaten weit über Wert vermarktet. „Ich war einfach zu lange weg. So ein Abschiedsspiel hätte eben schon 1979 stattfinden müssen“, lautet Müllers Erklärung. Bundestrainer Jupp Derwall dazu: „Das Spiel ist für uns ein wichtiger Test im Hinblick auf das EM-Spiel gegen Österreich am 5. Oktober.“

Aus schlechter Erfahrung weiß der Bundestrainer jedoch, daß derartige Spiele eine zweischneidige Sache sind. Als die Mannschaft im Mai 1979 zu Ehren von Berti Vogts antrat und 2:6 verlor, war die Rede von der „Blamage am Bökelberg“. Umgekehrt wurde im Juni 1982 beim Beckenbauer-Abschied in Hamburg den Förster-Brüdern der Vorwurf gemacht, beim 4:2-Sieg allzu rüde Bruchstücke attackiert zu haben. Da die Brüder Karl-Heinz (Sprunggelenk-Verletzung) und Bernd Förster (Grippevirus) kurzfristig absagen mußten, fällt die vielleicht unangenehmste Aufgabe Briegel zu. Als Vorstopper kreuzen sich seine Wege mit Gerd Müller.

Nach dem Ausfall der Försters nominierte Derwall den Bremer Osten nach. Würde jetzt auch noch Uli Stielike gesund (er gilt weiter als Stammlibero), wäre der Kreis für das Duell mit Österreich komplett. Gegen Österreich wird der Leverkusener Herbert Was erstmals von Beginn an spielen. „Der Junge ist auf dem richtigen Weg“, sagt Derwall – der Stammspieler von Pierre Littbarski ist in Gefahr.

Zum Spiel der Österreicher in Belfast sagt Derwall: „Ich hoffe, daß die Österreicher verlieren, allerdings traue ich ihnen ein Unentschieden zu.“ Ein Unentschieden würde den Österreichern die besten Möglichkeiten eröffnen, als Sieger der Qualifikationsgruppe 6 zur EM-Endrunde im Juni 1984 nach Frankreich zu fahren.

## FUSSBALL / Vor dem Abschied heute in München: WELT-Interview mit Gerd Müller

### „Ich würde es in Deutschland nicht mehr aushalten. Es ist zu hektisch“

HEINZ STUMM, München  
Gerd Müller gibt heute Abend seinen Abschied als Fußballspieler. Die WELT sprach mit ihm.

WELT: Ihr Abschiedsspiel kommt reichlich spät. Wer ist schuld daran?

Müller: Erst hatte die Nationalelf keinen Termin für mich, dann klappte es bei mir nicht. Inzwischen aber weiß ich, daß nicht der Fußball-Bund das Spiel verschleppt hat.

WELT: Wer dem?

Müller: Das sage ich erst im Abschiedsspiel.

WELT: Paul Breitner und Sepp Maier, ihre beiden Mitstreiter aus großen Bayern-Tagen, hatten bei ihrem letzten Zehntag ein volles Haus. Mit wieviel Besuchern rechnen Sie?

Müller: Also, wenn 30 000 kommen, mache ich einen Luftsprung.

WELT: Ist für das mächtige Interesse allein der Termin oder etwas anderes verantwortlich?

Müller: Fußball-Lorbeer weilt eben sehr schnell.

WELT: Haben Sie nicht ein bißchen ein schlechtes Gewissen, wenn Sie zum Abschied noch einmal abkassieren?

Müller: Warum? Die anderen haben es doch auch gemacht.

WELT: Franz Beckenbauer hat den Gewinn seines Hamburger Abschiedsspiels in die Beckenbauer-Stiftung eingebracht. Halten Sie das für unheimlich oder für eine geschickte Variante, Steuern abzuschreiben?

Müller: Davon habe ich keine Ahnung.

WELT: Franz Beckenbauer spielt mit 38 Jahren noch Fußball. Sie haben längst aufgehört. Warum?

Müller: Als Libero hat der Franz gut lachen. Mittelstürmer halten sich nun mal nicht so lange.

WELT: Was ist schwieriger?

Müller: Als Torjäger wird man ganz anders herangeführt und körperlich gefordert als der freie Mann.

WELT: Sie haben in Ihrer Karriere verschiedene Verletzungen gehabt. Welche war die schlimmste?

Müller: Die Bandscheibenoperation 1977. Da dachte ich schon, das ist das Ende im Fußball.

WELT: Wie fühlen Sie sich mit 37 Jahren?

Müller: Manchmal zwickt die Bandscheibe, und seit fünf Jahren bin ich kurzatmig. Aber sonst geht's gut. Ich lasse mich auch jedes Jahr einmal untersuchen.

WELT: Bei wem?

Müller: Bei Kohnlechner in München.

WELT: Welches Ereignis hat für Sie den höchsten Stellenwert?

Müller: Das Weltmeisterschafts-Endspiel 1974 in München, wo ich das Siegtor erzielte.

WELT: Haben Sie in Ihrem Leben einmal einen großen Fehler gemacht?

Müller: Ja, als ich mir einen Manager zulegte.

WELT: Es heißt, unter Ihrem Manager, von dem Sie sich längst wie-

der getrennt haben, seien Sie einen sechsstelligen Betrag losgeworden.

Müller: Ganz soviel ist es nicht gewesen.

WELT: Was war für Sie die größte Enttäuschung in Ihrer Karriere?

Müller: Die Demütigung durch Trainer Csernai in Frankfurt, als er mich ausgewechselt hat. Und das 3:4 im Halbfinale gegen Italien bei der Weltmeisterschaft 1970 in Mexiko.

WELT: Dennoch sollten Sie Csernai dankbar sein. Denn ohne ihn wären Sie vielleicht nicht in Amerika.

Müller: Das ist ein Schmarren. Ich wollte schon vorher meine Laufbahn in Amerika beenden.

WELT: Von welchem Trainer haben Sie am meisten profitiert?

Müller: Von Branko Zebec. Der hat mir praktisch alles beigebracht.

WELT: Füllt Ihnen etwas zu Dettmar Cramer ein?

Müller: Der hat mich mit dem Cooper-Test geängert. Da mußten wir wahnwitzig viele Runden laufen, und ich bekam dicke Oberschenkel.

WELT: Sehen Sie schwarz für die Fußballkarriere?

Müller: Nein, in Deutschland wird es eines Tages bestimmt wieder aufwärtsgehen.

WELT: Was ist in fünf Jahren Ihrer Abwesenheit in Deutschland anders geworden?

Müller: Das Leben ist nervös und hektisch. Ganz anders als in Florida. Ich hielte es heute in Deutschland nicht mehr aus.



Gerd Müller 1972: Freude über die zweite deutsche Meisterschaft



Gerd Müller 1983: Eine Medaille aus reinem Gold vom FC Bayern

## Die große Karriere: In 15 Jahren 636 Tore

sid/dpa, München  
20. Oktober 1968, Hamburger Volksparkstadion. Die Münchner Bayern erteilen vor 71 000 Zuschauern dem HSV mit 4:0 eine Lektion. Torhüter Sepp Maier verleiht sich nach einem Zusammenstoß mit Uwe Seeler. Mit einer Knieband-Dehnung wird „größtes Torwart von Deutschland“ (Trainer Cajkovsk) vom Platz geföhrt. Gerd Müller stellt sich für einige Minuten zwischen die Pfosten, ehe Maier humpelnd zurückkehrt. Eine Episode aus den Stationen seiner Karriere.

Weltmeister: 1974  
Europameister: 1972  
Europacup-Sieger: 1974, 1975, 1976 (Landesmeister) und 1968 (Polskiesieger), Weltpokal-Sieger: 1976  
Deutscher Meister: 1968, 1972, 1973, 1974  
DFB-Pokal-Sieger: 1966, 1967, 1968, 1971  
Europas Fußballer des Jahres: 1970  
68 Tore in 62 Länderspielen für Deutschland

Torschützenkönig der Weltmeisterschaft 1970 mit zehn Treffern  
Siebenmal Torschützenkönig der Bundesliga (Rekord: 40 Tore 1971/72)  
Europas erfolgreichster Torschütze („Goldener Schuh“) 1970 und 1972  
365 Tore (Rekord) in 421 Bundesligaspielen für Bayern München  
67 Tore in 74 Europacup-Spielen (Landesmeister, Pokalsieger, UEFA-Cup)  
Insgesamt 636 Tore in nationalen und internationalen Pflichtspielen zwischen 1964 und 1979.

## MOTORRAD / 12. Todessturz in dieser Saison – schwerer Unfall in Berlin

### Mit 280 Kilometern in der Stunde gegen die Leitplanken – Reiner außer Lebensgefahr

sid, Berlin/Scarborough  
Tödliche Verletzungen zog sich der mehrmalige britische Motorradmeister Bob Smith (32) bei einem Unfall in Olivers Mount/Scarborough zu. Nach dem Sturz mit seiner 500-ccm-Suzuki wurde er von mehreren nachfolgenden Fahrern überfahren. Zwei Stunden nach der Einlieferung ins Krankenhaus erlag der britische Meister von 1981 seinen inneren Verletzungen.

Der beim Berliner ADAC-Motorradrennen am Sonntag auf der Avus schwer gestürzte ehemalige deutsche Meister in der 500-ccm-Klasse, Gustav Reiner (Stieghelm), ist außer Lebensgefahr. Der eingangs der Nordkurve bei einer Geschwindigkeit von rund 280 Kilometern in der Stunde gestürzte 30-jährige Fahrer erlitt durch den Aufprall eine Gehirnerschütterung.

Das ergab nach Auskunft des

Rennarztes eine Computer-Tomografie, die im Berliner Klinikum Charité vorgenommen wurde. Reiner erlangte am Montag morgen wieder das Bewußtsein und konnte auch sprechen.

Nach dem Sturz hatte sich Reiner mit seinem schweren Motorrad mehrmals überschlagen und war mit dem Kopf gegen die Leitplanken geprallt. Er war sofort mit einem Notarztwagen ins Krankenhaus gefahren worden. Kurz nach seiner Einlieferung hatte Reiner noch einmal das Bewußtsein wiedergewonnen. Die Ärzte vermuteten zu Anfang Schädelbruch. Der Verdacht wurde nicht bestätigt.

12 Tote gab es seit dem 29. März bei internationalen Motorradrennen in diesem Jahr. Hinzu kommen schwere Unfälle der Deutschen Meister Herweh (Sturz in Silverstone) und Reiner, der nun auf der Avus verunglückte. Als am 29. März der Japaner

Isiwoho in Lebonde (Frankreich) starb, konnten die Veranstalter noch von einer traurigen Ausnahme sprechen, doch spätestens seit dem Tod des britischen Meisters Bob Smith am Sonntagabend wird das Jahr 1983 als eines der schwärzesten in die Geschichte dieses Sports eingehen.

Was Veranstaltern und Fahrern dabei gleichermaßen vorzuwerfen ist: Unfälle, wie der Todessturz von Bob Smith in Scarborough, werden bagatellisiert, als nicht zu umgebendes Risiko dieser Branche dargestellt. Infolgedessen, so heißt es dann, müsse darüber auch nicht gesprochen werden. Und wenn, dann allenfalls in Form von Fußnoten, trotz der 12 toten Motorradfahrer in diesem Jahr. Was sagte doch Anton Mang in Berlin über die Reihern, wenn mehr als 300 Stundenkilometer erreicht werden: „Die fliegen dir glatt um die Ohren, da machst du gar nichts mehr.“

## Der Fall eines Funktionärs

Der Mann war 13 Jahre lang Generalsekretär seines Verbandes. Nun wurde ihm fristlos gekündigt. Gestern schon betrat Manfred Kutnyok die Geschäftsstelle des Deutschen Judo-Bundes (DJB) in Frankfurt nicht mehr. Die Vollversammlung des Verbandes hatte ihn zuvor in Sindelfingen sogar aufgefordert, die Schlüssel zu den Büroräumen abzugeben.

Was ist da geschehen? Kutnyok hat seit vielen Jahren sehr oft seine

Frankfurter Geschäftsräume unter Zeugen persönlich beleidigt.

So häuften sich denn die Klagen der Landesverbände, von Schleswig-Holstein bis Bayern. Der Generalsekretär, einst im Verbund mit dem früheren Sportdirektor Robert Heil einer der mächtigsten Männer im Deutschen Judo-Bund, war ins Fadenkreuz seiner Kritiker geraten.

Das Abstimmungsergebnis von Sindelfingen war für Kutnyok niederschmetternd: 18:1 Stimmen ge-

gen ihn. Da gibt es keine Basis mehr für eine weitere Zusammenarbeit, da kann nur ein Neubeginn helfen. Ein Neubeginn mit einem anderen Generalsekretär.

180 000 Mitglieder umfaßt der Deutsche Judo-Bund, und er ist in seiner Zusammensetzung vom Hochleistungssport Judo bis hin zum zenbuddhistischen Bogenschießen einer jener Verbände, die mit äußerster Sorgfalt geführt werden müssen. Das liegt in der Natur all dieser Sparten.

Kutnyok hat dies wohl alles nicht stets subtil genug beachtet. Er hat statt dessen jenen Leuten Vorwürfe und Vorhaltungen gemacht, die seit Jahren ihr Fach verstehen. So etwas mußte schiefgehen. K.B.I.

## SEGELN / America's Cup

### Sieg für die Australier

UPI, Newport  
Über dem Rhode Island Sound weht die grüne Flagge mit dem brennenden roten Känguruh der „Australia II“ – die Australier haben das Kommando im America's Cup der Hochseesegler übernommen. Die dritte Wettfahrt dieser ältesten und teuersten Sportveranstaltung der Welt endete mit einem Triumph der Australier mit dem berühmten, von den Amerikanern bekämpften Flossenkiel über die US-Yacht „Liberty“. Damit führen die Amerikaner nur noch 2:1 Sieger ist, wer zuerst vier Wettfahrten gewonnen hat. Maximal werden sieben Rennen gesegelt.

Tausende von Zuschauern verfolgten auf rund 1100 Gleitschiffen, Yachten, Ozoncampfern und Rettungsbooten die Niederlage der „Liberty“, deren Steuermann Dennis Conner 1980 schon einmal den America's Cup erfolgreich für die USA verteidigt hatte. Erstmals hatte die „Australia II“ keine technischen Schwierigkeiten, keine Probleme mit dem Segeln und dem Ruder. Hunderte von illuminierten Booten begleiteten die „Australia II“ auf der Rückfahrt vom Rennen. „Wir sind natürlich glücklich und zufrieden, daß wir endlich bewiesen haben, wie gut wir sein können“, erklärte Skipper Bertrand. „Die Frustration der letzten Tage mit ihren Widrigkeiten ist vorbei.“

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Zur Wahl in Hessen und Bremen

Samstag,  
24. Sept.

Kommt es zu einer Wiederholung der hessischen Verhältnisse? ● Zieht Wallmann mehr als Dregger? ● Erholt sich die FDP? ● Kann Koschnick seine absolute Vormachtstellung in Bremen behaupten? ● Welche Rolle spielt die Werttenkrise?

Montag,  
26. Sept.

Ergebnisse der Doppelwahl ● Hochrechnungen bei ARD und ZDF ● Porträts von Siegern und Verlierern ● Die Reaktion der Parteien und ihrer Spitzenpolitiker.

Dienstag,  
27. Sept.

Einzelresultate aus den Wahlkreisen ● Vergleich mit früheren Wahlen ● Wie geht es weiter in Hessen und Bremen? – Eine politische Analyse ● Wahlforscher interpretieren die Ergebnisse ● Die Konsequenzen für Bonn.

## STANDPUNKT

Kompetenzen überschritten. Er hat versucht, in dem rund 180 000 Mitglieder umfassenden Verband Politik zu betreiben, er hat versucht, sich ins Judo-fachgemäße einzumischen. Das alles konnte nicht Aufgabe eines Generalsekretärs sein.

So hielt sich der höchste Verwaltungsgestalt des Deutschen Judo-Bundes (DJB) schon 1977 nicht zurück, als es darum ging, in der Öffentlichkeit einem der Vizepräsidenten homosexuelle Neigungen nachzusagen. Damals wurde Kutnyok vom Verband bereits schriftlich abgemahnt. Er wurde später noch einmal mündlich abgemahnt, weil er Vizepräsident Klaus Glahn, den erfolgreichsten Judoka Deutschlands aller Zeiten – in den

Am besten: Sie beziehen die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich gut informiert und versäumen keinen der interessanten Sonderbeiträge, die ständig in der WELT erscheinen.

**DIE WELT**  
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.

## Ich möchte die WELT abonnieren

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (im Ausland 30,00; Luftpostversand auf Anfrage), anstelle: Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.

Kundenzahl: 94-37

## „Belagerung“ des Stuttgarter Landtags

Die „Friedensbewegung“ wird den Stuttgarter Landtag von heute an drei Monate lang belagern. Wie Sprecher der „Landtagsaktion“ innerhalb der Aktionsgruppen gestern in Stuttgart erläuterten, wird die „gewaltfreie“ Aktion vor und möglicherweise auch im Parlamentsgebäude in sieben Stufen „eskalieren“. Während zunächst die Aktionen in der ersten Stufe (20.-30. September) außerhalb der Bannmeile stattfinden (Treffen und Diskussionen mit Passanten), ist für die Stufe zwei vom 1. Oktober an eine „bewußte Überbreitung“ der Bannmeile geplant. Am Ende der zweiten Eskalationsstufe (15. Oktober) planen die Initiatoren eine „Umzingelung“ des Landtagsgebäudes. Den Höhepunkt sollen „Mahnwachen Tag und Nacht“ vom 1. bis 12. Dezember bilden. Ferner sollen zum 4. Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses am 12. Dezember die Landtagsabgeordneten „in ihren Büros“ aufgesucht werden. Würdlich heißt es, man müsse „so lange dort bleiben, bis die Abgeordneten Initiativen ergreifen und sich öffentlich gegen die Nachrüstung aussprechen“.

## Air France nicht nach Moskau

Zum ersten Mal seit dem Ausbruch des Boykotts vor einer Woche hat am Montag die tägliche Maschine der französischen Fluggesellschaft Air France nicht von Paris nach Moskau abfliegen können. Die Gesellschaft fand, wie sie mitteilte, keine freiwillige Cockpit-Mannschaft mehr.

80 Prozent der rund 1400 Piloten der Air France sind Mitglieder der SNPL-Gewerkschaft, die seit dem vergangenen Dienstag die Moskau-Flüge boykottiert. Zunächst konnte die Air France aber Bordmannschaften ohne Boykotteure zusammenstellen und Flüge garantieren.

Am Montag mußten 119 Passagiere auf ihren Direktflug verzichten. Heute will die SNPL über das weitere Vorgehen entscheiden.

## EKD kritisiert „starres Gleichgewichtsdenken“

Erklärung zur Friedensdebatte / „Risiken in Kauf nehmen“

Eine Abkehr vom „starren und schematischen Gleichgewichtsdenken“, wobei ein begrenztes Risiko zeitweilig in Kauf genommen werden solle, hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gefordert. In einer gestern veröffentlichten Erklärung „zur Friedensdebatte im Herbst 1983“ wird ebenso die Drohung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen abgelehnt.

Darüber hinaus appellierte der Rat an die Kompromißbereitschaft der Großmächte, um bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen eine drastische Verminderung der in Europa stationierten Raketen zu erreichen. Der Rat erinnert in seiner Erklärung an die These der Friedensdebatte aus dem Jahre 1981, wonach der Frieden besser mit politischen als mit militärischen Mitteln gesichert werden könne. Als konkrete Schritte zur Friedenssicherung wird unter anderem ein „nuclear freeze“ verlangt, das heißt ein Stopp der Entwick-

lung, Erprobung, Produktion und Aufstellung neuer Atomwaffen.

Die Drohung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen zur Verteidigung gegen einen konventionellen Angriff dürfe nicht Grundlage der westlichen Strategie bleiben, weil der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln für das christliche Gewissen unerträglich sei, heißt es.

Durch die Abkehr vom Gleichgewichtsdenken sollten die im Abschreckungssystem liegenden Gefahren zurückgedrängt werden. Dabei könne es „notwendig sein, begrenzte Risiken vorübergehend in Kauf zu nehmen“.

In der Erklärung wird jedoch darauf hingewiesen, daß „der Protest gegen die Nachrüstung“ als solcher nicht die Qualität eines Widerstandes gegen den Staat habe, sondern eine Bewährungsprobe für die freiheitliche Demokratie sei. „Wer den äußeren Frieden sichern“ wolle, dürfe den „inneren Frieden nicht der Gewalt opfern“, heißt es weiter.

## Bush: Auch bei Nachrüstung weiterverhandeln

rtw/AP/AF, Bukarest

Der amerikanische Vizepräsident George Bush hält eine Fortsetzung der Genfer Abrüstungsverhandlungen auch nach der geplanten Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen der NATO in Westeuropa für möglich. Kurz vor seiner Abreise von Rumänien nach Ungarn erklärte Bush, zwar halte die NATO an dem für Dezember geplanten Stationierungsbeginn fest, wenn in den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen bis dahin kein Ergebnis erzielt worden sei. Die USA seien jedoch in Genf so lange wie nötig gesprächsbereit.

Über seine Gespräche mit dem rumänischen Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu sagte Bush, man habe sich über dessen Vorschlag einer direkten europäischen Beteiligung in Genf nicht einigen können. Bush würdigte die großen Erfahrungen Ceausescus im Nahen Osten, wo er Kontakte mit den Palästinensern und Israel pflege. Ceausescu habe „sehr interessante“ Vorschläge für Nahostverhandlungen vorgebracht. Nach seinem Ungarn-Besuch beschließt Bush seine Europa-Reise morgen in Wien.

## Libanon: USA und Syrien greifen verstärkt in die Kämpfe ein

Amerikanisches Kriegsschiff bombardiert drusische Stellungen / Kämpfe um Suk el Garb

Syrien und die Vereinigten Staaten haben gestern verstärkt in die Auseinandersetzungen in Libanon eingegriffen. Die Kämpfe im Lande konzentrierten sich zunehmend auf die strategisch wichtige Stadt Suk el Garb im Schuf-Gebirge.

Die drusischen Milizen kämpften dabei nach eigenen Angaben erstmals außerhalb Beiruts gemeinsam mit der schiitischen Amal-Miliz. Daneben werden die drusischen Einheiten von PLO-Kommandos, die mit sowjetischen Panzern des Typs T-54 ausgerüstet sind, unterstützt. Die Artillerie des syrischen Truppenkontingents in Libanon unterstützt das Vorgehen der drusischen Milizen. Der libanesische Rundfunk dementierte am Nachmittag die Meldung, Suk el Garb sei von den drusischen Verbänden eingenommen worden. Doch deutet der verstärkte Einsatz der libanesischen Luftwaffe sowie der erstmalige direkte Beschuß syrischer Stellungen durch die libanesische Armee auf eine verzweifelte Situation der libanesischen Truppen hin.

Sollte Suk el Garb fallen, so hätten die Drusen und die mit ihnen verbundenen PLO-Einheiten sowie die schiitischen Milizen freien Zugang zur Hauptstadt Beirut. Damit würde aber

der Bestand der Regierung Gemayel gefährdet.

Ein Durchbruch der drusisch-palästinensischen Kontingente nach Beirut würde auch die Kontingente der internationalen Friedenstruppe, die zum Schutz der libanesischen Regierung in Beirut und am internationalen Flughafen stationiert sind, gefährden. Dies ist auch der Grund, warum die Vereinigten Staaten gestern wieder in die Kämpfe eingegriffen haben. Nach Angaben des libanesischen Rundfunks beschloß ein amerikanisches Kriegsschiff, mehrmals Stellungen in den Schuf-Bergen. Zu diesem Gebiet hat Artillerie angegriffen worden. Damaskus hatte Washington wiederholt davor gewarnt, Stellungen der syrischen Truppen in Libanon anzugreifen (Die Welt 19. September).

US-Präsident Reagan ist bereit, für den Schutz der in Beirut stationierten Marineinfanteristen alle erforderlichen Mittel einzusetzen. In einem gestern erschienenen Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Newsweek“ sagte Reagan, er sei bereit einzusetzen, „was auch immer notwendig sein wird, um unsere Männer zu schützen“. Gleichzeitig trat Reagan Spekulationen entgegen, Wa-

shington wolle sein militärisches Engagement in Libanon verstärken. Die Rolle der US-Truppen in Libanon sei die einer stabilisierenden Macht, die dem Land helfen solle, sich als souveräner Staat zu regenerieren. Diese einschränkenden Äußerungen Reagans beziehen sich offenbar auf die zunehmenden Warnungen in den Vereinigten Staaten vor einer Ausweitung der Intervention in Libanon.

In die Diskussion über die Aufgabe der Marines in Libanon hat auch indirekt der libanesische Präsident Amin Gemayel eingegriffen. In einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC beschuldigte er Syrien, durch seine militärische Präsenz in Libanon eine Aussöhnung zwischen Drusen und Christen zu verhindern.

Drusenführer Walid Dschumblatt seinerseits nannte in einem Interview mit dem amerikanischen CBS-Fernsehen den Abzug der libanesischen Armee aus dem Schuf und eine Waffenruhe als Voraussetzung für Verhandlungen mit Präsident Gemayel.

Der israelische Verteidigungsminister Moshe Arens appellierte am Wochenende an die Drusen, in ihre Dörfer im Schuf zurückzukehren und nicht an den Kämpfen um Beirut teilzunehmen.

## Auf den Spuren Luthers

Generalsynode in Coburg eröffnet / Friedensdebatte

Unter dem Stichwort „500 Jahre Martin Luther“ steht die Generalsynode '83 der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), die heute in Coburg eröffnet wird. Der VELKD gehören die lutherischen Landeskirchen von Bayern, Braunschweig, Hannover, Nordelbien und Schaumburg-Lippe mit 9,6 Millionen Mitgliedern in 4149 Gemeinden an.

Schon der Eröffnungsgottesdienst in der Coburger Moritzkirche wird auf die Spuren Luthers führen. Hier hat der Reformator 1530 gepredigt, während er auf der Verte Coburg den Ausgang des Augsburger Reichstags mit der Vorlage der Confessio Augustana abwartete.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt bildet das ökumenische Forum „Hat Luther uns erreicht? – Antworten aus fünf Kontinenten“. Den aktuellen Bezug wird vermutlich der öffentliche Vortrag des braunschweigischen Landesbischofs Gerhard Müller, „Unmittelbar zu Gott – verantwortlich in der Welt – was ist das?“ aufgreifen. Obgleich die Tagesordnung keinen ausdrücklichen Bezug darauf nimmt, ist anzunehmen, daß in den Aussprachen auch die Fragenkomplexe „Friedensbewegung“, „Friedensbewahrung“ und „Nachrüstung“ zur Sprache kommen werden. Zwar ist in der VELKD die Diskussion bisher ruhiger verlaufen als im westdeutschen Protestantismus insgesamt, doch gibt es auch hier bläher im Hinblick auf den „heißen Herbst“ keinen verbindlichen Konsens.

## FDP klagt auf Fernsehteilnahme

dpa, Bonn

Die hessische FDP hat ein Stuttgarter Anwaltsbüro beauftragt, die Beteiligung ihres Landesvorsitzenden Wolfgang Gerhardt an der Fernsehsendung des Hessischen Rundfunks „Vier Tage vor der Wahl“ am Mittwoch durchzusetzen. Der Sender verweigert die Teilnahme Gerhardts mit der Begründung, daß die FDP nicht im Landtag vertreten ist. Das Anwaltsbüro sieht hierin einen Verstoß gegen das hessische Rundfunkgesetz, nach dem Parteien, die in allen Wahlkreisen Wahlvorschläge eingereicht haben, beanspruchen können, an Aussprachen von Parteivertretern beteiligt zu werden. Unabhängig davon ergebe sich dieser Anspruch aus dem vom Bundesverfassungsgericht betonten Gesichtspunkt der Chancengleichheit.

## Droht Belgien ein Generalstreik?

Gewerkschaften wollen Ausstand auf freie Wirtschaft ausdehnen / Kompromiß abgelehnt

BODO RADKE, Brüssel

Belgien als Gastland der wichtigsten Dienststellen der Europäischen Gemeinschaft und der NATO erlebte gestern den achten Tag ohne jeglichen Eisenbahnverkehr und den siebten Tag ohne Postzustellung. Am Wochenende hatten Marathonverhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und den Gewerkschaften keine Entschärfung des Sozialkonflikts gebracht.

Die Minister legten zwar eine Reihe neuer Vorschläge zur Änderung der angekündigten Sparmaßnahmen vor, bekräftigten aber den Standpunkt des Kabinetts, daß im öffentlichen Dienst jährlich acht Milliarden Franc (400 Millionen Mark) eingespart werden müßten. Das sollte zunächst für 1984 dadurch erreicht werden, daß die bisher übliche Vorauszahlung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst in eine Zahlung am Monatsende nach geleisteter Arbeit umgewandelt wird, wie das in der freien Wirtschaft der Fall ist.

Eine solche Umstellung wurde von den Gewerkschaften kategorisch abgelehnt. Die Absicht der Regierung,

zu Vermeidung von Härten Wechselschichtfunktionen und andere Zuweisungen 1984 vorzeitig zu überweisen, ist aus der Sicht der Gewerkschaftsfunktionäre reine Verschleierungstaktik. In der Praxis, so sagen sie, wolle die Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen die im öffentlichen Dienst Beschäftigten – in Belgien sind das rund 800 000 bei einer Gesamtbevölkerung von knapp zehn Millionen Menschen – um ein volles Monatsgehalt schädigen.

Die Gewerkschaften lehnten nicht nur die aus einem Zweig-Punkte-Programm bestehenden Vorschläge der Regierung ab. Sozialistische Gewerkschaftsführer drohten sogar ganz offen damit, auch die Mitglieder der Arbeitnehmer-Organisationen ihrer politischen Richtung in den Betrieben der freien Wirtschaft zum Streik aufzurufen. Die mit den christdemokratischen Parteien der Flamen und Wallonen eng verflochtenen katholischen Gewerkschaften gingen zwar nicht so weit, lehnten aber eine Wiederaufnahme der Arbeit im öffentlichen Dienst ab. Die liberalen Gewerkschaften wollen mit der Regie-

rung so bald wie möglich weiterverhandeln.

Am dramatischsten ist die Lage im Hafen von Antwerpen, der Drehscheibe für Belgiens Außenhandel. Die Kapitäne der auf die Einfahrt in die Schelde-Mündung wartenden Frachter müssen sich allmählich entscheiden, ob sie auf Häfen anderer Länder ausweichen sollen.

Rechtlich hat Belgiens Regierung die Möglichkeit der Dienstverpflichtung von Streikenden. Funktionäre besonders der sozialistischen Gewerkschaften haben aber bereits erklärt, daß damit nichts erreicht würde. Entweder würde eine solche Anordnung einfach nicht beachtet werden, oder die Betroffenen würden zwar ihren Arbeitsplatz einnehmen, aber keinen Finger rühren.

Eine Änderung der Situation in Belgien, die naturgemäß auch viele Menschen in Nachbarstaaten wie der Bundesrepublik Deutschland in Mitteleuropa zieht, ist frühestens am Mittwoch zu erwarten. Denn einige Gewerkschaftsinstanzen wollen erst wieder am Dienstagabend zusammentreten. (SAD)

## Wie Sie in Ihrem Auslandsgeschäft das Währungsrisiko vermeiden.

Eine entscheidende Voraussetzung für Ihren Erfolg im Auslandsgeschäft ist eine schnelle und zuverlässige Kursstellung, wenn in Fremdwährung fakturiert werden soll.

Das Währungsrisiko für Sie und die Beratung von uns beginnen schon in der Angebotsphase Ihres Auslandsgeschäftes. Sie müssen wissen, mit welchen Kursen Sie bei Angebotsabgabe kalkulieren können. Und Sie müssen wissen, mit welchen Veränderungen Sie dann in dem kritischen Zeitraum bis zur Vertragsunterzeichnung zu rechnen haben. Ist der Kontrakt geschlossen, brauchen Sie wahrscheinlich eine Wechselkursicherung. Das heißt: Sie geben ihr Kursrisiko an die Bank weiter und stellen damit Ihre Kalkulation in DM auf eine feste Basis. Also brauchen Sie einen Bankpartner, der Sie schnell und umfassend informiert und

Ihnen eine Prognose geben kann. Eigene Devisenhandelsbüros der Dresdner Bank an den bedeutendsten Finanzplätzen der Welt stehen mit der Frankfurter Zentrale durch Telefon, Telex und Bildschirm in ständigem Kontakt.

Frankfurt gibt dann wiederum per Bildschirm alle Kurse und Informationen unmittelbar an unsere Devisenhandelsexperten in den wichtigsten Orten der Bundesrepublik weiter.

Es gibt keine Nachricht im Devisenhandel, die es bei uns nicht gibt. Und wir haben die Spezialisten, um diese Nachrichten auszuwerten. Nutzen Sie die Vorteile der Dresdner Bank zum Vorteil Ihres Unternehmens. Sprechen Sie mit unserem Firmenkundenbetreuer – er nimmt Ihnen Ihre Kurs-Probleme ab.



Dresdner Bank  
In Berlin: BHI

## CSSR-Grenzer schossen auf drei „DDR“-Flüchtlinge

rtw/dpa/AP, München

Im Kugelhael einer Grenzpatrouille ist am Sonntagmorgen an der tschechoslowakischen Grenze die Flucht dreier Männer aus der „DDR“ in die Bundesrepublik teilweise gescheitert. Wie die bayrische Grenzpolizei mitteilte, konnte nur einer unverletzt bayrisches Gebiet erreichen.

Insgesamt fielen sechs Schüsse. Einer der drei etwa 30-jährigen Männer rannte im Kugelhael überstritzt in Richtung bayrische Grenze und verlor dabei den Kontakt zu seinen Begleitern, die wahrscheinlich gestellt und verhaftet wurden. Nicht ganz ausgeschlossen sei, daß noch ein Flüchtling die Grenze überwunden habe und sich im Wald verborgen halte, hieß es.

Die drei Männer aus der „DDR“ hatten die gemeinsame Flucht über die tschechoslowakische in die Bundesrepublik verabredet. Sie versuchten den Durchbruch durch die Sperranlagen in einem Waldgebiet des mittleren Grenzabschnitts. Zunächst konnten die Flüchtlinge die tschechoslowakischen Sperranlagen überwinden. Dann aber, so die Berichte, seien sie noch vor der Grenze auf eine Streife der tschechoslowakischen Grenztruppen gestoßen. Die Soldaten hätten sofort das Feuer eröffnet.

## Pakistan empört über afghanischen Bombenangriff

rtw, Islamabad

Westliche Diplomaten in Islamabad erwarten eine weitere deutliche Abkühlung in den schon schlechten Beziehungen zwischen Pakistan und Afghanistan. Dies ergebe sich aus dem von Pakistan gemeldeten Bombenangriff afghanischer Kampftruppen auf ein pakistanisches Dorf, bei dem am Wochenende ein Mann ums Leben gekommen und einer verletzt worden war.

Wie Pakistans staatlicher Rundfunk berichtete, waren sieben afghanische Drogenjäger des sowjetischen Typs MiG-21 in den pakistanischen Luftraum eingedrungen und hatten acht Bomben auf ein Dorf bei der Stadt Parachinar abgeworfen, die 140 Kilometer westlich der nordwestlichen Provinzhauptstadt Peshawar liegt. In dem Gebiet, das wie eine Pflanzspitze in afghanisches Territorium hineinragt, leben viele der drei Millionen Flüchtlinge, die Afghanistan nach der sowjetischen Invasion des Jahres 1979 verlassen haben.

Es war zunächst nicht klar, ob der Angriff einem Flüchtlingslager in dem Gebiet galt. In pakistanischen Regierungskreisen wird der Angriff als die schwerste Grenzverletzung seit Dezember 1981 betrachtet.

## Noch kein Votum zur Nachrüstung

Nsa/rmc, Mainz/Bonn

Für den ordentlichen Landesparteitag der rheinland-pfälzischen SPD am 1. Oktober in Mainz-Finthen lag bis gestern noch kein Antrag vor, eine mögliche Nachrüstung so, wie es der Landesverband Baden-Württemberg beschlossen hat, schon jetzt abzulehnen. Damit erscheint die SPD Rheinland-Pfalz als erster Landesverband die Haltung des SPD-Bundesvorstandes zu unterstützen, der seine Entscheidung nicht vor dem Bundesparteitag im November fällen möchte.

Für die Haltung des Bundesvorstandes hat sich auch der Bezirksparteitag der rheinischen SPD mit 108 gegen 62 Stimmen ausgesprochen. Allerdings stehen am kommenden Wochenende noch die Bezirksparteitags der SPD in Eisenberg und von Rheinland-Hessen-Nassau in Bittburg bevor.

Der mit 20 000 Mitgliedern zweitgrößte SPD-Unterbezirk in der Bundesrepublik Deutschland, Recklinghausen, hat auf seinem außerordentlichen Parteitag mit 105 zu 99 Stimmen eine vorweggenommene Entscheidung zur Nachrüstung abgelehnt. Damit grenzt sich Recklinghausen von der Mehrheit der Untergliederungen der SPD ab, die sich für eine bedingungslose Ablehnung aussprechen.

## Bonn bestätigt: Neue Linie für Genf

Fortsetzung von Seite 1

mögliche Kompensation für das so-wjetische Verlangen nach Anrechnung der britischen und französischen Atomwaffen von europäischer Seite noch nicht als ausreichend betrachtet. Als weiteres Zugeständnis wird erwogen, die Gefechtsköpfe auf den britischen und französischen Raketen in die „europäische Rechnung“ gegenüber der Sowjetunion einzutragen.

Auf den nicht einzeln lenkbaren Sprengköpfen von zusammen 162 britischen und französischen Raketen würden dann auf westlicher Seite mehr als 300 Sprengkörper zu zählen sein, obwohl diese nicht geeignet sind, voneinander räumlich separierte Ziele zu treffen. Sie, so ist behauptet, würden dann gegenüber den älteren sowjetischen Raketenmodellen der Typen SS 4 und SS 5 aufzu-rechnen sein.

Was die Rolle der ballistischen Rakete Pershing 2 angeht, so sind in den NATO-Geheimberatungen die Tendenzen stärker geworden, dieses Waffensystem nötigenfalls bei entsprechendem sowjetischem Verhandlungsdruck ganz zu opfern. In dem vor dem Beginn der Sitzung der „Besonderen Beratungsgruppe“ anvisierten Konzept wäre ohnehin nur noch Raum für 60 oder weniger Pershing-2-Raketen. Dem Vernehmen nach wächst bei den Regierungsexperten, die Bereitschaft, zu sagen, die ballistischen Raketen endgültig fallenzulassen, wenn man auf diese Weise in Genf ein Verhandlungsergebnis erwarten kann.

Des weiteren verstärkt sich die Tendenz in der NATO, auch die von der Bundeswehr unterhaltenen Pershing-1-A-Geschwader in die Genfer Verhandlungen mit der Sowjetunion einzubringen. Damit erhofft sich der

Westen offenbar, ein sowjetisches Einlenken zum Einfrieren der östlichen Raketenrüstung mit Reichweiten unter 1000 Kilometer einhandeln zu können. Es gibt in der NATO starke Befürworter dieses Konzepts, die sagen, die Aufgaben der 72 Pershing-1-A-Raketen mit einer Reichweite von rund 750 Kilometer könnten von atomwaffentragenden Tornado-Flugzeugen übernommen werden. Käme es dazu, daß die Sowjetunion auf derzeitige westliche Pläne einging, besäße sie nicht nur bei den ballistischen Raketen mit Reichweiten über tausend Kilometer ein Übergewicht, sondern auch bei denen geringer Reichweite. In der Reichweiten-Kategorie um 500 Kilometer würde die NATO in Europa über kein Waffensystem mehr verfügen, die Sowjetunion jedoch in Gestalt der modernen Typen SS 22 und SS 23 über rund 650 Stück.

# Das Schlußdokument von Madrid im Wortlaut

heitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa einzuberufen.

7.

\* In diesem Zusammenhang ist der Begriff „angrenzendes Seegebiet“ so zu verstehen, daß er sich auch auf das angrenzende ozeanische Gebiet bezieht.

Zeitplanen und anderer organisatorischer Modalitäten für die erste Phase der Konferenz betraut wird, wird ab 25. Oktober 1983 in Helsinki abgehalten. Seine Dauer soll drei Wochen nicht überschreiten.

8.

Die Verfahrens- und die Arbeitsregeln sowie der Verteilerschlüssel für die Kosten, die für die KSZE gelten, werden sinngemäß auf die Konferenz und auf das im vorstehenden Paragraphen erwähnte Vorbereitungstreffen angewendet. Das technische Sekretariat wird vom Gastgeberland gestellt werden.

## Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt

1.

Die Teilnehmerstaaten sind der Auffassung, daß die Verwirklichung aller Bestimmungen der Schlußakte und die volle Respektierung der darin niedergelegten Prinzipien über die Beziehungen unter ihnen eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung ihrer Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt bilden. Gleichzeitig bekräftigen sie ihre Überzeugung, daß die Zusammenarbeit in diesen Bereichen zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der ganzen Welt beiträgt. In diesem Geiste drücken sie erneut ihre Entschlossenheit aus, diese Zusammenarbeit untereinander, ungeachtet ihrer wirtschaftlichen und sozialen Systeme, fortzusetzen und zu verstärken.

2.

Die Teilnehmerstaaten bestätigen ihr Interesse an der Förderung angemessener, günstiger Bedingungen zur weiteren Entwicklung des Handels und der industriellen Kooperation zwischen ihnen, insbesondere durch die volle Erfüllung aller Bestimmungen des zweiten Kapitels der Schlußakte, um so einen besseren Gebrauch von den durch ihr wirtschaftliches, wissenschaftliches und technisches Potential geschaffenen Möglichkeiten zu machen. In diesem Zusammenhang und in Anbetracht der bereits zum Zwecke der Überwindung aller Arten von Handelsbarrieren unternommenen multilateralen, bilateralen und multilateralen Anstrengungen bekräftigen sie ihre Absicht, weitere Anstrengungen mit dem Ziel zu unternehmen, alle Arten von der Entwicklung des Handels entgegenstehenden Hemmnissen zu verringern oder schrittweise auszuschalten.

Unter Berücksichtigung der von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) auf dem Gebiet aller Arten von Handelsbarrieren bereits ausgeführten Arbeiten empfehlen sie, weitere Arbeiten zu dieser Materie insbesondere auf die Identifizierung solcher Hemmnisse auszurichten und sie mit dem Ziel zu untersuchen, Möglichkeiten zu ihrer Verringerung oder schrittweisen Ausschaltung aufzufinden, um so zu einer harmonischen Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen beizutragen.

3.

Auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte bezüglich der Geschäftskontakte und -möglichkeiten erklären die Teilnehmerstaaten ihre Absicht, Anstrengungen zu unternehmen, um die wirksamere und raschere Abwicklung von Geschäftsverhandlungen und -aktivitäten zu fördern und weiterhin Bedingungen zu schaffen, die engere Kontakte zwischen Vertretern und Experten von Verkaufsfirmen auf der einen Seite sowie Käufern und Abnehmerfirmen auf der anderen Seite in allen Stadien des Geschäftsganges erleichtern. Sie werden auch andere Formen operativer Kontakte zwischen Verkäufern und Abnehmern fördern, wie die Veranstaltung technischer Symposien und Vortragsveranstaltungen sowie Aus- und Weiterbildungskursen über Kundendienst für Fachkräfte von Abnehmerfirmen und -organisationen.

Sie kommen auch überein, Maßnahmen zu treffen, um Dienstleistungen und Einrichtungen sowie Arbeitsbedingungen für Vertreter ausländischer Firmen und Organisationen auf ihrem Territorium weiterzuentwickeln und zu verbessern, einschließlich Fernmeldeeinrichtungen für Vertreter solcher Firmen und Organisationen, sowie diese und andere Einrichtungen für zeitweilig anwesendes Personal, insbesondere auch für Personal vor Ort zu schaffen. Sie werden sich weiterhin bemühen, Maßnahmen zu ergreifen, um soweit wie möglich Verfahren für die Registrierung ausländischer Firmenvertretungen und Büros sowie für die Gewährung von Einreisevisa für Vertreter der Wirtschaft zu beschleunigen.

4.

Die Teilnehmerstaaten erklären ihre Absicht, die regelmäßige Veröffentlichung und Verbreitung wirtschaftlicher und kommerzieller Informations-

nen möglichst rasch zu gewährleisten, die so zusammenzustellen sind, daß die Beurteilung der Marktmöglichkeiten erleichtert und damit der Prozeß der Entwicklung des internationalen Handels und der internationalen industriellen Kooperation wirksam unterstützt wird.

Zu diesem Zweck und um weitere Fortschritte bei der Erreichung der in den einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte dargelegten Ziele zu machen, beabsichtigen sie, ihre Bemühungen zu intensivieren, um die Vergleichbarkeit, den Umfang und die Klarheit ihrer Wirtschafts- und Handelsstatistiken zu verbessern, indem sie insbesondere erforderlichenfalls die folgenden Maßnahmen treffen: durch Einbeziehung angemessener definierter und, wo es möglich ist, auf konstante Werte begründeter zusammenfassender Indizes in ihre Wirtschafts- und Handelsstatistiken; durch Veröffentlichung ihrer Zwischenstatistiken, wenn immer technisch möglich, in mindestens vierteljährlichem Rhythmus; durch Veröffentlichung ihrer statistischen Erhebungen in genügender Detailliertheit, um die oben erwähnten Ziele zu erreichen, indem sie insbesondere für ihre Außenhandelsstatistiken eine Warenauflistung verwenden, die die Bestimmung einzelner Waren für Zwecke der Marktanalyse gestattet; durch Bemühen darum, daß ihre Wirtschafts- und Handelsstatistiken den von dem betreffenden Staat bisher herausgegebenen in Umfang nicht nachstehen.

Weiterhin bekunden sie, daß sie willens sind, in Richtung des baldigen Abschlusses der in den zuständigen UN-Gremien unternommenen Arbeiten an der Harmonisierung und Angleichung statistischer Nomenklaturen zusammenzuarbeiten.

Die Teilnehmerstaaten erkennen ferner an, daß es nützlich ist, in anderen Teilnehmerstaaten vorhandene wirtschaftliche und kommerzielle Informationen für Unternehmen und Firmen in ihren Ländern auf geeigneten Wegen bereitzustellen.

5.

Die Teilnehmerstaaten sind sich der Notwendigkeit bewußt, die Bedingungen für eine wirksamere Arbeitsweise von auf dem Gebiet der Absatzförderung tätigen Institutionen und Firmen weiter zu verbessern, und werden daher einen aktiveren Austausch von Kenntnissen und Techniken fördern, die für eine wirksame Absatzförderung nötig sind, sowie intensivere Beziehungen zwischen solchen Institutionen und Firmen ermutigen. Sie kommen überein, die von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa gebotenen Möglichkeiten voll zu nutzen, um ihre Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu fördern.

6.

Die Teilnehmerstaaten stellen fest, daß in ihren wirtschaftlichen Beziehungen die Anzahl von Kompensationsgeschäften in all ihren Formen ansteigt. Sie erkennen die nützliche Rolle an, die solche auf gegenseitig annehmbarer Grundlage abgeschlossenen Geschäfte spielen können. Gleichzeitig erkennen sie an, daß bei solchen Geschäften durch Verknüpfung von Käufen und Verkäufen Probleme entstehen können.

Unter Berücksichtigung der von der ECE auf diesem Gebiet bereits ausgeführten Studien empfehlen die Teilnehmerstaaten, die weitere Arbeit zu dieser Materie insbesondere auf die Identifizierung solcher Probleme und die Prüfung von Möglichkeiten für ihre Lösung auszurichten, um zur harmonischen Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen beizutragen.

7.

Die Teilnehmerstaaten erkennen an, daß die Ausweitung der industriellen Kooperation, auf der Grundlage ihres gegenseitigen Interesses und motiviert von wirtschaftlichen Erwägungen, zur weiteren Entwicklung und Diversifizierung ihrer Wirtschaftsbeziehungen und zu einer breiteren Nutzung moderner Technologie beitragen kann.

Sie erkennen die nützliche Rolle an, welche bilaterale Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit, darunter gegebenenfalls solche mit langfristigen Charakter, spielen können. Sie drücken ferner ihre Bereitschaft aus, günstige Bedingungen für die Entwicklung der industriellen Kooperation zwischen kompetenten Organisationen, Unternehmen und Firmen zu fördern. Zu diesem Zweck und mit dem Ziel, die Bestimmungen neuer Möglichkeiten für Projekte der industriellen Kooperation zu erleichtern, erkennen sie an, daß es wünschenswert ist, die Bedingungen für die Geschäftstätigkeit und den Austausch wirtschaftlicher und kommerzieller Informationen unter den kompetenten Organisationen, Unternehmen und Firmen, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen, weiter zu entwickeln und zu verbessern.

Sie stellen auch fest, daß neue Formen der industriellen Kooperation, einschließlich solcher mit Organisationen, Institutionen und Firmen dritter Länder, in Aussicht genommen werden können, falls dies im gegenseitigen Interesse der potentiellen Partner liegt.

Sie empfehlen, daß die ECE danach strebt und fortführt, besondere Aufmerksamkeit ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der industriellen Kooperation zu widmen, unter anderem indem sie

ihre Bemühungen weiterhin auf die Prüfung von Wegen zur Förderung günstiger Bedingungen für die Entwicklung der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet richtet, einschließlich der Organisation von Symposien und Seminaren.

8.

Die Teilnehmerstaaten erklären ihre Bereitschaft, ihre Anstrengungen, die auf eine breitere Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen am Handel und an der industriellen Kooperation gerichtet sind, fortzuführen. Eingedenk der insbesondere solche Unternehmen betreffenden Probleme werden sich die Teilnehmerstaaten bemühen, die in den vorliegenden Absätzen behandelten Bedingungen weiter zu verbessern, um die Geschäftstätigkeit dieser Unternehmen auf den oben erwähnten Gebieten zu erleichtern. Die Teilnehmerstaaten empfehlen ferner, daß die ECE ihre Sonderstudien hinsichtlich dieser Probleme weiterentwickeln möge.

9.

Die Teilnehmerstaaten erkennen die wachsende Bedeutung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie an, unter anderem derjenigen mit langfristigen Charakter, sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Grundlage. Sie begrüßen die bisher durch solche Bemühungen erzielten

die Anwendung der Bestimmungen der Konvention der Vereinten Nationen über die Anerkennung und Durchsetzung ausländischer Schiedssprüche von 1958 sowie einen breiten Rückgriff auf die Schiedsregeln, die von der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht ausgearbeitet wurden. Sie treten auch dafür ein, daß den Parteien auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte bei der Wahl der Schiedsrichter und des Ortes des Schiedsverfahrens, einschließlich der Wahl des Schiedsverfahrens in einem dritten Land, Freiheit gewährt wird.

12.

Die Teilnehmerstaaten erkennen die wichtige Rolle des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aller Länder, insbesondere jener an, die sich wirtschaftlich im Entwicklungsstadium befinden. Unter Berücksichtigung der Ziele, welche die betreffenden Länder oder Institutionen in ihren bilateralen und multilateralen Beziehungen verfolgen, betonen sie die Notwendigkeit, die Formen und Methoden der Kooperation im Bereich der Wissenschaft und Technik auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils und auf der Grundlage des gegenseitigen Einverständnisses und anderer Vereinbarungen weiterzuentwickeln, wie dies in

13.

Die Teilnehmerstaaten begrüßen mit Befriedigung die wichtigen Schritte, die zur Stärkung der Zusammenarbeit im Rahmen der ECE auf dem Gebiet des Umweltschutzes unternommen wurden, einschließlich des Treffens auf hoher Ebene zum Umweltschutz (13. bis 16. November 1979). Unter gebührender Berücksichtigung der in anderen zuständigen internationalen Organisationen gelei-

14.

Im Zusammenhang mit den Bestimmungen der Schlußakte über Wanderarbeit in Europa stellen die Teilnehmerstaaten fest, daß sich jüngste Entwicklungen der Weltwirtschaft auf die Lage der Wanderarbeiter ausgewirkt haben. In diesem Zusammenhang verleiht die Teilnehmerstaaten ihrem Wunsch Ausdruck, die Aufnahme- und Herkunftsländer mögen im Geiste des beiderseitigen Interesses und der Zusammenarbeit ihre Kontakte verstärken, um die allgemeine Lage der Wanderarbeiter und ihrer Familien, unter anderem den Schutz ihrer Menschenrechte, einschließlich ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, zu verbessern, wobei insbesondere die speziellen Probleme der zweiten Generation von Wanderarbeitern zu berücksichtigen sind. Sie werden auch bemüht sein, dort, wo eine angemessene Nachfrage besteht, angemessenen Unterricht in der Sprache der Kultur der Herkunftsländer zu bieten oder zu fördern.

Die Teilnehmerstaaten empfehlen, neben anderen Maßnahmen zur Erleichterung der sozialen und wirtschaftlichen Wiedereingliederung zurückkehrender Wanderarbeiter durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen oder gegenseitige Abkommen die Auszahlung von Pensionsansprüchen sicherzustellen, so wie sie nach dem System sozialer Sicherheit, zu dem solche Arbeiter im Aufnahmeland zugelassen worden sind, erworben oder festgestellt worden sind.

2.

Sie geben ferner ihren Willen aus, Druck,

- positive Schritte zu unternehmen, um die Spannungen zu vermindern und die Stabilität, die Sicherheit und den Frieden im Mittelmeerraum zu stärken und zu diesem Zweck ihre Anstrengungen zu erhöhen, um mit friedlichen Mitteln gerechte, lebensfähige und dauerhafte Lösungen für entscheidende offene Fragen zu finden, ohne Anwendung von Gewalt oder anderer mit den Prinzipien der Schlußakte nicht vereinbarere Mittel, um Vertrauen und Sicherheit zu stärken und dafür Sorge zu tragen, daß in der Region Frieden herrscht;

- Maßnahmen zu ergreifen, die darauf gerichtet sind, Vertrauen und Sicherheit zu stärken;

- gutnachbarliche Beziehungen mit allen Staaten in der Region unter gebührender Berücksichtigung der Gegenseitigkeit und im Geiste der Prinzipien zu entwickeln, welche in der Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten der Schlußakte leiten, enthalten sind;

- weiterhin die Möglichkeit von Ad-hoc-Treffen von Mittelmeerländern zu prüfen, mit dem Ziel, die Sicherheit zu stärken und die Zusammenarbeit im Mittelmeerraum zu intensivieren.

3.

Außerdem werden die Teilnehmerstaaten im Rahmen der Durchführung des Berichts von Valletta die Möglichkeiten erwägen, die sich durch neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Infrastruktur des Transportwesens zur Erleichterung eines neuen Handels- und Industrieaustausches sowie durch die Verbesserung bestehender Verkehrsnetze und durch eine umfassendere Koordinierung von Investitionen auf dem Gebiet des Transportwesens zwischen interessierten Partnern bieten. In diesem Zusammenhang empfehlen sie, im Rahmen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa eine Studie vorzunehmen, um die derzeitigen und potentiellen Verkehrsströme im Mittelmeerraum festzustellen, die sich auf die Teilnehmerstaaten und andere Staaten dieser Region erstrecken, wobei auf diesem Gebiet bereits laufende Arbeiten zu berücksichtigen sind. Des weiteren werden sie die Frage der in Übereinstimmung mit den bestehenden IMO-Vorschriften erfolgreichen Einführung oder Ausdehnung der Anwendung geeigneter technischer Methoden zur Unterstützung der maritimen Navigation, vor allem in Meengen, erwägen.

4.

Sie nehmen ferner mit Befriedigung Kenntnis von den Ergebnissen des Expertentreffens, das in Valletta zum Thema der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit im Rahmen des Kapitels der Schlußakte betreffend den Mittelmeerraum abgehalten wurde. Sie bekräftigen die Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Berichts dieses Treffens und kommen überein, sich demgemäß davon leiten zu lassen. Sie nehmen ebenfalls von laufenden Bemühungen Kenntnis, die darauf gerichtet sind, diese, soweit angemessen, durchzuführen. Zu diesem Zweck kommen die Teilnehmerstaaten überein, auf Einladung der Regierung Italiens ein vom 16. bis 26. Oktober 1984 abzuholdendes Seminar nach Venedig einzuberufen, um die bereits unternommenen oder geplanten Initiativen in allen im Bericht des Treffens von Valletta umrissenen Bereichen zu prüfen und, soweit erforderlich, umfassendere Entwicklungen in diesen Bereichen anzugehen.

Vertreter der zuständigen internationalen Organisationen und Vertreter der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten werden gemäß den auf dem Treffen von Valletta angenommenen Regeln und Verfahren zu diesem Seminar eingeladen.

## Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen

Die Teilnehmerstaaten, Eingedenk der einleitenden Abschnitte des Kapitels der Schlußakte über Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen einschließlich jener betreffend die Entwicklung der gegenseitigen Verständigung zwischen ihnen und Entspannung sowie jener betreffend Fortschritte beim Austausch auf dem Gebiet der Kultur und Bildung, eine größere Verbreitung von Information, Kontakte zwischen den Menschen und die Lösung humanitärer Probleme,

Entschlossen, die Zusammenarbeit in diesen Bereichen fortzusetzen und zu erweitern und eine umfassendere Nutzung der durch die Schlußakte gebotenen Möglichkeiten zu erreichen,

Sind übereingekommen, nunmehr das Folgende durchzuführen:

## Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum

1.

Die Teilnehmerstaaten, in Anbetracht der Tatsache, daß die Sicherheit in Europa, gesehen im weiteren Zusammenhang der Sicherheit der Welt, mit der Sicherheit im Mittelmeerraum in seiner Gesamtheit eng verbunden ist, bekräftigen ihre Absicht, zum Frieden, zur Sicherheit und zur Gerechtigkeit in der Mittelmeerregion beizutragen.



Fast drei Jahre lang tagte die Europäische Sicherheitskonferenz (KSZE) in Madrid. Foto: DPA

Ergebnisse und insbesondere die von der ECE geleistete Arbeit und bekunden ihre Unterstützung für die Fortführung der Zusammenarbeit zwischen den Hohen Regierungsberatern der ECE-Mitgliedstaaten in Energiefragen, die auf die Erfüllung aller Teile ihres Auftrages gerichtet ist.

10.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen ihr Interesse am Abbau und an der Verhinderung technischer Handelsbarrieren und begrüßen die verstärkte Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, unter anderem die Arbeit der für die Normierungspolitik innerhalb der ECE verantwortlichen Regierungsvertreter. Sie werden den Abschluß von internationalen Übereinkünften über Prüfverfahren fördern, die sich gegebenenfalls auf die gegenseitige Zustimmung zu Prüfverfahren erstrecken, welche gegenseitig zufriedenstellende Garantien bieten.

11.

Die Teilnehmerstaaten empfehlen, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Inanspruchnahme von Schiedsverfahren zu erleichtern und ihren Umfang als Mittel zur Beilegung von Streitfällen im internationalen Handel und in der industriellen Kooperation zu erweitern. Sie empfehlen, wenn angebracht, insbesondere

zum Beispiel internationale Programme und kooperative Projekte, wobei sie auch verschiedene Formen von Kontakten, einschließlich direkter und persönlicher Kontakte, zwischen Wissenschaftlern und Fachleuten sowie von Kontakten und Verbindungen zwischen interessierten Organisationen, wissenschaftlichen und technischen Institutionen und Unternehmen nutzen.

In diesem Zusammenhang erkennen sie den Wert eines verbesserten Austausches und einer besseren Verbreitung von Informationen über wissenschaftliche und technische Entwicklungen als ein Mittel an, die Prüfung, den Transfer und den Zugang zu wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften in Bereichen der von den interessierten Seiten vereinbarten Kooperation auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils zu erleichtern.

Die Teilnehmerstaaten empfehlen, daß die ECE im Bereich der Wissenschaft und Technik durch geeignete Mittel und Wege der Ausarbeitung von Studien und praktischen Projekten für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsländern gebührende Beachtung schenken soll.

Ferner kommen die Teilnehmerstaaten überein, eingedenk des einschlägigen Teils des Berichts des „Wissenschaftlichen Forums“, die Entwicklung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich der

steten oder geplanten Arbeit empfehlen sie die Fortsetzung der diesbezüglichen Bemühungen, darunter:

- vorrangiges Herangehen an die wirksame Durchführung der Bestimmungen der auf dem Treffen auf hoher Ebene angenommenen Entschließung betreffend grenzüberschreitende Luftverschmutzung über weite Entfernungen,

- die baldige Ratifizierung der auf dem Treffen auf hoher Ebene unterzeichneten Konvention betreffend grenzüberschreitende Luftverschmutzung über weite Entfernungen,

- Durchführung der in der Erklärung über Abfallarme und Abfalllose Technologie und das Recycling von Abfallstoffen enthaltenen Empfehlungen,

- Durchführung der Beschlüsse B und C der 35. ECE-Tagung betreffend die Erklärung über die Grundsätze der Verhütung und Kontrolle der Wasserverschmutzung, einschließlich der grenzüberschreitenden Verschmutzung,

- Unterstützung bei der Durchführung des Arbeitsprogramms der ECE betreffend den Umweltschutz, darunter die auf dem Gebiet des Schutzes von Flora und Fauna laufenden Arbeiten.

## Menschliche Kontakte

1. Die Teilnehmerstaaten werden Gesuche in Bezug auf Kontakte und regelmäßige Begegnungen auf der Grundlage familiärer Bindungen, auf Familienzusammenführung und auf Familienzusammenführung von verschiedenen Staaten wohlwollend behandeln und im gleichen Geiste über sie entscheiden.

2. Sie werden über diese Gesuche bei Familienbegegnungen in Dringlichkeitsfällen so zügig wie möglich, bei Familienzusammenführung und Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten im Normalfall innerhalb von sechs Monaten und bei anderen Familienbegegnungen innerhalb allmählich kürzer werdender Fristen entscheiden.

3. Sie bestätigen, daß die Einreichung oder erneute Einreichung von Gesuchen in diesen Fällen zu keiner Veränderung der Rechte und Pflichten der Gesuchsteller oder ihrer Familienmitglieder unter anderem hinsichtlich Beschäftigung, Wohnung, Aufenthaltsstatus, Familienunterstützung, Zugang zu Leistungen auf sozialem oder wirtschaftlichem Gebiet oder in der Bildung sowie jedweder anderer sich aus den Gesetzen und Vorschriften des betreffenden Teilnehmerstaates ergebenden Rechte und Pflichten führen wird.

4. Die Teilnehmerstaaten werden die notwendigen Informationen über die von Gesuchstellern in diesen Fällen zu befolgenden Verfahren und über die einzuhaltenden Vorschriften geben sowie auf Ersuchen des Gesuchstellers die einschlägigen Formulare zur Verfügung stellen.

5. Sie werden, so notwendig, im Zusammenhang mit diesen Gesuchen erhobene Gebühren, einschließlich derjenigen für Visa und Pässe, allmählich verringern, um sie auf eine im Verhältnis zum durchschnittlichen Monatseinkommen in dem betreffenden Teilnehmerstaat angemessene Höhe zu bringen.

6. Gesuchsteller werden von der getroffenen Entscheidung so zügig wie möglich in Kenntnis gesetzt. Im Falle einer Ablehnung werden die Gesuchsteller auch von ihrem Recht auf erneute Einreichung von Gesuchen nach angemessenen kurzen Zeitabständen in Kenntnis gesetzt.

7. Die Teilnehmerstaaten bekräftigen ihre Verpflichtung, die Bestimmungen hinsichtlich diplomatischer und anderer offizieller Missionen und konsularischer Stellen anderer Teilnehmerstaaten, welche in einschlägigen multilateralen oder bilateralen Konventionen enthalten sind, in vollem Umfang durchzuführen und das normale Funktionieren jener Missionen zu erleichtern. Der Zugang von Besuchern zu diesen Missionen wird unter gebührender Berücksichtigung der erforderlichen Sicherheitsbedürfnisse dieser Missionen gewährleistet.

8. Sie bekräftigen ebenfalls ihre Bereitschaft, innerhalb ihrer Zuständigkeit angemessene Schritte, einschließlich - dann, wenn angebracht - notwendiger Sicherheitsmaßnahmen, zu unternehmen, um zufriedenstellende Bedingungen für Tätigkeiten im Rahmen der gegenseitigen Zusammenarbeit innerhalb ihres Territoriums zu gewährleisten, an denen Bürger anderer Teilnehmerstaaten beteiligt sind, wie z. B. für sportliche und kulturelle Veranstaltungen.

9. Die Teilnehmerstaaten werden sich bemühen, wo angebracht, die Bedingungen in Bezug auf rechtlichen und konsularischen Beistand sowie auf medizinische Betreuung für Bürger anderer Teilnehmerstaaten, die sich aus persönlichen oder beruflichen Gründen zeitweilig innerhalb ihres Territoriums befinden, zu verbessern, wobei sie einschlägige multilaterale oder bilaterale Konventionen oder Abkommen gebührend berücksichtigen.

10. Sie werden die einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte weiter durchführen, so daß religiöse Bekenntnisse, Institutionen und Organisationen und deren Vertreter in den Bereichen ihrer Tätigkeit untereinander Kontakte und Treffen entwickeln sowie Informationen austauschen können.

11. Die Teilnehmerstaaten werden Kontakte und den Austausch unter der Jugend ermutigen und die Ausweitung der Zusammenarbeit zwi-

schen ihren Jugendorganisationen fördern. Sie werden für die Durchführung von Bildungs-, Kultur- und anderen vergleichbaren Veranstaltungen und Aktivitäten unter der Jugend und zwischen Jugendorganisationen eintreten. Ebenfalls werden sie für die Untersuchung von Problemen in Bezug auf die jüngere Generation eintreten. Die Teilnehmerstaaten werden die Entwicklung des individuellen oder kollektiven Jugendtourismus, wenn notwendig auf der Grundlage von Vereinbarungen, fördern, indem sie unter anderem zur Gewährung geeigneter Erleichterungen seitens der Verkehrsbehörden und Tourismusorganisationen der Teilnehmerstaaten oder solcher Erleichterungen wie derjenigen ermutigen, welche durch die am System „Inter-Rail“ teilnehmenden Eisenbahnbehörden geboten werden.

## Information

Die Teilnehmerstaaten werden weiterhin die freiere und weitere Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinendem gedrucktem Material, welches aus anderen Teilnehmerstaaten eingeführt wird, sowie die Erhöhung der Anzahl von Stellen, an denen diese Veröffentlichungen zum allgemeinen Verkauf ausliegen,

funkberichterstattungen gewährt werden. Ferner werden sie direkte Kontakte unter Journalisten sowie Kontakte im Rahmen von Berufsorganisationen erleichtern.

5. Sie werden ohne ungebührliche Verzögerung über Visaanträge von Journalisten entscheiden und abgelehnte Gesuche innerhalb einer angemessenen Frist erneut prüfen. Ferner werden Journalisten, welche aus persönlichen Gründen und nicht zum Zweck der Berichterstattung Reisen unternehmen wollen, die gleiche Behandlung genießen wie andere Besucher aus ihrem Herkunftsland.

6. Sie werden ständigen Korrespondenten sowie mit ihnen zusammengehörenden Familienmitgliedern Visa für mehrfache Ein- und Ausreise mit Gültigkeit für ein Jahr gewähren.

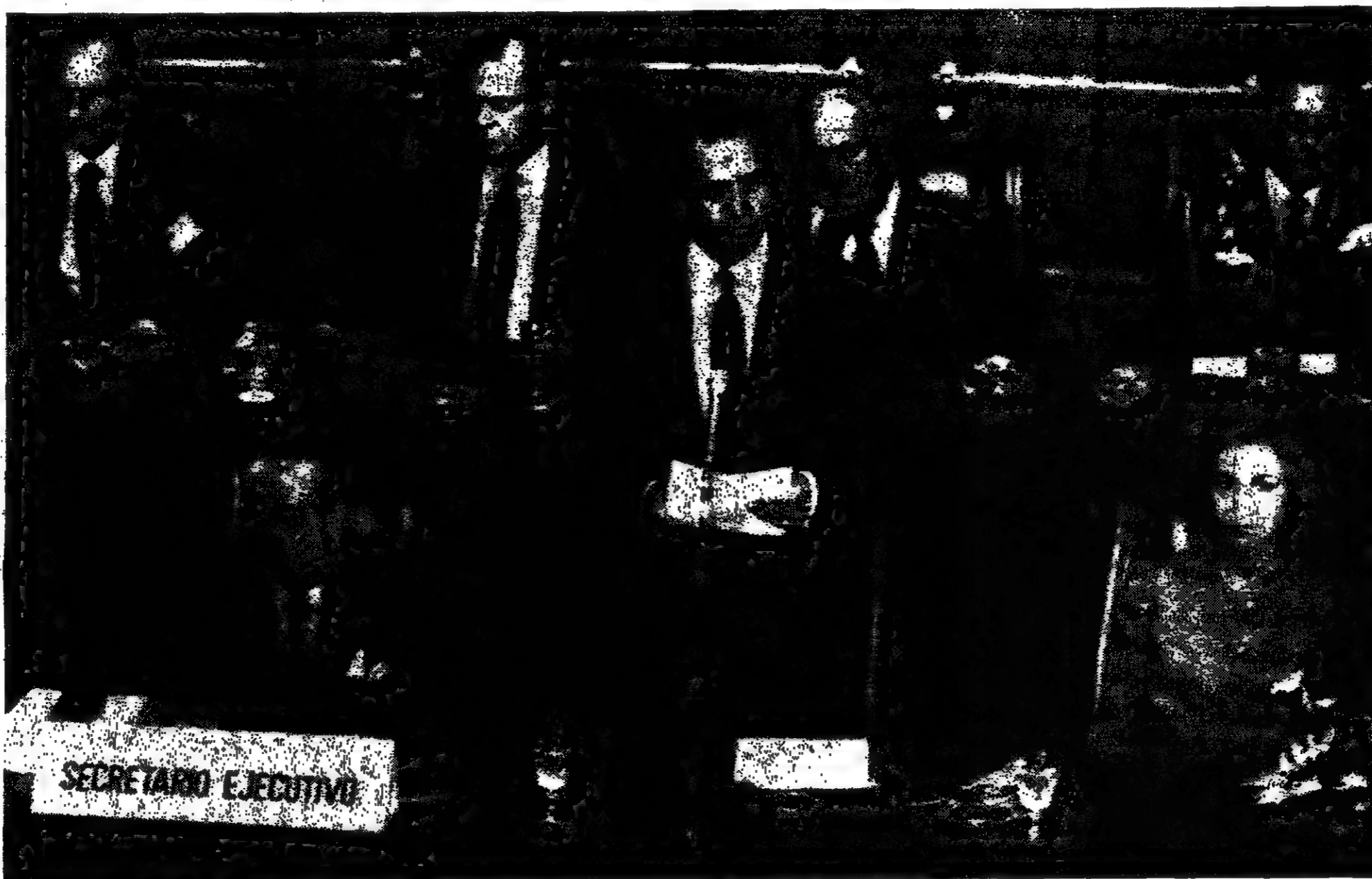
7. Die Teilnehmerstaaten werden die Möglichkeit prüfen, Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten, die in Drittländern ständig akkreditiert sind, Akkreditierungen und damit verbundene Erleichterungen zu ge-

11. Die Teilnehmerstaaten werden erforderlichenfalls in ihren Hauptstädten die Einrichtung und den Betrieb von Pressezentren oder die gleichen Funktionen ausübenden Institutionen, die der in- und ausländischen Presse mit geeigneten Arbeitsbedingungen für letztere zugänglich sind, erleichtern.

Sie werden ferner weitere Mittel und Wege in Betracht ziehen, um Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten behilflich zu sein und es ihnen so zu ermöglichen, gegebenenfalls auftretende praktische Probleme zu lösen.

## Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Kultur

Sie werden sich bemühen, durch geeignete Maßnahmen einschlägige Informationen über die durch bilaterale Kulturabkommen und -programme gebotenen Möglichkeiten interessierten Personen, Institutionen und nichtstaatlichen Organisationen zugänglich zu machen und damit ihre wirksame Durchführung erleichtern.



Mit einer Rede des spanischen Königs Juan Carlos wurde das Madrider Folgetreffen der KSZE am 6. September beendet.

FOTO: DPA

fördern. Diese Veröffentlichungen werden auch in Lesesälen in großen öffentlichen Bibliotheken und ähnlichen Institutionen zugänglich sein.

2. Insbesondere werden die Teilnehmerstaaten zur Erleichterung einer besseren Verbreitung gedruckter Informationen zwischen ihren kompetenten Firmen und Organisationen zum Zweck des Abschlusses langfristiger Vereinbarungen und Verträge mit dem Ziel der Erhöhung der Mengen und der Anzahl der Titel von Zeitungen und anderen Veröffentlichungen, die aus anderen Teilnehmerstaaten eingeführt werden, fördern. Sie halten es für wünschenswert, daß die Verkaufspreise ausländischer Veröffentlichungen im Verhältnis zu den Preisen in ihren Herkunftsländern nicht überhöht sind.

3. Sie bestätigen ihre Absicht, gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte die der Öffentlichkeit gebotenen Bezugsmöglichkeiten für Abonnements zu erweitern.

4. Sie werden die weitere Ausdehnung der Zusammenarbeit zwischen den Massenmedien und ihren Vertretern, insbesondere zwischen dem Redaktionspersonal von Presseagenturen, Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehorganisationen sowie von Filmgesellschaften, fördern. Sie werden einen regelmäßigeren Austausch von Nachrichten, Artikeln, Beilagen und Sendungen sowie den Austausch von Redaktionspersonal für die bessere Kenntnis der jeweiligen praktischen Arbeit fördern. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit werden sie die materiellen und technischen Hilfsmittel verbessern, die ständig oder zeitweilig akkreditierten Fernseh- und Rund-

funksendungen gewährt werden, soweit erforderlich auf der Grundlage bilateraler Verhandlungen.

8. Sie werden Reisen von Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten innerhalb ihrer Territorien erleichtern, unter anderem indem sie, soweit erforderlich, konkrete Maßnahmen ergreifen, um ihnen Gelegenheiten zu ausgedehnten Reisen zu bieten, ausgenommen in Gebiete, die aus Sicherheitsgründen gesperrt sind. Wann immer möglich, werden sie Journalisten in Gebiete aus Sicherheitsgründen gesperrt sind.

9. Sie werden weiterhin die Möglichkeiten vermehren und erforderlichenfalls die Bedingungen verbessern, damit Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten persönliche Kontakte und Verbindungen zu ihren Quellen herstellen und aufrechterhalten können.

10. Sie werden in der Regel Rundfunk- und Fernsehjournalisten auf deren Ersuchen ermächtigen, sich von ihren eigenen Ton- und Filmtechniken begleitet zu lassen und ihre eigene Ausrüstung zu verwenden. Desgleichen dürfen Journalisten Dokumentationsmaterial, einschließlich persönlicher Aufzeichnungen und Unterlagen, das ausschließlich für ihre beruflichen Zwecke verwendet wird, mit sich führen.

\* In diesem Zusammenhang gilt, daß die Einfuhr gedruckter Materials örtlichen Vorschriften unterworfen sein kann, welche unter gebührender Berücksichtigung des Bedarfs der Journalisten an angemessenem Arbeitsmaterial angewendet werden.

2. Die Teilnehmerstaaten werden die umfassendere Verbreitung von Büchern, Filmen und anderen aus den anderen Teilnehmerstaaten stammenden Formen und Mitteln des kulturellen Ausdrucks sowie den Zugang zu ihnen weiterhin fördern, indem sie zu diesem Zweck mit geeigneten Mitteln auf bilateraler und multilateraler Grundlage die Bedingungen für den internationalen gewerblichen und nichtgewerblichen Austausch ihrer Kulturgüter verbessern, unter anderem durch allmähliche Senkung der für diese Güter geltenden Zölle.

3. Die Teilnehmerstaaten werden sich bemühen, die Übersetzung, Veröffentlichung und Verbreitung von Werken auf dem Gebiet der Literatur und in anderen Bereichen der kulturellen Tätigkeit aus anderen Teilnehmerstaaten, besonders der in den weniger verbreiteten Sprachen geschaffenen, zu fördern, indem sie die Zusammenarbeit zwischen Verlagen erleichtern, insbesondere durch den Austausch von Listen und Büchern, die für Übersetzungen in Betracht kommen, sowie von anderen einschlägigen Informationen.

4. Sie werden zur Entwicklung von Kontakten, der Zusammenarbeit und von gemeinschaftlichen Projekten zwischen den Teilnehmerstaaten hinsichtlich des Schutzes, der Wahrung und Erfassung des historischen Erbes und historischer Monumente sowie der Beziehung zwischen dem Menschen, der Umwelt und diesem Erbe beitragen; sie bekunden ihr Interesse an der Möglichkeit, im Rahmen der Unesco eine zwischenstaatliche Konferenz über diese Fragen einzuberufen.

Ein Vertreter der Unesco wird eingeladen werden, dem „Forum“ die Ansichten dieser Organisation darzulegen. Das „Forum“ wird durch ein Expertentreffen vorbereitet, dessen Dauer höchstens zwei Wochen betragen und das auf Einladung der Regierung Ungarns in Budapest, beginnend am 21. November 1984, stattfinden wird.

## Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Bildung

1. Die Teilnehmerstaaten werden im Bereich der Bildung und Wissenschaft das Zustandekommen von staatlichen und nichtstaatlichen Vereinbarungen und Abkommen fördern, die unter Beteiligung von Bildungs- oder anderen zuständigen Institutionen durchgeführt werden.

2. Die Teilnehmerstaaten werden zur weiteren Verbesserung des Austausches von Studenten, Lehrern und Wissenschaftlern und ihres Zugangs zu den Bildungs-, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen eines jeden anderen Teilnehmerstaates sowie ihres Zugangs, gemäß den in jedem einzelnen Land geltenden Gesetzen und Vorschriften, zu offenem Informationsmaterial beitragen. In diesem Zusammenhang werden sie Reisen von Wissenschaftlern, Lehrern und Studenten innerhalb des Empfangsstaates sowie die Herstellung von Kontakten durch sie zu ihren Kollegen erleichtern und werden auch Bibliotheken, Hochschuleinrichtungen und ähnliche Institutionen auf ihren Territorien ermutigen, Kataloge und Listen offenen Archivmaterials aufzustellen, das Wissenschaftlern, Lehrern und Studenten aus anderen Teilnehmerstaaten zugänglich ist.

3. Sie werden einen regelmäßigen Austausch von Informationen über wissenschaftliche Ausbildungsprogramme, Kurse und Seminare für junge Wissenschaftler fördern und eine breitere Teilnahme junger Wissenschaftler aus verschiedenen Teilnehmerstaaten an diesen Tätigkeiten erleichtern. Sie werden die einschlägigen nationalen und internationalen Organisationen und Institutionen aufsuchen, soweit angemessen die Durchführung dieser Ausbildungstätigkeiten zu unterstützen.

4. Die Vertreter der Teilnehmerstaaten stellen die Nützlichkeit der während des „Wissenschaftlichen Forums“ geleisteten Arbeit fest, das vom 18. Februar bis 3. März 1980 in Hamburg, Bundesrepublik Deutschland, stattfand. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des „Wissenschaftlichen Forums“ ersuchten die Teilnehmerstaaten internationale Organisationen sowie die wissenschaftlichen Organisationen und die Wissenschaftler der Teilnehmerstaaten, dessen Schlußfolgerungen und Empfehlungen gebührende Beachtung zu schenken.

6. Auf Einladung der Regierung Ungarns wird in Budapest, beginnend am 15. Oktober 1985, ein „Kulturforum“ stattfinden. Führende Persönlichkeiten der Teilnehmerstaaten aus dem Bereich der Kultur werden daran teilnehmen. Das „Forum“ wird zusammenhängende Probleme des Schaffens, der Verbreitung und der Zusammenarbeit einschließlich der Förderung und Ausweitung der Kontakte und des Austausches in den verschiedenen Bereichen der Kultur erörtern.

2. Die Tagesordnung, das Arbeitsprogramm und die Modalitäten des Haupttreffens in Madrid werden sinngemäß auf das Haupttreffen in Wien angewendet, sofern nicht andere Beschlüsse über diese Fragen von dem nachstehend erwähnten Vorbereitungstreffen gefaßt werden.

3. Zum Zweck der Anpassung der Tagesordnung, des Arbeitsprogramms und der Modalitäten des Haupttreffens in Madrid wird am 23. September 1986 in Wien ein Vorbereitungstreffen abgehalten. Es besteht Einvernehmen darüber, daß in diesem Zusammenhang Anpassungen derjenigen Punkte betreffen, die aufgrund der Änderung des Zeitpunktes und Ortes, des Ziels von Lösen und der Erhöhung anderer in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Madrider Treffens 1980 abgehaltener Treffen einer Änderung bedürfen. Die Dauer des Vorbereitungstreffens soll zwei Wochen nicht überschreiten.

3. Die Teilnehmerstaaten beschließen ferner, daß der zehnte Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte der KSZE im Jahre 1985 in Helsinki gebührend begangen wird.

4. Die Dauer der in diesem Dokument erwähnten Treffen sollte, sofern nicht anders vereinbart, sechs Wochen nicht überschreiten. Die Ergebnisse dieser Treffen werden, soweit angemessen, bei dem Folgetreffen in Wien berücksichtigt.

5. Alle obengenannten Treffen werden in Übereinstimmung mit Absatz 4 des Kapitels „Folgen der Konferenz“ der Schlußakte abgehalten.

6. Die Regierung Spaniens wird gebeten, das vorliegende Dokument dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Generaldirektor der Unesco und dem Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa zu übermitteln. Die Regierung Spaniens wird gleichfalls gebeten, das vorliegende Dokument den Regierungen der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten zu übermitteln.

7. Die Text des Dokuments wird in jedem Teilnehmerstaat veröffentlicht, der ihn so umfassend wie möglich verbreitet und bekanntmacht.

8. Der Vertreter der Teilnehmerstaaten bekunden gegenüber dem Volk und der Regierung Spaniens ihren tief empfundenen Dank für die ausgezeichnete Organisation des Madrider Treffens und die den am Treffen teilnehmenden Delegationen gewährte herzliche Gastfreundschaft.

Madrid, den 6. September 1983

## ANHANG I Erklärung des Vorsitzenden

Seminar von Venedig über wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Mittelmeerraum im Rahmen der Ergebnisse des Expertentreffens von Valletta.

1. Das Seminar beginnt am Dienstag, dem 16. Oktober 1984, um 10.00 Uhr in Venedig, Italien. Es endet am Freitag, dem 26. Oktober 1984.

2. Die Arbeit des Seminars wird von einem Koordinierungsausschuß, der sich aus den Delegationsmitgliedern der Teilnehmerstaaten zusammensetzt, geleitet und in drei Studiengruppen aufgeteilt, die sich jeweils mit Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur befassen.

3. Für die ersten drei Tage des Seminars sind sechs Sitzungen des Ausschusses vorgesehen.

4. Die erste Sitzung des Ausschusses ist öffentlich und dient der Eröffnung des Seminars, an die sich eine Ansprache eines Vertreters des Gastgeberlandes anschließt.

5. Die zweite Sitzung des Ausschusses entscheidet darüber, ob weitere Sitzungen der Teilnehmerstaaten abzuhalten sind, um die Arbeit der Studien-

5. Die Teilnehmerstaaten werden die Erweiterung der Möglichkeiten der Lehre und des Studiums der weniger verbreiteten oder gelehrten europäischen Sprachen begünstigen. Zu diesem Zweck werden sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Einrichtung und den Besuch von Sommer-Universitätskursen und anderen Kursen, die Gewährung von Stipendien für Übersetzer und den Ausbau von Sprachkulturen, erforderlichenfalls einschließlich der Schaffung neuer Einrichtungen zum Studium dieser Sprachen, anregen.

6. Die Teilnehmerstaaten geben ihrer Bereitschaft Ausdruck, untereinander und innerhalb zuständiger internationaler Organisationen den Austausch von Lehrmaterial, Schulbüchern, Landkarten, Bibliographien und anderem pädagogischen Material zu verstärken, um eine bessere gegenseitige Kenntnis zu fördern und eine umfassendere Darstellung ihrer jeweiligen Länder zu erleichtern.

7. In Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte und mit ihrer Entschlossenheit sowie ihrer Verpflichtung, den durch die KSZE eingeleiteten multilateralen Prozeß fortzusetzen, werden die Teilnehmerstaaten regelmäßig weitere Treffen zwischen ihren Vertretern abhalten.

8. Das dritte dieser Treffen wird am 4. November 1986 in Wien stattfinden.

9. Die Teilnehmerstaaten werden die Zusammenarbeit zwischen den Massenmedien und ihren Vertretern, insbesondere zwischen dem Redaktionspersonal von Presseagenturen, Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehorganisationen sowie von Filmgesellschaften, fördern. Sie werden einen regelmäßigeren Austausch von Nachrichten, Artikeln, Beilagen und Sendungen sowie den Austausch von Redaktionspersonal für die bessere Kenntnis der jeweiligen praktischen Arbeit fördern. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit werden sie die materiellen und technischen Hilfsmittel verbessern, die ständig oder zeitweilig akkreditierten Fernseh- und Rund-

funksendungen gewährt werden, soweit erforderlich auf der Grundlage bilateraler Verhandlungen.

10. Sie werden weiterhin die Möglichkeiten vermehren und erforderlichenfalls die Bedingungen verbessern, damit Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten persönliche Kontakte und Verbindungen zu ihren Quellen herstellen und aufrechterhalten können.

11. Sie werden die weitere Ausdehnung der Zusammenarbeit zwischen den Massenmedien und ihren Vertretern, insbesondere zwischen dem Redaktionspersonal von Presseagenturen, Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehorganisationen sowie von Filmgesellschaften, fördern. Sie werden einen regelmäßigeren Austausch von Nachrichten, Artikeln, Beilagen und Sendungen sowie den Austausch von Redaktionspersonal für die bessere Kenntnis der jeweiligen praktischen Arbeit fördern. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit werden sie die materiellen und technischen Hilfsmittel verbessern, die ständig oder zeitweilig akkreditierten Fernseh- und Rund-

gruppe zu leiten und andere für das Seminar notwendige Beschlüsse zu fassen.

6.

Die folgenden vier Sitzungen des Ausschusses sind öffentlich und für die einführenden Erklärungen der Vertreter der Teilnehmerstaaten, die dies wünschen (in einer zuvor durch Los bestimmten Reihenfolge), und für einführende Erklärungen der Vertreter der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten sowie der eingeladenen internationalen Organisationen vorgesehen. Die Erklärungen sollen pro Delegation zehn Minuten nicht überschreiten.

7.

Beginnend am vierten Tag, werden an den nachfolgenden dreieinhalb Arbeitstagen gleichzeitig Sitzungen der drei Studiengruppen abgehalten.

8.

Für die letzten anderthalb Tage sind drei Sitzungen des Ausschusses vorgesehen. In zwei Sitzungen wird über die zweckmäßigste Nutzung der Dokumentation entschieden, die im Verlauf der Arbeit über die im Bericht von Valletta aufgeführten spezifischen Bereiche vorgelegt wurde, wie etwa die Veröffentlichung der einführenden Erklärungen und die Verteilung der Studien an die einschlägigen internationalen Organisationen. Des weiteren werden andere notwendige Beschlüsse gefasst.

Die letzte Sitzung des Ausschusses ist öffentlich und dient dem offiziellen Abschluß des Seminars mit einer Ansprache eines Vertreters des Gastgeberlandes.

9.

Den Vorsitz bei den Eröffnungs- und Schlußsitzungen sowohl des Ausschusses als auch der Studiengruppen führt ein Vertreter der Delegation des Gastgeberlandes. Im übrigen wechselt der Vorsitz unter den Vertretern der Teilnehmerstaaten täglich in der Reihenfolge des französischen Alphabets, ausgehend von einer Ermittlung durch Los.

10.

Die Teilnahme der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten (Algerien, Ägypten, Israel, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien und Tunesien) und der eingeladenen internationalen Organisationen (Unesco, ECE, UNEP, WHO, ITU) an der Arbeit des Seminars erfolgt nach den in Valletta angenommenen Regeln und Verfahrensweisen. Das bedeutet unter anderem, daß sie an der Arbeit der drei Sitzungen des Ausschusses sowie an dessen Eröffnungs- und Schlußsitzung teilnehmen werden.

11.

Beiträge zu den zur Debatte stehenden Themen in einer oder mehreren Arbeitssprachen der KSZE können dem Exekutivsekretär auf geeignete Weise - möglichst nicht später als drei Monate vor der Eröffnung des Seminars - zugesandt werden, der sie an die anderen Teilnehmerstaaten und die nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten sowie an jene internationalen Organisationen weiterleitet, welche ihre Absicht zur Teilnahme bekundet haben.

12.

Die italienische Regierung bestimmt den Exekutivsekretär des Seminars. Diese Ernennung bedarf der Zustimmung der Teilnehmerstaaten. Das technische Sekretariat wird vom Gastgeberland gestellt.

13.

Andere Verfahrens- und Arbeitsregeln sowie der Verteilerschlüssel für die Kosten der KSZE werden sinngemäß auf das Seminar angewendet.

14.

Die oben dargelegten Abmachungen bilden keinen Präzedenzfall für irgendein anderes Forum der KSZE.

## ANHANG II Erklärung des Vorsitzenden

**Berner Expertentreffen über menschliche Kontakte:**

Der Vorsitzende stellt fest, daß zu der vom Vertreter der Schweiz am 15. Juli 1983 abgegebenen Erklärung über eine Einladung der Schweizerischen Regierung zur Abhaltung eines Expertentreffens über menschliche Kontakte kein Einwand besteht. Der Vorsitzende stellt folglich Einigung darüber fest, ein solches Treffen zur Erörterung der Entwicklung von Kontakten zwischen Personen, Institutionen und Organisationen einzuberufen, unter gebührender Berücksichtigung des einflussreichen Teiles des Kapitals der Schlußakte mit dem Titel **Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen** sowie des einflussreichen Teiles von Abschnitt eins (Menschliche Kontakte) dieses Kapitels, der unter anderem folgendermaßen lautet:

„Die Teilnehmerstaaten, in der Erwägung, daß die Entwicklung von Kontakten ein wichtiges Element bei der Stärkung freundschaftlicher Beziehungen und des Vertrauens zwischen den Völkern ist, in Anerkennung der Bedeutung, die sie bei ihren gegenseitigen Bemühungen, die Bedingungen in diesem Bereich zu verbessern, humanitären Erwägungen beizumessen, in dem Wunsch, in diesem Gebiet weitere Bemühungen im Zuge der Entspannung zu entwickeln, um weitergehenden Fortschritt auf diesem Gebiet zu erzielen ...“

Das Treffen wird am 15. April 1986 in Bern beginnen. Seine Dauer wird sechs Wochen nicht überschreiten. Dem Treffen werden vorbereitende Konsultationen vorangehen, die ab 2. April 1986 in Bern stattfinden. Die Ergebnisse des Treffens werden, soweit angemessen, bei dem Folgetreffen in Wien berücksichtigt.

Die Schweizerische Regierung wird den Exekutivsekretär des Treffens bestimmen. Diese Ernennung bedarf der Zustimmung durch die Teilnehmerstaaten. Die Dienste eines technischen Sekretariats werden vom Gastgeberland gestellt.

Andere Verfahrens- und Arbeitsregeln sowie der Verteilerschlüssel für die Kosten der KSZE werden sinngemäß auf das Berner Treffen angewendet.

Der Vorsitzende stellt ferner fest, daß diese Erklärung einen Anhang zum Abschließenden Dokument des Madrider Treffens bildet und mit ihm veröffentlicht werden wird.

Madrid, den 6. September 1983

## WELT-Interview mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher

# „Katalysator für Hoffnungen“

**DW. Bonn**

Bundesaußenminister Genscher hat sich in einem WELT-Interview befragt über die Ergebnisse des Madrider KSZE-Folgetreffens. Es sei bewiesen worden, daß es trotz bestehender Spannungen möglich sei, zu wichtigen Vereinbarungen zwischen West und Ost zu kommen. Mit Genscher sprach Bernd Conrad.

**WELT:** Ist es dem Westen gelungen, auf dem Madrider KSZE-Folgetreffen Ergebnisse durchzusetzen, die über wohlklingende Phrasen hinausgehen und sich in realen Erleichterungen für die Menschen in Ost und West niederschlagen werden?

**Genscher:** Eindeutig ja. Das Schlußdokument von Madrid enthält solche Ergebnisse. Die Teilnehmerstaaten bekräftigen die Achtung der Menschenrechte. Darüber hinaus verpflichten sie sich, die Zusammenarbeit bei den menschlichen Kontakten zu verstärken. Sie einigen sich über folgende konkrete Verbesserungen in der Familienzusammenführung:

- Die Entscheidungen sollen grundsätzlich innerhalb von 6 Monaten erfolgen.
- Die erneute Einreichung von Gesuchen ist möglich geworden.
- Die Schutzklausel vor Diskriminierung der Antragsteller wird ausgebaut.
- Die Antragsgebühren werden verringert.
- Der Zugang von Besuchern zu ausländischen Vertretungen soll nicht behindert werden.
- Die freie Ausübung der Religion und Kontakte zwischen den Kirchen sollen gewährleistet werden.

Natürlich geht es jetzt darum, daß die Länder des Warschauer Paktes, deren Praxis bisher hinter diesen Anforderungen zurückbleibt, das Schlußdokument von Madrid auch in die Tat umsetzen. Der Westen wird beharrlich darauf pochen, daß der Osten die Zusagen von Helsinki und Madrid erfüllt.

Die Verwirklichung konkreter Rechte und Erleichterungen, die den Menschen in den einzelnen Staaten zufließen und mit der Entwicklung der Entspannung zwischen den Staaten in West und Ost verbunden, gehört zu dem Konzept der Schlußakte von Helsinki, für das sich der Westen eingesetzt hat. Dieses Konzept ist durch das Schlußdokument von Madrid ausgebaut worden. Die praktischen Ergebnisse seit 1975 befriedigen uns nicht, bestätigen aber, daß die Richtung stimmt: Die Entwicklung der innerdeutschen Kontakte ist ein Beispiel dafür.

**WELT:** Muß nicht befürchtet werden, daß die Sowjets und ihre osteuropäischen Verbündeten die in Madrid gemachten humanitären Zugeständnisse in der Praxis ignorieren?

**Genscher:** Hier stehen Vertragstreue und Vertrauensbildung erneut auf dem Prüfstand. Der KSZE-Prozess hat die Funktion eines Katalysators für die Hoffnungen der Menschen und fördert die Evolution. Aber er kennt natürlich keinen Gerichts-vollzieher. Seine Dokumente wirken nicht wie Gesetze - sie wirken wie Fermente. Die Überwindung der Gegensätze zwischen West und Ost ist ein langfristiger historischer Prozeß, der durch Verknüpfung wirtschaftlicher Interessen und durch evolutionäre Entwicklung im Sinne des KSZE-Prozesses in den Staaten des Warschauer Paktes gefördert werden kann. Am Ende dieser Entwicklung muß eine europäische Friedensordnung stehen, die auf gegenseitigem

Vertrauen und auf der Verwirklichung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Europa beruht.

**WELT:** Worin liegen die konkreten politischen Vorteile des Madrider Schlußdokumentes?

**Genscher:** Die realen Erleichterungen für die Menschen in Mittel- und Ost-Europa habe ich bereits erwähnt.

Durch die Konferenz über Abrüstung in Europa ist die heute so hochaktuelle Abrüstungskomponente des KSZE-Prozesses verstärkt worden. Gekräftigt ist aber auch das Gewicht der humanitären Komponente: Nur wenige haben zu Beginn des Madrider Treffens geglaubt, daß der Westen sich mit seinen Zielen der Einberufung von Expertentreffen über Menschenrechte und menschliche Kontakte durchsetzen werde. Nunmehr sind diese beiden Treffen vereinbart. Die menschliche Dimension und die Sicherheitskomponente stehen in einem ausgewogenen Verhältnis. Wichtig ist auch die Festschreibung des Grundsatzes, daß die KSZE-Folgetreffen in Zukunft in periodischen Abständen regelmäßig stattfinden. Jeder Teilnehmerstaat

aufgestanden. Diese Haltung hat sich ausgezehrt. Die Versuchung zur Resignation ist geschwächt, der gefährliche Weg zugeschlagener Türen ist vermieden worden. Auch die beiden Großmächte haben an der erzielten Einigung teilgenommen. Der Erfolg von Madrid hat eine wichtige Weiche in Richtung auf konstruktive Bemühungen um Lösung der anstehenden West-Ost-Probleme gestellt.

**WELT:** Was versprechen Sie sich von der im Schlußdokument festgeschriebenen Europäischen Sicherheitskonferenz, deren erste Phase am 17. Januar 1984 in Stockholm beginnen soll?

**Genscher:** Mit der in Madrid beschlossenen Europäischen Abrüstungskonferenz (KAE) wird der Rüstungskontrolldialog im europäischen Bereich erstmals auf ganz Europa ausgeweitet. Die KAE ergänzt damit die auf Mitteleuropa begrenzten Verhandlungen über Truppenverminderungen (MBFR) auf sinnvolle Weise.

In der gegenwärtigen Sicherheitsdebatte bei uns geht es hauptsächlich um Raketen und Nuklearwaffen. Darüber wird oft vergessen, daß ein mit konventionellen Waffen geführter Krieg in Europa tausendmal schrecklicher wäre als der 2. Weltkrieg. Wenn es gelänge, die Gefahren der militärischen und politischen Destabilisierung einzudämmen, die von der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes in Europa ausgehen, würden sich ganz neue Perspektiven nicht nur für die konventionelle, sondern auch für die nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle ergeben.

**WELT:** Erwarten Sie, daß es dort wirklich zu nachprüfbar vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in ganz Europa, vom Atlantik bis zum Ural, kommen wird?

**Genscher:** Schon die Einigung über die Einberufung der Konferenz hat bewiesen, daß bei Beharrlichkeit und Festigkeit in den Grundpositionen auch in schwierigen Zeiten Fortschritte im Bereich der Rüstungskontrolle möglich sind. Ich bin zuversichtlich, daß es bei gutem Willen aller Teilnehmerstaaten auch in Stockholm gelingen wird, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in ganz Europa, vom Atlantik bis zum Ural, kommen wird.

**WELT:** Setzt sich künftig von vornherein ins Unrecht, wenn er droht, sich aus dem Prozeß zurückzuziehen, weil sein Verhalten auf Kritik stößt. Der KSZE-Prozess ist damit widerstandsfähiger geworden.

Mit der Veröffentlichung der Texte, zu denen sich die Teilnehmerstaaten verpflichtet haben, wird den Menschen in den Staaten des Warschauer Paktes bekannt gemacht, welche Rolle ihre Anliegen für die Entspannung spielen und welche konkreten Verbesserungen ihre eigenen Regierungen versprochen haben. Das ändert das Bewußtsein und die Zukunftsperspektiven.

In dem Madrider Abschluß sehe ich insbesondere eine Bestätigung der politischen Überzeugung der Bundesregierung von der Notwendigkeit, einen kontinuierlichen West-Ost-Dialog gerade auch in schwierigen Zeiten fortzuführen und sich beharrlich um Verhandlungslösungen zu bemühen.

Madrid hat bewiesen: Trotz der bestehenden Spannungen ist es möglich, zu wichtigen Vereinbarungen zwischen West und Ost zu kommen. Niemand ist vom Verhandlungstisch

abgestiegen. Diese Haltung hat sich ausgezehrt. Die Versuchung zur Resignation ist geschwächt, der gefährliche Weg zugeschlagener Türen ist vermieden worden. Auch die beiden Großmächte haben an der erzielten Einigung teilgenommen. Der Erfolg von Madrid hat eine wichtige Weiche in Richtung auf konstruktive Bemühungen um Lösung der anstehenden West-Ost-Probleme gestellt.

**WELT:** Was versprechen Sie sich von der im Schlußdokument festgeschriebenen Europäischen Sicherheitskonferenz, deren erste Phase am 17. Januar 1984 in Stockholm beginnen soll?

**Genscher:** Mit der in Madrid beschlossenen Europäischen Abrüstungskonferenz (KAE) wird der Rüstungskontrolldialog im europäischen Bereich erstmals auf ganz Europa ausgeweitet. Die KAE ergänzt damit die auf Mitteleuropa begrenzten Verhandlungen über Truppenverminderungen (MBFR) auf sinnvolle Weise.

In der gegenwärtigen Sicherheitsdebatte bei uns geht es hauptsächlich um Raketen und Nuklearwaffen. Darüber wird oft vergessen, daß ein mit konventionellen Waffen geführter Krieg in Europa tausendmal schrecklicher wäre als der 2. Weltkrieg. Wenn es gelänge, die Gefahren der militärischen und politischen Destabilisierung einzudämmen, die von der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes in Europa ausgehen, würden sich ganz neue Perspektiven nicht nur für die konventionelle, sondern auch für die nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle ergeben.

**WELT:** Erwarten Sie, daß es dort wirklich zu nachprüfbar vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in ganz Europa, vom Atlantik bis zum Ural, kommen wird?

**Genscher:** Schon die Einigung über die Einberufung der Konferenz hat bewiesen, daß bei Beharrlichkeit und Festigkeit in den Grundpositionen auch in schwierigen Zeiten Fortschritte im Bereich der Rüstungskontrolle möglich sind. Ich bin zuversichtlich, daß es bei gutem Willen aller Teilnehmerstaaten auch in Stockholm gelingen wird, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in ganz Europa, vom Atlantik bis zum Ural, kommen wird.

Madrid ist in einer konfliktbeladenen Zeit das einzige Forum gewesen, auf dem alle europäischen und die beiden nordamerikanischen Staaten in ständigem Gespräch miteinander standen. Die Sowjetunion hat sich vor der Weltöffentlichkeit und vor ihren eigenen Bündnispartnern wegen ihres nicht akzeptablen Verhaltens zur Rechenschaft ziehen lassen müssen. Gleichzeitig hat das Interesse aller Teilnehmerstaaten an der Fortsetzung des KSZE-Prozesses bestätigt, daß dieser ein Sicherheitsinstrument darstellt, das in Krisenzeiten ein Abrutschen des West-Ost-Verhältnisses unter eine kritische Schwelle verhindern kann. Mit dem abschließenden Dokument ist es gelungen, ein Ergebnis zu erreichen, das maßgeblich auf westlichen Interessen beruht und deutlich von westlichen Wertvorstellungen geprägt ist. Der KSZE-Prozess hat eine Zukunft, wenn wir uns weiter beharrlich darum bemühen, die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki ebenso wie die Anwendung des Madrider Schlußdokumentes möglich zu machen.



Bundesaußenminister  
Hans-Dietrich Genscher

FOTO: DPA

## KSZE: Helsinki, Belgrad, Madrid

5. 7. 1966: „Bukarester Erklärung“ des Warschauer Paktes: Vorschlag der Einberufung einer „Konferenz über Fragen der europäischen Sicherheit“.

26. 4. 1967: „Karlsbader Erklärung“ der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien über europäische Sicherheit.

13./14. 12. 1967: NATO-Minister definieren in Brüssel die künftigen Aufgaben des Bündnisses: Verteidigung und Entspannung (Harmel-Bericht).

24./25. 6. 1968: Minister der am NATO-Verteidigungsprogramm beteiligten Staaten geben in Reykjavik Erklärung über „Gegenseitige und ausgewogene Truppenverminderung“ ab.

17. 3. 1968: „Budapester Appell“ der Warschauer Paktes zur Einberufung einer „gesamteuropäischen Konferenz“, die durch ein Vorbereitungstreffen eingeleitet werden soll.

10./11. 4. 1968: NATO-Minister erklären sich in Washington bereit, mit osteuropäischen Staaten Themen für nützliche Verhandlungen zu erörtern.

9. 8. 1968: Memorandum der finnischen Regierung mit Angebot, Konferenz und Vorbereitungstreffen in Helsinki abzuhalten.

31. 10. 1968: Prager Treffen der Ostblock-Außenminister mit Hinweis auf die Tagesordnung einer Konferenz (Gewaltverbot und wirtschaftliche Zusammenarbeit).

4./5. 12. 1968: NATO-Minister veröffentlichen in Brüssel „Erklärung über Ost-West-Beziehungen“. Sie weisen auf die Bedeutung von Fortschritten bei den Viermächteverhandlungen über Berlin und den innerdeutschen Gesprächen hin.

26./27. 5. 1970: NATO-Minister erklären in Rom ihre Bereitschaft zu multilateralen Vorgesprächen, sofern Fortschritte bei den Gesprächen Bonn mit Ost-Berlin, Moskau und Warschau sowie den Berlin-Verhandlungen und den SALT-Verhandlungen erzielt werden.

22. 6. 1970: Osteuropäische Außenminister stimmen Teilnahme der USA und Kanadas an KSZE-Konferenz zu.

12. 8. 1970: Unterzeichnung des Moskauer Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion.

7. 12. 1970: Unterzeichnung des Vertrages mit Polen.

9./10. 12. 1971: NATO-Minister erklären in Brüssel die Bereitschaft zu multilateralen KSZE-Verhandlungen bei Abschluß eines Berlin-Abkommens.

26. 5. 1972: Erstes SALT-Abkommen USA-Sowjetunion.

3. 6. 1972: Unterzeichnung des Schlußprotokolls des Berlin-Abkommens.

22. 11. 1972: Beginn der multilateralen KSZE-Vorbereitungen in Helsinki.

3. bis 7. 7. 1973: Vorbereitendes KSZE-Außenministertreffen in Helsinki.

18. 9. 1973 bis 21. 7. 1975: Kommissionsphase der KSZE-Vorbereitung in Genf.

30. 7. bis 1. 8. 1976: KSZE-Gipfelkonferenz. Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki.

4. 10. 1977 bis 9. 3. 1978: Erstes KSZE-Folgetreffen in Belgrad.

11. 11. 1980 bis 9. 9. 1983: Zweites KSZE-Folgetreffen in Madrid.

## Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

- Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

- Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen- und klagebefugt ist.

- Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2
Bitte senden Sie mir die Informationen über Abmahnungen an folgende Anschrift
Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

**ZAW**

Zentralausschuß der Werbewirtschaft e.V.  
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

## Neue Strecken

Mit - So ändern sich die Zeiten: Mit den gleichen Argumenten, mit denen früher die Union für den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals eingetretet ist, steht nun der Verkehrsminister der SPD, Klaus Dauterbach, für die Neubaustrecken der Bundesbahn. Auch jetzt ist von der Gefahr von Bauruinen die Rede, werden die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen und der Nutzen für das Zonenrandgebiet beschworen. Und zwar so, als ginge es noch darum, ob gebaut wird oder nicht. Dabei ist und war diese Entscheidung schon gefallen. Beim Rhein-Main-Donau-Kanal gab es rechtliche Verpflichtungen, aus denen der Bund nicht herausgekommen wäre. Bei den Bahnstrecken geht es um ein Bauwerk, das nur zu einem Zeitpunkt der Fertigstellung, ob noch in diesem Jahrzehnt oder, falls keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden, erst im nächsten Jahrhundert.

Es mag Zweifel geben, ob die Bahnstrecken nicht zu aufwendig geplant wurden. So soll die Strecke Hannover-Würzburg zu gut einem Drittel unter der Erde verlaufen, unter anderem eine Folge der vielen Bürgerproteste. Kein Zweifel kann jedoch daran bestehen, daß diese Neubaustrecken gegenwärtig das Wichtigste, viele mehr sogar das Einzige Zukunftssignal für die Bahn sind. Fast alle Perspektiven des Bahn-Vorstandes setzen auf diese Bauten.

Da die Bahn in der Regierungserklärung als unverzichtbar bezeichnet wurde, kommen jetzt, wenn in den nächsten Monaten das Bahn-Konzept in Bonn gerungen wird, auch die Politiker kaum um ein positives Votum herum. Bei allem Streit um Gutachten - die Neubaustrecken rechnen sich eher als der Kanal-Mehr noch: Auch der Nutzen für die Autobahnen ist gering.

## Exportwunder

J. Sch. (Paris) - Die französische Handelsbilanz für August gibt einige Rätsel auf. Nach den Bruttoziffern stieg das Defizit gegenüber dem Vormonat auf 3,28 (0,89) Milliarden Franc. Saisonbereinigt dagegen verminderte es sich auf 0,39 (3,03) Milliarden Franc. Dieser Tendenzwandel wird als Exportwunder bezeichnet, das die französische Wirtschaft überrascht. Jedoch, daß die französischen Einfuhren trotz des gestiegenen privaten Verbrauchs - eine Folge vor allem der Steuererhöhungen des Ansteris-Plans - wieder gestiegen sind. Sollte also die konsumbeschränkende Politik der Regierung bereits an Wirkung verlieren? Andererseits haben die französischen Exporte in erstaunlichem Maße zugenommen, nämlich um neun Prozent gegenüber Juli und um 23,3 Prozent gegenüber August 1982. Fast ebenso hoch war der nicht saisonbereinigte Zuwachs von 21 Prozent. Dazu dürften außergewöhnliche Ausfuhren beigetragen haben. Ob die französische Außenhandelsbilanz so positiv ist, wie sie (saisonbereinigt) erscheint, wird sich deshalb erst in den nächsten Monaten zeigen.

## Zweiter Nordsee-Boom

Von WILHELM FURLER, London

Der Superlativ, den Premierministerin Margaret Thatcher vor wenigen Tagen aus dem Londoner Hauptquartier des Ölkonzernts BP per symbolischem Knopfdruck und via Satellit in Gang setzte, dürfte wohl lange Bestand haben. 700 Meilen entfernt von London wurde die Förderung im Magnus-Feld von BP, in Großbritannien nördlichstem Ölfeld, begonnen. Mit insgesamt 1,3 Milliarden Pfund (5,2 Milliarden Mark) liegen die Entwicklungskosten über denen aller anderen Ölfelder in der Nordsee.

Das Plattform-Ungemüt, das aus rund 200 Metern Wassertiefe und damit so tief wie irgendwo anders in Europa zunächst 80 000 Barrel Rohöl pro Tag (ein Barrel = 159 Liter) und später bei voller Kapazität 120 000 Barrel fördern wird, ist die größte Stahlkonstruktion, die jemals für die Ölindustrie gebaut wurde: dreimal so hoch wie Big Ben und doppelt so schwer wie die berühmte Stahlbrücke über den Firth of Forth.

Kein Wunder, daß angesichts dieser Größenordnungen wieder Optimismus über die Zukunft des Nordsee-Öls wie lange nicht mehr verbreitet wird. Die Premierministerin selbst spricht von einer neuen Welle "massiver Investitionen" in der Ölindustrie ihres Landes. Sie erklärte bei der Produktionsaufnahme von Magnus, daß 1983 ein Rekordjahr für die britische Offshore-Exploration werden dürfte. Ist dieser von ihr beschworene neue "Nordsee-Boom" angesichts eher schwächer zurückgelegter Jahre und der immer noch relativ schwachen Nachfrage nach Rohöl, wie die Opec-Sitzung in Wien bestätigt hat, reiner Zweckoptimismus?

Zumindest ebenso optimistisch über die weitere Rolle der Nordsee als eines der bedeutendsten Ölfeldern ist eine Studie, die von dem Londoner Brokerhaus Wood, Mackenzie, einem der führenden Analysten auf dem Gebiet der Nordsee-Aktivitäten, kürzlich vorgelegt wurde. Darin heißt es, die "Atmosphäre" für die Entwicklung von Öl- und Gasfeldern sei dabei, sich wieder merklich zu verändern: "Die Zukunft sieht ermutigend aus."

Die Brokerfirma rechtfertigt ihren Optimismus mit einer Analyse, wonach im britischen und norwegischen Nordsee-Sektor insgesamt 18 bedeutende Öl- und Gasfelder in den nächsten einundzwanzig bis zwei Jahrzehnten bis zur Entwicklungsreife gebracht werden, die bis Ende der 80er Jahre die Produktion aufnehmen könnten. Die Gesamtinvestitionen allein für diese 18 Felder werden auf 38,4 bis 39 Milliarden Dollar (gut 100 Milliarden Mark) geschätzt. Bisher wurden in die britischen und norwegischen Offshore-Aktivitäten insgesamt 110 Milliarden Dollar investiert oder fast budgetiert.

In dem darauffolgenden Jahrzehnt könnten die Investitionen sogar noch erheblich über den 39 Milliarden Dollar liegen; glaubt das Brokerhaus. Es geht dabei um einen noch stärkeren Engagement etlicher Ölfirmen in bereits produzierende Felder wie Ekofisk, Forties oder Brae aus.

Man muß der Regierung Thatcher zugestehen, daß sie nicht unwesentlich zu der veränderten Situation beigetragen hat. Der starke Fall der Rohölpreise hatte vor allem die Entwicklung kleinerer Felder gerade unter den äußerst aufwendigen Nordsee-Bedingungen wirtschaftlich nicht mehr als gerechtfertigt erscheinen lassen. Diese Situation änderte sich grundlegend, als der damalige Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe in seinem Frühjahrsbudget vom März dieses Jahres überraschend nicht unbedeutende Konzessionen bei der Besteuerung von Nordsee-Öl machte.

Danach wurde zum einen der Förderzins auf die Ölproduktion aus Feldern, die nach April 1982 entdeckt wurden und außerhalb des südlichen Nordsee-Beckens liegen, ganz abgeschafft. Zum anderen wurde für diese Felder das steuerfreie Förder-Volumen von fünf auf zehn Millionen Tonnen erhöht. Ein Anreiz, der offensichtlich genügt, eine Art zweiten Nordsee-Booms auszulösen.

## INTERNATIONALE VERSCHULDUNG / Warnung an IWF und Weltbank

### Bundesbank: Refinanzierungslasten auf möglichst viele Schultern verteilen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt  
Mit einer auf "problematische Refinanzierungstechniken" beim Internationalen Währungsfonds und bei multinationalen Entwicklungsbanken abgezeichneten Seite warnt die Bundesbank vor der Vorstellung, die internationale Schuldenkrise sei am ehesten nach dem Motto zu lösen: Mehr Geld für die multilateralen Institutionen - egal, wozu. Für die Krisenbewältigung durch Finanzierung gibt es nach Auffassung der Bundesbank Grenzen für die Geldgeber und für die Empfängerländer.

Eine weitere Kimmierung von umfangreichen Zahlungsbilanzdefiziten und damit immer neuen Kreditaufnahmen könnte auf Dauer weder von den Gläubigern und den nationalen und internationalen Finanzmärkten verkraftet werden, gibt die Bundesbank in einem Beitrag zu bedenken, den sie im Monatsbericht geteilt hat. Der Jahresversammlung des IWF und der Weltbank veröffentlicht, die nächste Woche in Washington stattfindet. Deswegen müßten Zahlungsbilanzungleichgewichte rasch auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Bei der Suche nach einem angemessenen Verhältnis von Anpassung und Finanzierung gelte es nicht nur die ökonomischen, sozialen und politischen Gegebenheiten und Ziele der Defizitländer mit ihren praktisch unbegrenzten Bedürfnissen zu berücksichtigen, sondern auch die ökonomischen, finanziellen und politischen Grenzen, die der Leistungskraft der Überschuldeten gesetzt sind.

In diesem Zusammenhang wendet sich die Bundesbank gegen eine Steigerung des Transfers realer Ressourcen in defizitäre Entwicklungsländer durch zusätzliche internationale Geldschöpfung. Solche Methoden würden den Anpassungszwang zwar zunächst mildern, letzten Endes aber nur vergrößern und schließlich die Notwendigkeit noch schmerzhafter Anpassungsmaßnahmen heraufbeschwören. Nicht zuletzt könnte eine in Ausmaß und Dauer massive internationale Liquiditätserschöpfung die monetäre Stabilität in der Welt gefährden.

Nach Auffassung der Bundesbank ist eine Ausweitung der internationalen Liquidität durch Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte, also Gratzerteilung von "IWF-Kunstgeld" trotz Rückgangs der Weltwährungsreserven in den beiden letzten Jahren nicht nötig. Jeder Beschluß über die Schaffung künstlicher Reserven müßte auch die Fähigkeit und Bereitschaft potentieller Gläubigerländer berücksichtigen, die von den Defizitländern zur Devisenbeschaffung abgegebene Sonderziehungsrechte zu übernehmen, ohne im Inland zu einer unverbreitbaren Geldschöpfung gezwungen zu sein.

Bedenken dagegen meldet die Bundesbank nicht nur aus stabilitäts-

politischen Überlegungen an, sondern auch weil sie bei einem zu starken finanziellen Engagement beim IWF eine Illiquidisierung von Währungsreserven befürchtet.

Nachdrücklich wendet sich die Bundesbank auch gegen Vorschläge, der IWF sollte sich durch Anzapfen der internationalen Kapitalmärkte finanzieren. Das prekäre Gleichgewicht von Rechten und Pflichten würde empfindlich gestört, wenn die starken Mitgliedsländer in die Rolle von Garantien des IWF als "Finanzvermittler" an den Märkten gedrängt werden.

Mit Sorge betrachtet die Bundesbank Bestrebungen, auch den Finanzbedarf internationaler Entwicklungsbanken mit Notenbankkredit oder Währungsreserven zu decken sowie durch Einführung neuer Finanzierungsstrukturen. Neue Instrumente der kurzfristigen Finanzierung könnten die Kreditwürdigkeit der Weltbank und anderer Entwicklungsbanken an den Kapitalmärkten und damit letztlich auch die Erfüllung ihres entwicklungspolitischen Auftrags gefährden.

Die Bundesbank kritisiert die starke Konzentration der Mittelbeschaffung durch die Weltbank auf nur wenige Länder mit offenen Kapitalmärkten und "Niedrigzinswährungen" unter denen die Bundesrepublik ganz vorn steht. Die Refinanzierungslasten aus der multilateralen Entwicklungsbank sollten auf möglichst viele Schultern verteilt werden.

## DEUTSCHE BUNDESBahn

### Gutachten urteilt positiv über geplante Neubaustrecken

HANS-J. MAHNKE, Bonn  
Die geplanten Neubaustrecken der Bundesbahn zwischen Hannover und Würzburg sowie zwischen Mannheim und Stuttgart, um deren Nutzen es in letzter Zeit wieder erheblichen Streit gegeben hat, können sich sowohl für die Gesamtwirtschaft als auch für die Bahn. Zu diesem Ergebnis kommt ein vom Bundesverkehrsministerium bei der Beratergruppe Verkehr + Umwelt BVU in Freiburg in Auftrag gegebenes Gutachten, in dem unterschiedliche Annahmen über das Verkehrsaufkommen und über die Investitionskosten durchgerechnet wurden.

Gemäß den durchgeführten gesamtwirtschaftlichen Bewertungen beläuft sich der bei den einzelnen Untersuchungsvarianten zu erwartende Gesamtnutzen auf das Vier- bis Fünffache der kalkulierten Investitionskosten. Die Erlös-Kosten-Verhältnisse der betriebswirtschaftlichen Bewertung reichen von 2,9 bis 3,7, so der Kern des Gutachtens.

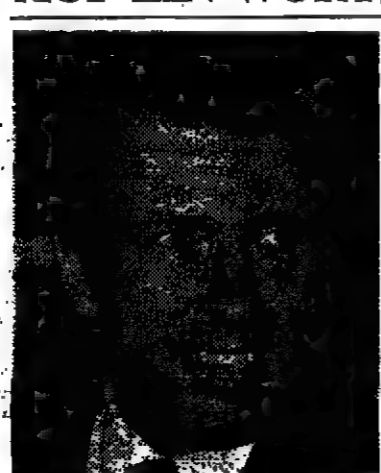
Allerdings weisen die Verfasser darauf hin, daß eine neue, von ihnen entwickelte Methodik zu einer günstigeren Bewertung beigetragen hat. Aber selbst wenn die jüngsten Schätzungen der Prognos-AG zugrunde gelegt werden, die für den Schienenverkehr der Bahn im Jahre 2000, und dieses ist der auch hier zugrunde gelegte Planungshorizont, ein geringeres Transportaufkommen voraussagen, als der Beratergruppe vorgegeben wurde, ändert sich an der Grundaussage des Gutachtens nicht.

Für das Jahr 2000 wird von einem Personenverkehr bei der Bahn von knapp 200 Millionen Reisenden ausgegangen, was einer abgeleiteten Jahresverkehrsleistung von rund 28 Milliarden Personenkilometern entspricht. Für den Güterverkehr wird mit einem Transportaufkommen von 322,4 Millionen Tonnen oder einer Leistung von 74,8 Milliarden Tonnenkilometern gerechnet.

Dieses Gutachten steht im Widerspruch zu der Aussage des Präsidenten des Hauptprüfungsamts für die Deutsche Bundesbahn, Helmut Reemts. "Durch die zur Zeit im Bau befindlichen Neubaustrecken wird sich das betriebswirtschaftliche Ergebnis der Deutschen Bundesbahn nicht verbessern, sondern verschlechtern", hatte er kürzlich geschrieben. Zwar wollte er nichts gegen diese Investitionen, die von der Bahn auf insgesamt 15 Milliarden Mark veranschlagt werden, wovon ein Drittel bereits verbaut ist, sagen, "die gesamtwirtschaftlich sinnvoll sein können". Aber es werde nicht möglich sein, die zusätzlichen Kosten der neuen Strecken (Abschreibung, Unterhalt und Verzinsung) durch zusätzliche Erträge zu decken.

Bei der Bundesbahn wird davon ausgegangen, daß sich ihr Betriebsergebnis nach Fertigstellung der Strecken um 500 Millionen verbessern werde. Die Bahn drängt daher auf eine rasche Fertigstellung noch in diesem Jahrzehnt.

## AUF EIN WORT



Das unaufhörliche Aufblähen von Fachwissen ist gefährlich, denn Sinn und Inhalt gehen verloren. Wird eine Messe zu groß, werden die Wege zu lang, und die Besucher verlieren die Übersicht. Unübersichtlichkeit aber führt zur Frustration und physischer Erschöpfung. Die Förderung von Unlustgefühlen kann und darf aber nicht das Ziel des Marktinstrumente-Messe sein.

Dr. Werner Maritz, Hauptgeschäftsführer der Münchener Messe- und Ausstellungs-Gesellschaft mbH  
FOTO: G. W. BACHERT

## STAHLSTREIT MIT DEN USA

### Ministerrat gibt Brüsseler Kommission Rückendeckung

WILHELM HADLER, Brüssel  
Volle Rückendeckung hat der EG-Ministerrat der Brüsseler Kommission für ihre Bemühungen um handelspolitische Kompensationen für die von den USA verhängten Einfuhrbeschränkungen bei Edelmetallen gewährt. In einer Erklärung verwies der Außenminister gestern in Brüssel darauf, daß Washington selbst die Berechtigung eines demartigen Schadensausgleichs bereits ausdrücklich anerkannt habe.

In Übereinstimmung mit Artikel XIX des Gatt-Vertrages müsse jetzt so schnell wie möglich eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung gefunden werden. Dabei gelte es, den Schaden, der durch die US-Maßnahmen für die wirtschaftlichen und industriellen Interessen der Gemeinschaft entstehe, auszugleichen.

Der Rat äußerte sich darüber hinaus besorgt über die rigorose Handhabung der Quotenregelung durch die US-Administration. Die Kommission soll darauf hinwirken, daß die Quoten so verwaltet werden, "daß den Bedürfnissen und Interessen der EG-Exporteure voll Rechnung getragen wird", weiterhin auf Ausnahmen von den Schutzmaßnahmen drängen und jeden Schritt im Hinblick auf eine Überprüfung der doppelten Besteuerung zu unterstützen, die durch die zusätzlichen Anti-Dumping- und Ausgleichsbeile verursacht worden seien.

Im Juli eingeführten Importquoten für Werkzeug- und Edelmetalle sowie acht bis zehnprozentige Zollerhöhungen für rostfreie Stähle sollten die US-Einfuhren um bis zu 30 Prozent reduzieren. Die Gatt-Regeln erlauben zwar derartige Schutzmaßnahmen, geben den Handelspartnern jedoch das Recht, Kompensationen zu fordern.

## WERFTENKRISE

### Lambsdorff: Bremen muß seine Schularbeiten machen

WWMK, Bremen/Bonn  
Gestern mittag wurde die Bremer Werft AG "Weber" von der Belegschaft besetzt. Die Besetzung war von der Betriebsversammlung ohne Gegenstimme beschlossen worden. Zuvor hatte Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der zur Belegschaft gesprochen hatte, erklärt: "Ich bin außerordentlich beeindruckt von der Versammlung, von der Disziplin, mit der die Diskussion geführt worden ist. Ich bin nicht hierher gekommen, um irgendwelche Erwartungshorizonte aufzubauen, die am Montag nach der Wahl zerplatzen wie Seifenblasen."

Bremen müsse nun endlich seine Schularbeiten machen, sagte Lambsdorff weiter, bislang sei nur das Konzept bekannt, das die Werft schließen vorsehe, aber die Landesregierung habe inzwischen weitere Vorschläge in die Diskussion gebracht.

## Baugenehmigungen stark gestiegen

AP, Bonn  
Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) ist zuversichtlich, daß 1983 die Zahl von 400 000 neu genehmigten Wohnungen erreicht werden kann. Dies erklärte er in Bonn zur Vorlage der neuesten Genehmigungsstatistik für den Wohnungsbau. Danach wurde im Juli der Bau von 37 622 neuen Wohnungen genehmigt. Dies sind 23,4 Prozent mehr als im Juli 1982. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres stieg die Zahl der neu genehmigten Wohnungen damit um 23,8 Prozent auf 241 443.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Referentenentwurf zum Kreditwesengesetz

Bonn (AP) - Auch die ausländischen Tochter deutscher Banken müssen sich künftig der deutschen Bankaufsicht unterwerfen. Dies ist die wesentliche Neuerung im Referentenentwurf des Bonner Finanzministeriums zur dritten Novelle für das Kreditwesengesetz, der am Montag in Bonn bekannt wurde. Dabei soll durch die Zusammenfassung der Bilanzen von Mutter- und Tochterunternehmen erreicht werden, daß im Gesamtunternehmen nicht mehr als das 18fache des Eigenkapitals ausgeliehen und das Gesamtrisiko somit begrenzt wird. In der sogenannten Konsolidierungsverfahren bei den Bankbilanzen werden alle Kreditinstitute miteinbezogen, an denen eine Bank mehr als 50 Prozent der Anteile hält. Die ausgeweitete Bankenaufsicht gilt auch für Hypothekendarlehen. Gegen diese Einbeziehung hatten im Vorfeld der Beratungen sowohl die FDP als auch das Bundesjustizministerium Bedenken erhoben.

### Lohnkostenvorteil

Bonn/Berlin (dpa/VWD) - Die Entwicklungsländer werden nach Meinung von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ihren Lohnkostenvorteil im Bereich der Textilindustrie nicht halten können. Schon heute scheine es sicher, daß die günstigeren Lohnkosten zumindest in Teilbereichen schrittweise abgebaut würden, sagte Lambsdorff in Berlin vor der Internationalen Vereinigung der Textilindustrie. Der Anstieg der Lohnkosten sei zumindest in vielen Schwellenländern bereits zu einem Problem geworden.

### Spielregeln überarbeiten

Düsseldorf (dpa/VWD) - Eine "Generalinspektion aller wirtschafts-, sozial- oder ordnungspolitischen Spielregeln" ist nach Ansicht der Westdeutschen Landesbank, Düsseldorf, erforderlich, um die wirtschaftlichen und sozialen Dauerprobleme zu lösen. In ihrem jüngsten "Lagebericht Wirtschaft" wendet sich die Westdeutsche Landesbank Girozentrale (WestLB) gegen noch mehr staatliche Interventionen, da sie die anstehenden Probleme nicht lösen könnten. Der durch sie in der Vergangenheit angestrebte Interessenausgleich in der Ge-



Zwei Jahre hat die Investitionsflaute gedauert, die jetzt offenbar zu Ende gegangen ist. Das Statistische Bundesamt registrierte für das erste Halbjahr 1983 einen realen Anstieg der Ausstattungsinvestitionen um 4,1 Prozent.

QUELLE: GLOBUS

seilschaft werde nicht mehr gewährleistet, obwohl inzwischen vielfach mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts durch staatliche Kanäle umverteilt werde.

### Familienbetriebe halten

Bonn (dpa/VWD) - Zur Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe zwischen 30 und 50 Hektar hat der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesernährungsminister, Georg Gallus, unter anderem Höchstgrenzen für den Tierbestand vorgeschlagen, um die Veredelungsproduktion zu sichern. Ferner befürwortet er steuerliche Maßnahmen. Auch das Landpachtgesetz, das in der vergangenen Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet wurde und in Kürze wieder im Bundestag eingebracht werden soll, könnte diesem Zweck dienen.

### Reisebüro-Umsätze

Frankfurt (DW) - Fast alle wichtigen Sparten des Reisebüro-Geschäfts weisen im Monat August gegenüber August 1982 Umsatzsteigerungen aus. Dies zeigt der neueste "Reisebüro-Spiegel" des Deutschen Reisebüros (DER). In den ersten acht Monaten dieses Jahres stieg der Reisebüro-Gesamtumsatz nur leicht um 0,1 Prozent.



## Aktienkurse überhöht? Versichern Sie jetzt Ihr Geld mit Gold.

Bis jetzt konnten Aktienanleger steigende Kurse verzeichnen, heute aber machen Börsenkurse wieder Schlagzeilen: "Erstmals seit Jahresbeginn ist der deutsche Börsenzug ins Stocken geraten", schreibt die Wirtschaftswoche (Heft 35/83). Das Börsen-Journal (Heft 17/83) weiß, daß Marktkenner mit einer labilen Börsentendenz rechnen. "Börsenberater schätzen die Lage zunehmend skeptischer ein."

Anders bei Gold: Gold hat diese Preisentwicklung nicht erlebt, im Gegenteil, der Goldpreis ist zur Zeit günstig. Macht es da nicht Sinn, jetzt einen Teil Ihrer Aktiengewinne in Gold anzulegen?

Der Krügerrand ist die beliebteste Goldmünze der Welt. Mit ihm haben Sie eine Sicherheit. Einen Wert, der langfristig wächst. Krügerrand Goldmünzen (1/10, 1/4, 1/2, 1 Unze) bekommen Sie ohne Formalitäten bei allen Banken und Sparkassen. Investieren Sie jetzt in den Krügerrand. Er versichert Ihr Vermögen.



Krugerrand. Ein Stück Gold. Ein Stück Sicherheit.



# WELT-Korrespondenten berichten von der 50. Internationalen Automobil-Ausstellung

## Kurz berichtet

Der britische Jaguar hat auf dem deutschen Markt zum großen Sprung angesetzt: Die Neuzulassungen übertrafen seit Jahresbeginn jeden Monat die entsprechenden Vorjahreszahlen. Bis Ende Juli wurden 519 Jaguar abgesetzt. Die Jaguar-Verkaufsgesellschaft, die Jaguar-Verkaufsgesellschaft, führt diesen Aufwärtstrend auf „konzentrierte Anstrengungen des Werks und des deutschen Vertriebsorganisation“ zurück, für die mehrere neue Partner gewonnen wurden. Spitzenreiter unter den Modellen sind die 5.3-Liter-12-Zylinder-Limousine XJ 12 HE und die Sechszylinder-Versionen mit 4.2- und 3.4-Liter-Motoren.

Der fast ganz in Staatsbesitz befindliche spanische Autokonzern



Seat, Barcelona, will in den kommenden Jahren auf dem deutschen Markt Fuß fassen. Das Unternehmen, das gleichzeitig Alleinimporteur von VW ist und ab Herbst dieses Jahres die Fertigung des VW-Polo und VW-Derby im Lande übernimmt, erwartet bis 1986 einen Absatz von 24 000 Fahrzeugen der Marke Ronda. Dieses Fahrzeug kommt im Frühjahr 1984 auf den deutschen Markt.

Die Zahnradfabrik Renk AG, Augsburg, hat im Geschäftsjahr 1982/83 (30.6.) ihren Umsatz auf „klar über 300 Mill. DM“ erhöht. Wie Vorstandsmittglied Gerd Schmidt mitteilt, gingen nur zwei Drittel der Verkäufe in den Fahrzeugbereich, mit Schwerpunkt Militär- (Ketten-)fahrzeuge. „An der Stückzahl gemessen sei Renk der zweitgrößte Anbieter in der westlichen Welt. In der Produktion vielfältig hält sich das Unternehmen sogar für führende Antriebsgetriebe machen rund 10 Prozent des Umsatzes aus.“ (Py.)

## Keine Belebung am Transportermarkt

Zwar verläuft die Entwicklung in den einzelnen Gewichtsklassen der leichten Nutzfahrzeuge durchaus unterschiedlich. Und einzelne Hersteller sind mit den Ergebnissen im bisherigen Verlauf des Jahres 1983 durchaus zufrieden. Insgesamt jedoch trifft die Einschätzung, die der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, Carl H. Hahn, auf der Automobilausstellung umlirte, den Kern: Von einer Belebung des Nutzfahrzeug-Marktes kann trotz höherer Zulassungszahlen im Inland keine Rede sein. Vielmehr dürfte das Plus im ersten Halbjahr eine Folge der Investitionszulage sein; das günstigere Bild berechtigt also nicht zu Optimismus, zumal immer wieder in Erinnerung gerufen werden muß, daß das Ausgangsniveau, die Bezugszahlen des Vorjahres, ein historisches Tief darstellte.

Der Marktführer der Nutzfahrzeug-Klasse bis zu 6 t Gesamtgewicht, die Volkswagenwerk AG, hat angesichts dieser Entwicklung bereits wieder Konsequenzen gezogen: Nachdem die Kurzarbeit im dritten Quartal im hiesigen Transporter-Werk ausgesetzt worden war, ist jetzt für die Monate Oktober und November

jeweils sieben Tage und für den Dezember fünf Tage Kurzarbeit vereinbart worden. Gekennzeichnet wird die Entwicklung bei VW von einem leicht gestiegenen Inlandsabsatz in den ersten acht Monaten 1983 und geringeren Auslieferungen ins europäische Ausland. In der Bundesrepublik setzte VW insgesamt rund 40 000 (nach knapp 37 000 Fahrzeugen) ab, im europäischen Ausland rund 34 000 Fahrzeuge gegenüber 41 200 im gleichen Vorjahreszeitraum. In den USA verbesserte sich der Typ 2 um 12,4 Prozent auf 8812 Einheiten. Insgesamt verringerte sich der Absatz der AG (bis Ende Juli) Stückzahlmäßig beim Typ 2 um 7000 oder 8,9 Prozent und bei der LT-Reihe um knapp 1900 Fahrzeuge oder 13,1 Prozent.

Wegen der stark rückläufigen Zulassungszahlen im vergangenen Jahr relativierten sich auch die Zulassungszahlen in der Bundesrepublik bis Ende August. Insgesamt wurden 75 084 (70 280) Fahrzeuge bis 6 t Gesamtgewicht zugelassen. Dieses Ergebnis, so heißt es, bedeute gerade eben eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Wenig bedeutungsvoll sind angesichts des geschrumpften

Gesamtmarktes die Veränderungen der Marktanteile, wenngleich die Hersteller mit dieser Größe gerne operieren. Im Bereich der Klasse bis zu 2,8 t dominiert weiterhin VW mit einem Marktanteil von 53,3 (50,4) Prozent. Ihre Position verbessern konnten in der leichtesten Klasse die Japaner (16,3 nach 14,7 Prozent), Daimler (10,6 nach 8,3 Prozent) und Fiat (5,4 nach 2 Prozent). Anders sieht die Rangliste in der nächst höheren Klasse - von 2,8 t bis 4 t - aus. Dort hält Daimler mit 48,1 (54,7) Prozent den ersten Platz, gefolgt von VW mit 28,7 (24,6) Prozent, Ford mit 11 Prozent und Fiat mit 7,5 Prozent. In der Klasse von 4 t bis 6 t Gesamtgewicht schließlich führt Daimler unangefochten mit einem Marktanteil von unverändert über 77 Prozent; mit weitem Abstand folgen Fiat (11,3 nach 8,8 Prozent) und VW (7,3 nach 7,1 Prozent).

Insgesamt erreichen sich für die leichten Nutzfahrzeuge Marktanteile für VW in Höhe von 43,9 (44,5) Prozent und für Daimler von 21,9 (22,7) Prozent. Die verschiedenen japanischen Hersteller konnten auf zusammen 10,9 (9,8) Prozent. DOMINIK SCHMIDT

## Massenandrang wie nie zuvor

Als Publikumsmagnet ersten Ranges hat sich die 50. Internationale Automobilausstellung (IAA) erwiesen: Die Jubiläumsschau erlebt einen noch nicht dagewesenen Massenandrang. Allein das Wochenende brachte 300 000 Besucher auf die Messe, die dafür sorgten, daß rund um Frankfurt alles „dicht“ war; Parkplätze wurden trotz sorgfältiger Planung der Verkehrlenker gesuchte Mangelware.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Diskussion um Veranstaltungsort und Charakter der alle zwei Jahre stattfindenden großen Autoschau verstummen, ehe sie recht begonnen hat. Denn zur Freude der Aussteller erschöpfte sich das Interesse der Autofreunde nicht nur in der Bewunderung von Traummodellen. Der Zug der Autokonjunktur gewinnt offenbar mehr an Fahrt; die deutschen Autokäufer befriedigen ihren Nachholbedarf. So ist von VW zu hören, daß der neue Golf „voll eingeschlagen“ sei: Von der Vorstellung bei den Händlern am vorausgegangenen Wochenende bis Mitte letzter Woche wurden rund 30 000 Kaufverträge unterschrieben. (adh.)

## Iveco drosselt Produktion

Die deutsche Iveco Magirus AG, Ulm, wird nach dem laufenden Jahre ihre Produktion zum mindestens 30 Prozent drosseln und den Personalbestand um weitere 1200 (2180) auf 6940 Mitarbeiter senken. Die Absatzsituation, namentlich im schweren Bereich, bezeichnet Magirus-Vorstandsvorsitzender Bernd Kosegarten als „miserabel“. Geringer Absatzbeleg auf dem deutschen Markt liege ein kräftiger Exportrückgang gegenüber. Der Magirus Auftragsrückgang und -bestand lag Ende letzten Monats um 40 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Das deutsche Zulassungsniveau von Fahrzeugen jenseits der Dreitonnenmarke dürfte sich nach den Worten des Magirus-Chefs mit 15 Prozent auch über das gesamte Jahr halten. Für den Export hat Kosegarten die schlimmsten Erwartungen: 40 Prozent Exportrückgang seien nicht auszuschließen. Dafür sei neben der stagnation der europäischen Absatz-

märkte vor allem der Geldmangel der naheliegenden Östländer verantwortlich. Überkapazitäten und Preissteigerungen belasteten zudem die Ertragsrechnungen. Iveco-Magirus selbst erwartet für 1983 keinen Absatzrückgang im Inland, mengenmäßig werde sicher das Vorjahresergebnis wieder erreicht. Der Export, so entschuldigt er, sei bislang verlaufen sei, gebe jedoch durch einige mögliche Großabschlüsse Anlaß zur Hoffnung. In jedem Fall wird die Produktion 1983 um 30 Prozent zurückgehen: 1982 waren 18 228 (15 958) Lastkraftwagen sowie 1854 (2288) Omnibusse und Sattelzugmaschinen in der Bundesrepublik hergestellt worden. Dazu kamen noch 7538 (9086) Lkw, Busse und Straßenzugmaschinen, die unter Verwendung deutscher Teile im Ausland gefertigt worden sind. Exportiert wurden 1982 rund 13 600 (12 485) Nutzfahrzeuge aller Art. HARALD POSNY

## Audi: Höherer Marktanteil

Audi NSU - Auto Union AG, Ingolstadt, muntere Tochter des Volkswagen-Werks, hat auf dem deutschen Markt einseitige Ziele: In zwei Jahren, so Vorstandsvorsitzender Wolfgang R. Habel, soll der Marktanteil von derzeit 7,4 auf 10 Prozent bis Ende 1985 gesteigert werden. Trotz der für die Erfolgsmodelle Audi 80 und Audi 100 ungewöhnlich langen Lieferfristen (bis zu vier Monate), sagte Habel anlässlich der IAA in Frankfurt eine Produktion von 380 000 nach 330 000 Fahrzeugen vor, die im nächsten Jahr auf über 400 000 gesteigert werden soll. Dies sei ohne Neueinstellungen und Sonderleistungen allerdings nicht zu bewerkstelligen.

Als Ziel stellt sich der Audi-Chef eine Fertigung von 450 000 Stück vor, nicht aus Hang zu übertriebener Expansion, sondern im Hinblick auf eine optimale Auslastung der Kapazitäten und eine größtmögliche Sicherheit der bestehenden Arbeitsplätze. HARALD POSNY

## OLYMPIA

## Katastrophaler Jahresabschluß

D. SCHMIDT, Wilhelmshaven

Entgegen allen Prognosen haben die mehrheitlich zur AEG gebörenden Olympia-Werke AG, Wilhelmshaven, im Geschäftsjahr 1982 nicht nur an die schlechten Ergebnisse der Vorjahre angeknüpft, sondern mit einem Fehlbetrag von 216,5 (113,5) Mill. DM den bislang höchsten Verlust hinnehmen müssen. Wie aus der jetzt veröffentlichten Bilanz hervorgeht, verringerte sich im Berichtsjahr gleichzeitig der Umsatz der AG um fast 10 Prozent auf 739,8 (811,4) Mill. DM.

Die negative Entwicklung hat nach den Worten eines Unternehmenssprechers ihre Ursache in den vorgenommenen Strukturmaßnahmen und den hohen Währungsverlusten, die vor allem in Mexiko entstanden sind. Im Rahmen des Ende 1982 auslaufenen Ergebnisabführungsvertrags hat die AEG den Fehlbetrag ausgeglichen. Der kürzlich ausgeschiedene Olympia-Vorstandsvorsitzende Heinz Werker Krause hatte noch Mitte 1982 angekündigt, daß sich der 1981er Verlust halbieren und der Umsatz um mindestens 15 Prozent erhöhen solle.

Zur Entwicklung im laufenden Jahr verweigern sowohl Olympia als auch die Mutter in Frankfurt jegliche Aussage. Verwiesen wird lediglich auf die Erklärung von AEG-Chef Heinz Dürr im Rahmen der Hauptversammlung. Damals war von einer „entscheidenden Verbesserung“ bei Olympia im Jahre 1983 die Rede. Das Sanierungsprogramm verlaufe voll nach Plan. Dürr nannte im einzelnen die Konzentration der Fertigung auf nur noch zwei Werke.

Inzwischen hat Olympia die Zweigwerke in Leer und Norden geschlossen und die Beschäftigtenzahl erheblich reduziert. Weltweit verringerte sich die Mitarbeiterzahl im letzten Jahr auf 11 328 (12 336). Zum aktuellen Stand will Olympia nichts sagen; mittlerweile aber dürfte die Belegschaft weltweit eher unter 10 000 liegen.

Wie Olympia die für 1983 anstehenden Verluste bilanziell behandeln wird, ist offen. Neben der AEG, die mit 51 Prozent am Grundkapital von 130 Mill. DM beteiligt ist, sind Bosch, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Westdeutsche Landesbank über die Gesellschaft für Elektrowerke GmbH weitere Anteilseigner. (adh.)



FOTO: DIE WELT

## Karl Winnacker wird 80 Jahre

Am 21. September feiert Prof. Dr.-Ing. Karl Winnacker seinen 80. Geburtstag. Trotz seines hohen Alters hat sich der Chemiker, Manager und Ehrenvorsitzende des Aufsichtsrats der Hoechst AG, balleibe noch nicht auf „Altenteil“ zurückgezogen. Zwar hat Winnacker im Juni 1980 den Vorsitz im Hoechst-Aufsichtsrat an Otto Ranft abgegeben, aber sein Interesse an „seinem“ Unternehmen ist ungebrochen.

Seit 1933 prägt Hoechst das Leben des Wissenschaftlers mit, so wie er den Chemiekonzern geprägt hat. Damals trat Winnacker, bis dahin Assistent an der Universität, in das Werk Hoechst der IG Farbenindustrie AG ein. Nach dem Krieg verordnete ihn der Amerikaner ihm - wie den anderen Hoechst-Direktoren - eine Zwangspause, in der sich Winnacker als Gärtner durchschlug. Die Duisburger Kupferhütte und Knapsack waren kurze Zwischenstationen auf seinem Weg zurück zu Hoechst, wo er ab 1952 als Vorsitzender des Vorstandes entscheidend zum schnellen Aufstieg des Chemiekonzerns beigetragen hat.

Nach seinem Rückzug aus dem Tagesgeschäft in den Aufsichtsrat (1969) fand Winnacker, seit 1953 Honorarprofessor für angewandte Chemie an der Universität Frankfurt, auch wieder Zeit für zahlreiche Veröffentlichungen; u.a. „Grundzüge der chemischen Technik“ (1974), „Nie den Mut verlieren“ (seine Memoiren) und vor allem, was ihm besonders am Herzen liegt, die friedliche Nutzung der Kernenergie, für die er in seinem Buch „Das unverstandene Wunder“ vehement eingetreten ist. (adh.)

## Dunlop-Reifenwerke an Sumitomo?

WILHELM FURLER, London. Der japanische Gummiwaren-Produzent Sumitomo will die deutsche und britische Reifenproduktion des Dunlop-Konzerns übernehmen. Unbestätigten Berichten zufolge sind die Verhandlungen zwischen den beiden Unternehmen bereits in ein abschließendes Stadium gelangt - die Entscheidung soll am Donnerstag bei der Vorlage des Halbjahres-Ergebnisses von Dunlop in London bekanntgegeben werden.

Dunlop hält gegenwärtig eine 40-prozentige Beteiligung an Sumitomo Rubber Industries. Dieser Anteil soll von Sumitomo ebenfalls übernommen werden. Dunlop hat bisher lediglich bestätigt, daß mit Sumitomo Gespräche über die Zukunft ihrer europäischen Reifenproduktion stattgefunden haben.

Der Konzern beschäftigt weltweit 60 000 Mitarbeiter, davon 24 000 in Großbritannien. Neben Reifen werden Tennisbälle und -bälle sowie eine große Palette industrieller Produkte hergestellt. Der Konzern mußte im vergangenen Jahr den höchsten Verlust in seiner Geschichte hinnehmen: 80 Millionen Pfund, umgerechnet rund 320 Millionen Mark.

Den Berichten zufolge wird Dunlop seine Reifenproduktion in den Ländern Sambia, Südafrika, Indien, Neuseeland und USA beibehalten.

## Wigo stellt Konkursantrag

Der Elektrogerätehersteller Wigo, Göttinger Wismann + Söhne GmbH, Villingen-Schwenningen, sieht sich nach eigenen Angaben gezwungen, Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens zu stellen. Laut Geschäftsleitung haben die in den letzten Jahren aufgelaufenen Verluste die Finanzkraft des Unternehmens, das im August 1983 noch rund 300 Mitarbeiter beschäftigte, erschöpft.

Die Hausbanken, die sich Ende 1982 zu einem Pool zusammengeschlossen haben, hätten sich nicht mehr in der Lage gesehen, dem Unternehmen die erforderlichen Kredite zur Verfügung zu stellen. Die Löhne für August 1983 seien noch nicht ausbezahlt.

Wigo hatte sich bis 1980 zu einem der bedeutendsten europäischen Hersteller für Kaffeeautomaten entwickelt und zählte über 700 Mitarbeiter beschäftigt. Mitte der siebziger Jahre nahmen wichtige Industriekunden die Eigenfertigung auf, so daß bei enger werdendem Markt und zunehmendem Preisdruck die Rentabilität abgenommen habe.

1982 lag der Umsatz nur noch bei 49 Mill. DM, im laufenden Jahr hätte Wigo nach eigenen Angaben hochgerechnet nur noch etwa 42 Mill. DM umsetzen können. Vor acht Jahren lag der Umsatz der Gruppe noch bei etwa 130 Mill. DM.

## Vegla baut bei Glas Schälke ab

J. G. Dörmloff. Die in Frankreich verstaatlichte St.-Gobain-Konzern gehörende Vegla Vereinigte Glaswerke GmbH, Aachen, gibt wegen anhaltender Überkapazitäten die Produktion von Gießglas und Glassteinen bei ihrer Tochter Glas- und Spiegelmanufaktur AG, Gelsenkirchen-Schalke, auf. Die Gießglas-Fertigung, deren Kapazität im Vegla-Bereich doppelt so groß wie der Bedarf sei, wird in das Vegla-Werk Mannheim-Waldhof verlagert, die Produktion von Glassteinen, wo die Nachfrage in den letzten sechs Jahren um zwei Drittel gesunken sei, wird eingestellt.

Rund 100 der fortfallenden Arbeitsplätze will die Vegla bei Glas Schälke dadurch retten, daß die Spiegelveredelung vom Vegla-Werk Aachen (dort ohne Personalabbau) nach Schälke verlegt wird. Damit sowie mit Isolierglas und Sonderprodukten werden in Schälke künftig noch 265 (500) Leute beschäftigt. Vom drastischen Rückzug bei Glas Schälke erhofft man sich eine erhebliche Ertragsbesserung, nachdem dort 1982 aus 114 (141) Mill. DM Umsatz ein Verlust von 8,7 (11) Mill. DM (nach 2,1 Mill. DM Gewinn) entstand. Die Vegla-Gruppe erinnert aus dem neuen Anlaß daran, daß sie ihre Sachinvestitionen mit mehr als verdoppelter Jahresrate im Zeitraum 1983/85 auf mehr als 500 Mill. DM steigern werde.

## SÜDDEUTSCHER VERLAG / Vorbereitungen für den Einsatz neuer Medien

## Starker Einbruch bei Stellenanzeigen

DANKWARD SEITZ, München. Als nach wie vor unsicher bewertet die Süddeutsche Verlag GmbH, München, die unter anderem die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) herausbringt, die konjunkturelle Situation. Entsprechend der wirtschaftlichen Instabilität hat sich das Anzeigengeschäft nach Mitteilung der Geschäftsleitung sehr differenziert entwickelt und läßt für 1983 nur ein geringes Wachstum erwarten. Während die Umsätze des Stellenmarktes noch immer nachgebende Tendenzen aufwiesen, sei der Verlauf der anderen Anzeigensparten recht positiv. Über den Zuwachsraten des Jahres liege die Verkaufsaufgabe der SZ. Die Umsätze der Druckerei dagegen seien weiterhin durch den harten Wettbewerb und technische Überkapazitäten in diesem Markt gekennzeichnet.

Insgesamt könne jedoch mit einer Verbesserung des Jahresergebnisses gerechnet werden. Dazu beitragen sollen neben einem Umsatzplus in der Größenordnung von rund 10 Prozent vorsichtige Preiserhöhungen und weitere Maßnahmen zur Kostenbegrenzung. Ein wichtiger Schritt da-

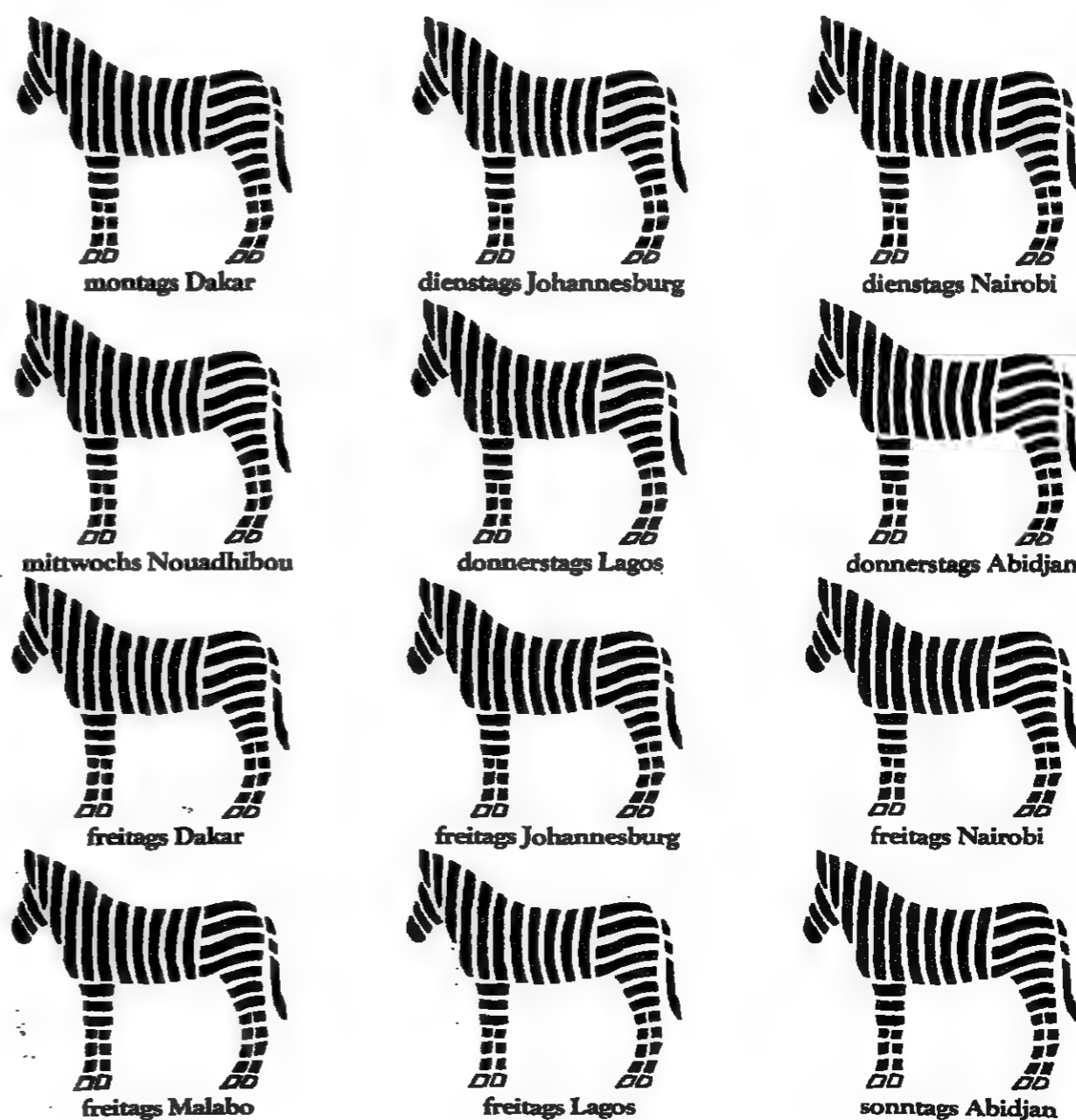
zu war auch die 1982 erfolgte Umstellung vom Blei- auf den Fotosatz. Die Vorbereitungen für den Bau einer neuen Druckerei, das Gebäude soll bis Ende 1984 fertiggestellt sein, sind abgeschlossen worden. Die Bauarbeiten inzwischen angelaufen. Um die Abhängigkeit vom Anzeigengeschäft zu reduzieren, bereitet sich der Verlag auch auf die Entwicklung und den Einsatz neuer Medien vor.

Im Geschäftsjahr 1982 hat sich auch der Süddeutsche Verlag nicht der gesamtwirtschaftlichen Situation entziehen können. Insbesondere im Anzeigengeschäft hat die Rezession voll durchgeschlagen; der starke Einbruch im Stellenmarkt konnte nicht durch andere Rubriken aufgefangen werden, heißt es. Der konsolidierte Außenumsatz der Firmengruppe erreichte dabei mit 384 (387) Mill. DM nicht ganz den Vorjahreswert. Um 6000 auf 337 900 täglich verkaufte Exemplare erhöhte sich die Auflage der SZ, was bei einer Anhebung des Vertriebspreises zu einer Steigerung des Vertriebsanteils an den Gesamtumsätzen führte. Unter den Vorjahreszahlen lagen die Fremderlöse der

Druckereien mit 49 (53) Mill. und die der Buchverlage mit 26 (34) Mill. DM. Mit 8,4 Mill. DM weist der Verlag einen gegenüber dem Vorjahr um 25,3 Prozent höheren Jahresüberschuss aus. Dazu beigetragen haben im wesentlichen der Anstieg der Beteiligungserträge auf 2,3 (1,5) Mill. DM und Aufhebungen von Rückstellungen in Höhe von 2,7 (0,7) Mill. DM sowie ein etwas geringerer Materialeinsatz. Der Personalaufwand stieg lediglich um 1,1 Prozent auf 152 Mill. DM, allerdings bei einem Abbau der Konzernbelegschaft um 5 Prozent auf 2643 Mitarbeiter. Investiert wurden vor allem für die neue Offsetdruckerei - 16,3 (18,3) Mill. DM bei Abschreibungen von 8,0 (10,0) Mill. DM.

Weil für zwei nicht näher genannte Konzernunternehmen Verluste übernommen werden mußten, reduzierte sich der Konzerngewinn auf 5,5 (9,8) Mill. DM. Außerdem wurden an die Anteilseigner (entgegen dem Vorjahr) 1,7 Mill. DM vorab ausgeschüttet (Stammkapital 39,1 Mill. DM). Über die weitere Gewinnverwendung werden keine Angaben gemacht.

## Iberia zeigt Ihnen Afrika jeden Tag von einer anderen Seite.



Es ist kein Zufall, daß wir so gute Verbindungen nach Afrika haben - schließlich liegt es direkt vor unserer Haustür! Eine Tatsache, die sich äußerst positiv auf unseren Flugplan auswirkt. So könnten wir Ihnen Afrika jeden Tag von einer anderen Seite zeigen - vorausgesetzt, Sie könnten!

Stattdessen begnügen wir uns gern damit, Sie schnell und bequem dorthin zu bringen, wo Sie gerade hinwollen. Und bieten Ihnen dabei oft mehrere Termine zur Auswahl. Nach Lagos z.B. fliegen wir jeden Donnerstag und jeden Freitag. (Mit der modernen DC 10). Das gilt übrigens nicht nur für Lagos - siehe oben!



## Freundlicher durch Sonderbewegungen

### Weiterhin lebhaftes Interesse für AEG-Telefunken

**DW.** - Der freundliche Wochenanlauf an der New Yorker Börse sowie Heftungen, die in den USA der Zins vorwiegt: nicht mehr möglich wird, sorgen an der Wochenanfangsline zum dem deutschen Aktienmarkt für eine unersichtliche Grundstimmung. Sie bevorzugen sich wie schon am Freitag in einigen Fällen be- wegen. Für eine deutliche Steigerung der

**Hausse reicht das Ordervolumen noch längst nicht aus. Die Käufer stützen sich auf positive Nachrichten aus dem Bereich einzelner Unternehmen, aber ebenso sehr auch auf allgemein hoffnungsvoller gewordene Prognosen über die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik.**

Überrascht hat vor allem der weitere Anstieg von AEG-Telefönum auf 5,50 DM auf 86,50 DM. Dabei stürzte nicht, daß AEG-Telefönum von der Olympia AG für 1982 einen sehr viel höheren Verlust zu übernehmen hat die bislang eingetragenen Verluste von 1981. In den letzten Tagen unter gelegenen hatten, erholten sich auf 5,00 DM. Auch für Schering hat sich nach einer Phase rückwärtiger Notierungen das Interesse belebt und den Kurs um 3,50 DM anheben lassen. Bei der Borsennotierung Anstieg der Bayern-Hyge um 7,00 DM und der Bayerischen Vereinsbank um 5 DM aus dem Reaktionsbereich.

Düsseldorf: Asag geben unter DM und Dwegung auf 5,00 DM. DAB verlor auf 5,00 DM.

DM auf 275 DM.  
waren um 12,5  
DM und um 2,5  
DM auf 340 DM.  
mit weiteren Umsät-  
Standardwerte  
kosten verbessern  
des Interesses  
ASB-Aktie, die  
7,30 DM schloß.  
Spezialarten ge-  
waren 1,50 DM  
das Gas verbes-  
DEN auf 410 DM.

den Verkehrs-  
spaus um 2 DM auf  
Speziellere waren  
1,90 DM, 0,20 DM  
auf 2,60 DM. Conti  
ab.

such behaupten. Triton legte 5  
DM ab. Fleisburger Schiffsbau bil-  
tete 2,50 DM ein.

Müncher: Audi NSU verminderte  
um 1 DM auf 270 DM. Kulmbacher  
Aldienbrau stiegen um 10 DM auf  
840 DM und Süd-Chemie um 9 DM  
auf 345 DM. Flachglas gaben um 9  
DM auf 276 DM nach. Bayer.  
Lloyd um 10 DM auf 120 DM.

Berlin: DUB-Schneidm.  
waren 1,50 DM. Schenker um 1  
DM auf 1,50 DM und Herlitz Vorzüge um  
1 DM verbesserten. Behnke lagen um  
0,50 DM und Orenstein um 0,20 DM  
geringfügig freundlicher. Rhein-  
metall büßten 5 DM ein, und Berli-  
n. Kindi rückten um 0,50 DM ab.

Schäßheim: Zuckersüßlich

[illegible]

296	51995	159	1015	15013	7913
297	559	159	1015	15013	7913
298	559	159	1015	15013	7913
299	559	159	1015	15013	7913
300	559	159	1015	15013	7913
301	559	159	1015	15013	7913
302	559	159	1015	15013	7913
303	559	159	1015	15013	7913
304	559	159	1015	15013	7913
305	559	159	1015	15013	7913
306	559	159	1015	15013	7913
307	559	159	1015	15013	7913
308	559	159	1015	15013	7913
309	559	159	1015	15013	7913
310	559	159	1015	15013	7913
311	559	159	1015	15013	7913
312	559	159	1015	15013	7913
313	559	159	1015	15013	7913
314	559	159	1015	15013	7913
315	559	159	1015	15013	7913
316	559	159	1015	15013	7913
317	559	159	1015	15013	7913
318	559	159	1015	15013	7913
319	559	159	1015	15013	7913
320	559	159	1015	15013	7913
321	559	159	1015	15013	7913
322	559	159	1015	15013	7913
323	559	159	1015	15013	7913
324	559	159	1015	15013	7913
325	559	159	1015	15013	7913
326	559	159	1015	15013	7913
327	559	159	1015	15013	7913
328	559	159	1015	15013	7913
329	559	159	1015	15013	7913
330	559	159	1015	15013	7913
331	559	159	1015	15013	7913
332	559	159	1015	15013	7913
333	559	159	1015	15013	7913
334	559	159	1015	15013	7913
335	559	159	1015	15013	7913
336	559	159	1015	15013	7913
337	559	159	1015	15013	7913
338	559	159	1015	15013	7913
339	559	159	1015	15013	7913
340	559	159	1015	15013	7913
341	559	159	1015	15013	7913
342	559	159	1015	15013	7913
343	559	159	1015	15013	7913
344	559	159	1015	15013	7913
345	559	159	1015	15013	7913
346	559	159	1015	15013	7913
347	559	159	1015	15013	7913
348	559	159	1015	15013	7913
349	559	159	1015	15013	7913
350	559	159	1015	15013	7913
351	559	159	1015	15013	7913
352	559	159	1015	15013	7913
353	559	159	1015	15013	7913
354	559	159	1015	15013	7913
355	559	159	1015	15013	7913
356	559	159	1015	15013	7913
357	559	159	1015	15013	7913
358	559	159	1015	15013	7913
359	559	159	1015	15013	7913
360	559	159	1015	15013	7913
361	559	159	1015	15013	7913
362	559	159	1015	15013	7913
363	559	159	1015	15013	7913
364	559	159	1015	15013	7913
365	559	159	1015	15013	7913
366	559	159	1015	15013	7913
367	559	159	1015	1	

[illegible]

75	83.57	88.58
76	83.57	89.58
77	74.08	79.09
78	20.18	20.14
79	59.71	59.71
80	76.23	76.23
81	34.57	34.57
82	140.73	140.73
83	73.45	73.45
84	53.81	53.72
85	50.46	50.46
86	164.50	164.50
87	73.55	73.55
88	73.55	73.55
89	72.30	72.29
90	72.30	72.34
91	79.03	79.01
92	-	71.24
93	73.56	73.59
94	-	54.08
95	80.38	80.39
96	84.40	84.48
97	33.98	33.87
98	31.26	31.04
99	65.82	65.69
100	72.70	71.89
101	69.25	69.21
102	12.81	12.81

19.9. 19.8. 19.7. 19.6. 19.5. 19.4. 19.3. 19.2. 19.1.									
A. Aachen Betel, 795 797 798 799 800 801 802 803 804 805									
H. Aachen, M. Voss, 1200 1201 1202 1203 1204 1205 1206 1207 1208 1209									
M. Aachen, 1210 1211 1212 1213 1214 1215 1216 1217 1218 1219									
M. Aachen, 1220 1221 1222 1223 1224 1225 1226 1227 1228 1229									
M. Aachen, 1230 1231 1232 1233 1234 1235 1236 1237 1238 1239									
M. Aachen, 1240 1241 1242 1243 1244 1245 1246 1247 1248 1249									
M. Aachen, 1250 1251 1252 1253 1254 1255 1256 1257 1258 1259									
M. Aachen, 1260 1261 1262 1263 1264 1265 1266 1267 1268 1269									
M. Aachen, 1270 1271 1272 1273 1274 1275 1276 1277 1278 1279									
M. Aachen, 1280 1281 1282 1283 1284 1285 1286 1287 1288 1289									
M. Aachen, 1290 1291 1292 1293 1294 1295 1296 1297 1298 1299									
M. Aachen, 1300 1301 1302 1303 1304 1305 1306 1307 1308 1309									
M. Aachen, 1310 1311 1312 1313 1314 1315 1316 1317 1318 1319									
M. Aachen, 1320 1321 1322 1323 1324 1325 1326 1327 1328 1329									
M. Aachen, 1330 1331 1332 1333 1334 1335 1336 1337 1338 1339									
M. Aachen, 1340 1341 1342 1343 1344 1345 1346 1347 1348 1349									
M. Aachen, 1350 1351 1352 1353 1354 1355 1356 1357 1358 1359									
M. Aachen, 1360 1361 1362 1363 1364 1365 1366 1367 1368 1369									
M. Aachen, 1370 1371 1372 1373 1374 1375 1376 1377 1378 1379									
M. Aachen, 1380 1381 1382 1383 1384 1385 1386 1387 1388 1389									
M. Aachen, 1390 1391 1392 1393 1394 1395 1396 1397 1398 1399									
M. Aachen, 1400 1401 1402 1403 1404 1405 1406 1407 1408 1409									
M. Aachen, 1410 1411 1412 1413 1414 1415 1416 1417 1418 1419									
M. Aachen, 1420 1421 1422 1423 1424 1425 1426 1427 1428 1429									
M. Aachen, 1430 1431 1432 1433 1434 1435 1436 1437 1438 1439									
M. Aachen, 1440 1441 1442 1443 1444 1445 1446 1447 1448 1449									
M. Aachen, 1450 1451 1452 1453 1454 1455 1456 1457 1458 1459									
M. Aachen, 1460 1461 1462 1463 1464 1465 1466 1467 1468 1469									
M. Aachen, 1470 1471 1472 1473 1474 1475 1476 1477 1478 1479									
M. Aachen, 1480 1481 1482 1483 1484 1485 1486 1487 1488 1489									
M. Aachen, 1490 1491 1492 1493 1494 1495 1496 1497 1498 1499									
M. Aachen, 1500 1501 1502 1503 1504 1505 1506 1507 1508 1509									
M. Aachen, 1510 1511 1512 1513 1514 1515 1516 1517 1518 1519									
M. Aachen, 1520 1521 1522 1523 1524 1525 1526 1527 1528 1529									
M. Aachen, 1530 1531 1532 1533 1534 1535 1536 1537 1538 1539									
M. Aachen, 1540 1541 1542 1543 1544 1545 1546 1547 1548 1549									
M. Aachen, 1550 1551 1552 1553 1554 1555 1556 1557 1558 1559									
M. Aachen, 1560 1561 1562 1563 1564 1565 1566 1567 1568 1569									
M. Aachen, 1570 1571 1572 1573 1574 1575 1576 1577 1578 1579									
M. Aachen, 1580 1581 1582 1583 1584 1585 1586 1587 1588 1589									
M. Aachen, 1590 1591 1592 1593 1594 1595 1596 1597 1598 1599									
M. Aachen, 1600 1601 1602 1603 1604 1605 1606 1607 1608 1609									
M. Aachen, 1610 1611 1612 1613 1614 1615 1616 1617 1618 1619									
M. Aachen, 1620 1621 1622 1623 1624 1625 1626 1627 1628 1629									
M. Aachen, 1630 1631 1632 1633 1634 1635 1636 1637 1638 1639									
M. Aachen, 1640 1641 1642 1643 1644 1645 1646 1647 1648 1649									
M. Aachen, 1650 1651 1652 1653 1654 1655 1656 1657 1658 1659									
M. Aachen, 1660 1661 1662 1663 1664 1665 1666 1667 1668 1669									
M. Aachen, 1670 1671 1672 1673 1674 1675 1676 1677 1678 1679									
M. Aachen, 1680 1681 1682 1683 1684 1685 1686 1687 1688 1689									
M. Aachen, 1690 1691 1692 1693 1694 1695 1696 1697 1698 1699									
M. Aachen, 1700 1701 1702 1703 1704 1705 1706 1707 1708 1709									
M. Aachen, 1710 1711 1712 1713 1714 1715 1716 1717 1718 1719									
M. Aachen, 1720 1721 1722 1723 1724 1725 1726 1727 1728 1729									
M. Aachen, 1730 1731 1732 1733 1734 1735 1736 1737 1738 1739									
M. Aachen, 1740 1741 1742 1743 1744 1745 1746 1747 1748 1749									
M. Aachen, 1750 1751 1752 1753 1754 1755 1756 1757 1758 1759									
M. Aachen, 1760 1761 1762 1763 1764 1765 1766 1767 1768 1769									
M. Aachen, 1770 1771 1772 1773 1774 1775 1776 1777 1778 1779									
M. Aachen, 1780 1781 1782 1783 1784 1785 1786 1787 1788 1789									
M. Aachen, 1790 1791 1792 1793 1794 1795 1796 1797 1798 1799									
M. Aachen, 1800 1801 1802 1803 1804 1805 1806 1807 1808 1809									
M. Aachen, 1810 1811 1812 1813 1814 1815 1816 1817 1818 1819									
M. Aachen, 1820 1821 1822 1823 1824 1825 1826 1827 1828 1829									
M. Aachen, 1830 1831 1832 1833 1834 1835 1836 1837 1838 1839									
M. Aachen, 1840 1841 1842 1843 1844 1845 1846 1847 1848 1849									
M. Aachen, 1850 1851 1852 1853 1854 1855 1856 1857 1858 1859									
M. Aachen, 1860 1861 1862 1863 1864 1865 1866 1867 1868 1869									
M. Aachen, 1870 1871 1872 1873 1874 1875 1876 1877 1878 1879									
M. Aachen, 1880 1881 1882 1883 1884 1885 1886 1887 1888 1889									
M. Aachen, 1890 1891 1892 1893 1894 1895 1896 1897 1898 1899									
M. Aachen, 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907 1908 1909									
M. Aachen, 1910 1911 1912 1913 1914 1915 1916 1917 1918 1919									
M. Aachen, 1920 1921 1922 1923 1924 1925 1926 1927 1928 1929									
M. Aachen, 1930 1931 1932 1933 1934 1935 1936 1937 1938 1939									
M. Aachen, 1940 1941 1942 1943 1944 1945 1946 1947 1948 1949									
M. Aachen, 1950 1951 1952 1953 1954 1955 1956 1957 1958 1959									
M. Aachen, 1960 1961 1962 1963 1964 1965 1966 1967 1968 1969									
M. Aachen, 1970 1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978 1979									
M. Aachen, 1980 1981 1982 1983 1984 1985 1986 1987 1988 1989									
M. Aachen, 1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999									
M. Aachen, 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009									
M. Aachen, 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 2019									
M. Aachen, 2020 2021 2022 2023 2024 2025 2026 2027 2028 2029									
M. Aachen, 2030 2031 2032 2033 2034 2035 2036 2037 2038 2039									
M. Aachen, 2040 2041 2042 2043 2044 2045 2046 2047 2048 2049									
M. Aachen, 2050 2051 2052 2053 2054 2055 2056 2057 2058 2059									
M. Aachen, 2060 2061 2062 2063 2064 2065 2066 2067 2068 2069									
M. Aachen, 2070 2071 2072 2073 2074 2075 2076 2077 2078 2079									
M. Aachen, 2080 2081 2082 2083 2084 2085 2086 2087 2088 2089									
M. Aachen, 2090 2091 2092 2093 2094 2095 2096 2097 2098 2099									
M. Aachen, 2100 2101 2102 2103 2104 2105 2106 2107 2108 2109									
M. Aachen, 2110 2111 2112 2113 2114 2115 2116 2117 2118 2119									
M. Aachen, 2120 2121 2122 2123 2124 2125 2126 2127 2128 2129									
M. Aachen, 2130 2131 2132 2133 2134 2135 2136 2137 2138 2139									
M. Aachen, 2140 2141 2142 2143 2144 2145 2146 2147 2148 2149									
M. Aachen, 2150 2151 2152 2153 2154 2155 2156 2157 2158 2159									
M. Aachen, 2160 2161 2162 2163 2164 2165 2166 2167 2168 2169									
M. Aachen, 2170 2171 2172 2173 2174 2175 2176 2177 2178 2179									
M. Aachen, 2180 2181 2182 2183 2184 2185 2186 2187 2188 2189									
M. Aachen, 2190 2191 2192 2193 2194 2195 2196 2197 2198 2199									
M. Aachen, 2200 2201 2202 2203 2204 2205 2206 2207 2208 2209									
M. Aachen, 2210 2211 2212 2213 2214 2215 2216 2217 2218 2219									
M. Aachen, 2220 2221 2222 2223 2224 2225 2226 2227 2228 2229									
M. Aachen, 2230 2231 2232 2233 2234 2235 2236 2237 2238 2239									
M. Aachen, 2240 2241 2242 2243 2244 2245 2246 2247 2248 2249									
M. Aachen, 2250 2251 2252 2253 2254 2255 2256 2257 2258 2259									
M. Aachen, 2260 2261 2262 2263 2264 2265 2266 2267 2268 2269									
M. Aachen, 2270 2271 2272 2273 2274 2275 2276 2277 2278 2279									
M. Aachen, 2280 2281 2282 2283 2284 2285 2286 2287 2288 2289									
M. Aachen, 2290 2291 2292 2293 2294 2295 2296 2297 2298 2299									
M. Aachen, 2300 2301 2302 2303 2304 2305 2306 2307 2308 2309									
M. Aachen, 2310 2311 2312 2313 2314 2315 2316 2317 2318 2319									
M. Aachen, 2320 2321 2322 2323 2324 2325 2326 2327 2328 2329									
M. Aachen, 2330 2331 2332 2333 2334 2335 2336 2337 2338 2339									
M. Aachen, 2340 2341 2342 2343 2344 2345 2346 2347 2348 2349									
M. Aachen, 2350 2351 2352 2353 2354 2355 2356 2357 2358 2359									
M. Aachen, 2360 2361 2362 2363 2364 2365 2366 2367 2368 2369									
M. Aachen, 2370 2371 2372 2373 2374 2375 2376 2377 2378 2379									
M. Aachen, 2380 2381 2382 2383 2384 2385 2386 2387 2388 2389									
M. Aachen, 2390 2391 2392 2393 2394 2395 2396 2397 2398 2399									
M. Aachen, 2400 2401 2402 2403 2404 2405 2406 2407 2408 2409									
M. Aachen, 2410 2411 2412 2413 2414 2415 2416 2417 2418 2419									
M. Aachen, 2420 2421 2422 2423 2424 2425 2426 2427 2428 2429									
M. Aachen, 2430 2431 2432 2433 2434 2435 2436 2437 2438 2439									
M. Aachen, 2440 2441 2442 2443 2444 2445 2446 2447 2448 2449									
M. Aachen, 2450 2451 2452 2453 2454 2455 2456 2457 2458 2459									
M. Aachen, 2460 2461 2462 2463 2464 2465 2466 2467 2468 2469									
M. Aachen, 2470 2471 2472 2473 2474 2475 2476 2477 2478 2479									
M. Aachen, 2480 2481 2482 2483 2484 2485 2486 2487 2488 2489									
M. Aachen, 2490 2491 2492 2493 2494 2495 2496 2497 2498 2499									
M. Aachen, 2500 2501 2502 2503 2504 2505 2506 2507 2508 2509									
M. Aachen, 2510 2511 2512 2513 2514 2515 2516 2517 2518 2519									
M. Aachen, 2520 2521 2522 2523 2524 2525 2526 2527 2528 2529									
M. Aachen, 2530 2531 2532 2533 2534 2535 2536 2537 2538 2539									
M. Aachen, 2540 2541 2542 2543 2544 2545 2546 2547 2548 2549									
M. Aachen, 2550 2551 2552 2553 2554 2555 2556 2557 2558 2559									
M. Aachen, 2560 2561 2562 2563 2564 2565 2566 2567 2568 2569									
M. Aachen, 2570 2571 2572 2573 2574 2575 2576 2577 2578 2579									
M. Aachen, 2580 2581 2582 2583 2584 2585 2586 2587 2588 2589									
M. Aachen, 2590 2591 2592 2593 2594 2595 2596 2597 2598 2599									
M. Aachen, 2600 2601 2602 2603 2604 2605 2606 2607 2608 2609									
M. Aachen, 2610 2611 2612 2613 2614 2615 2616 2617 2618 2619									
M. Aachen, 2620 2621 2622 2623 2624 2625 2626 2627 2628 2629									
M. Aachen, 2630 2631 2632 2633 2634 2635 2636 2637 2638 2639									
M. Aachen, 2640 2641 2642 2643 2644 2645 2646 2647 2648 2649									
M. Aachen, 2650 2651 2652 2653 2654 2655 2656 2657 2658 2659									
M. Aachen, 2660 2661 2662 2663 2664 2665 2666 2667 2668 2669									
M. Aachen, 2670 2671 2672 2673 2674 2675 2676 2677 2678 2679									
M. Aachen, 2680 2681 2682 2683 2684 2685 2686 2687 2688 2689									
M. Aachen, 2690 2691 2692 2693 2694 2695 2696 2697 2698 2699									
M. Aachen, 2700 2701 2702 2703 2704 2705 2706 2707 2708 2709									
M. Aachen, 2710 2711 2712 2713 2714 2715 2716 2717 2718 2719									
M. Aachen, 2720 2721 2722 2723 2724 2725 2726 2727 2728 2729									
M. Aachen, 2730 2731 2732 2733 2734 2735 2736 2737 2738 2739									
M. Aachen, 2740 2741 2742 2743 2744 2745 2746 2747 2748 2749									
M. Aachen, 2750 2751 2752 2753 2754 2755 2756 2757 2758 2759									
M. Aachen, 2760 2761 2762 2763 2764 2765 2766 2767 2768 2769									
M. Aachen, 2770 2771 2772 2773 2774 2775 2776 2777 2778 2779									
M. Aachen, 2780 2781 2782 2783 2784 2785 2786 2787 2788 2789									
M. Aachen, 2790 2791 2792 2793 2794 2795 2796 2797 2798 2799									
M. Aachen, 2800 2801 2802 2803 2804 2805 2806 2807 2808 2809									
M. Aachen, 2810 2811 2812 2813 2814 2815 2816 2817 2818 2819									
M. Aachen, 2820 2821 2822 2823 2824 2825 2826 2827 2828 2829									
M. Aachen, 2830 2831 2832 2833 2834 2835 2836 2837 2838 2839									
M. Aachen, 2840 2841 2842 2843 2844 2845 2846 2847 2848 2849									
M. Aachen, 2850 2851 2852 2853 2854 2855 2856 2857 2858 2859									
M. Aachen, 2860 2861 2862 2863 2864 2865 2866 2867 2868 2869									
M. Aachen, 2870 2871 2872 2873 2874 2875 2876 2877 2878 2879									
M. Aachen, 2880 2881 2882 2883 2884 2885 2886 2887 2888 2889									
M. Aachen, 2890 2891 2892 2893 2894 2895 2896 2897 2898 2899									
M. Aachen, 2900 2901 2902 2903 2904 2905 2906 2907 2908 2909									
M. Aachen, 2910 2911 2912 2913 2914 2915 2916 2917 2918 2919									
M. Aachen, 2920 2921 2922 2923 2924 2925 2926 2927 2928 2929									
M. Aachen, 2930 2931 2932 2933 2934 2935 2936 2937 2938 2939									
M. Aachen, 2940 2941 2942 2943 2944 2945 2946 2947 2948 2949									
M. Aachen, 2950 2951 2952 2953 2954 2955 2956 2957 2958 2959									
M. Aachen, 2960 2961 2962 2963 2964 2965 2966 2967 2968 2969									
M. Aachen, 2970 2971 2972 2973 2974 2975 2976 2977 2978 2979									
M. Aachen, 2980 2981 2982 2983 2984 2985 2986 2987 2988 2989									
M. Aachen, 2990 2991 2992 2993 2994 2995 2996 2997 2998 2999									
M. Aachen, 3000 3001 3002 3003 3004 3005 3006 3007 3008 3009									
M. Aachen, 3010 3011 3012 3013 3014 3015 3016 3017 3018 3019									
M. Aachen, 3020 3021 3022 3023 3024 3025 3026 3027 3028 3029									
M. Aachen, 3030 3031 3032 3033 3034 3035 3036 3037 3038 3039									
M. Aachen, 3040 3041 3042 3043 3044 3045 3046 3047 3048 3049									
M. Aachen, 3050 3051 3052 3053 3054 3055 3056 3057 3058 3059									
M. Aachen, 3060 3061 3062 3063 3064 3065 3066 3067 3068 3069									
M. Aachen, 3070 3071 3072 3073 3074 3075 3076 3077 3078 3079									

DM-Anleihen		17. 1. 81		18. 1. 81		19. 1. 81		20. 1. 81		21. 1. 81		22. 1. 81		23. 1. 81		24. 1. 81		25. 1. 81		26. 1. 81		27. 1. 81		28. 1. 81		29. 1. 81		30. 1. 81		31. 1. 81		32. 1. 81		33. 1. 81		34. 1. 81		35. 1. 81		36. 1. 81		37. 1. 81		38. 1. 81		39. 1. 81		40. 1. 81		41. 1. 81		42. 1. 81		43. 1. 81		44. 1. 81		45. 1. 81		46. 1. 81		47. 1. 81		48. 1. 81		49. 1. 81		50. 1. 81		51. 1. 81		52. 1. 81		53. 1. 81		54. 1. 81		55. 1. 81		56. 1. 81		57. 1. 81		58. 1. 81		59. 1. 81		60. 1. 81		61. 1. 81		62. 1. 81		63. 1. 81		64. 1. 81		65. 1. 81		66. 1. 81		67. 1. 81		68. 1. 81		69. 1. 81		70. 1. 81		71. 1. 81		72. 1. 81		73. 1. 81		74. 1. 81		75. 1. 81		76. 1. 81		77. 1. 81		78. 1. 81		79. 1. 81		80. 1. 81		81. 1. 81		82. 1. 81		83. 1. 81		84. 1. 81		85. 1. 81		86. 1. 81		87. 1. 81		88. 1. 81		89. 1. 81		90. 1. 81		91. 1. 81		92. 1. 81		93. 1. 81		94. 1. 81		95. 1. 81		96. 1. 81		97. 1. 81		98. 1. 81		99. 1. 81		100. 1. 81		101. 1. 81		102. 1. 81		103. 1. 81		104. 1. 81		105. 1. 81		106. 1. 81		107. 1. 81		108. 1. 81		109. 1. 81		110. 1. 81		111. 1. 81		112. 1. 81		113. 1. 81		114. 1. 81		115. 1. 81		116. 1. 81		117. 1. 81		118. 1. 81		119. 1. 81		120. 1. 81		121. 1. 81		122. 1. 81		123. 1. 81		124. 1. 81		125. 1. 81		126. 1. 81		127. 1. 81		128. 1. 81		129. 1. 81		130. 1. 81		131. 1. 81		132. 1. 81		133. 1. 81		134. 1. 81		135. 1. 81		136. 1. 81		137. 1. 81		138. 1. 81		139. 1. 81		140. 1. 81		141. 1. 81
-------------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	-----------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------	--	------------

Ausland		New York		16. 9.		15. 9.		14. 9.		13. 9.		12. 9.		11. 9.		10. 9.		9. 9.		8. 9.		7. 9.		6. 9.		5. 9.		4. 9.		3. 9.		2. 9.		1. 9.		31. 8.		30. 8.		29. 8.		28. 8.		27. 8.		26. 8.		25. 8.		24. 8.		23. 8.		22. 8.		21. 8.		20. 8.		19. 8.		18. 8.		17. 8.		16. 8.		15. 8.		14. 8.		13. 8.		12. 8.		11. 8.		10. 8.		9. 8.		8. 8.		7. 8.		6. 8.		5. 8.		4. 8.		3. 8.		2. 8.		1. 8.		31. 7.		30. 7.		29. 7.		28. 7.		27. 7.		26. 7.		25. 7.		24. 7.		23. 7.		22. 7.		21. 7.		20. 7.		19. 7.		18. 7.		17. 7.		16. 7.		15. 7.		14. 7.		13. 7.		12. 7.		11. 7.		10. 7.		9. 7.		8. 7.		7. 7.		6. 7.		5. 7.		4. 7.		3. 7.		2. 7.		1. 7.		31. 6.		30. 6.		29. 6.		28. 6.		27. 6.		26. 6.		25. 6.		24. 6.		23. 6.		22. 6.		21. 6.		20. 6.		19. 6.		18. 6.		17. 6.		16. 6.		15. 6.		14. 6.		13. 6.		12. 6.		11. 6.		10. 6.		9. 6.		8. 6.		7. 6.		6. 6.		5. 6.		4. 6.		3. 6.		2. 6.		1. 6.		31. 5.		30. 5.		29. 5.		28. 5.		27. 5.		26. 5.		25. 5.		24. 5.		23. 5.		22. 5.		21. 5.		20. 5.		19. 5.		18. 5.		17. 5.		16. 5.		15. 5.		14. 5.		13. 5.		12. 5.		11. 5.		10. 5.		9. 5.		8. 5.		7. 5.		6. 5.		5. 5.		4. 5.		3. 5.		2. 5.		1. 5.		31. 4.		30. 4.		29. 4.		28. 4.		27. 4.	
---------	--	----------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--	--------	--

Optionsanhang:				Devisen und Sorten				Levanten			
Franksicht 19. 9. 360 Optionen, 20 000 Aktien				In Frankfurt wurden am 18. September folgende				Die neuesten Zahlen der US-Geldmenge			
38 750, davon 151 Verkaufsoptionen, 70 700 Aktien				Goldmarkenwerte genannt (in DM):				gestiegen im Rahmen der Erwartungen,			
Kaufoptionen: AEG 1/85/30, 1/70/14, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				bewegten sich im Rahmen der Erwartungen,			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				die Marktwertung des Geldmarkts wurde			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				so war es nicht verwunderlich, dass die			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				Dollarkurse am 18. 9. etwas niedriger als am Freitag			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				lagen. Die Geldmarktschätze lag am Freitag			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				2,88 % und 2,92 % gegenüber 2,88 % am Freitag			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				te man bei 2,85 %, ohne dass der Rückgang der			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				Dollarkursen um 1/2 Prozentpunkt und die			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				relativ niedrige Notierung wurde der Fed Funds			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				Rate von 2,88 % auf 2,85 % gesunken.			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				Die amtliche Notierung wurde mit 2,85 %			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				eine Beteiligung der Bundesbank festgestellt.			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				Aber die meisten anderen amtlich notierten Währun-			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				gen waren zwischen 2,85 % und 2,92 %			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				ausgesagt beim Kauder, der mit 6,9 Prozentpunkte			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				den schon einmal notierten historischen Tiefst-			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				punkten von 2,15 % auf 2,08 % in Amsterdam			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				und 2,15 % in London, 2,15 % in New York			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				Zwischenwandel in Prozent für die jeweilige			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				Währung: 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1				Geldmarktschätze genannt (in DM):				1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1			
1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/10/1, 1/1											

	119.9.	115.9.
F & Chem. Hds 71	100.25	100T
7% Cont. Gurn. 71	99.5T	99.5T

[illegible]

nn-Preis Penang	New Yorker Preise	16. 9.	15. 9.
	Sold H & H Antikuf ....	405,50	405,20

2-Zoll	15. 9.	15. 9.	Silber H & H Anlauf .....	1180,-	1180,-
Werk prompt	20,70	20,83	Platin fr. Händler .....	425,-431,-	425,-431,-
(g/kg) .....			Produkt. Preis .....	475,-	475,-
			Platinium		
			fr. Händler .....	147,-149,-	147,-149,-
			Produkt. Preis .....	130,-	130,-
			Silber (eFinanz)		
			fr. Händler .....	1180,-	1180,-

[illegible]

## Zentrum

**Bitte fordern Sie den Informationsprospekt an.**

Name \_\_\_\_\_


Anschrift \_\_\_\_\_

**EN** am  
Taunus

Firma Telefon  
kur- und Kongreß Park GmbH  
Königssteiner Str. 88 6232 Bad Soden a. Ts.  
☎ (0 61 96) 2000 - Telex 4 10 588 kkp

en?  
im DHH.

pekt an:  
verband  
0 12 24.



## „Heute“ contra „Tagesschau“ – Einschaltzahlen bei Nachrichtensendungen

## Hat nur das schöne Wetter schuld?

Im Sommer 1983 sind die Einschaltzahlen der bundesdeutschen Fernsehprogramme in den Keller gesunken. Dies ergab die Auswertung der Durchschnittseinschaltzahlen der Sendungen von ARD und ZDF in den Monaten Juli und August, die das „Medien-Telegramm“ in seiner jüngsten Ausgabe veröffentlichte. Berücksichtigt wurden dabei alle von der „Teleskopie“ ermittelten und in ihren Wochenübersichten ausgedruckten Sendungen. Beide Fernsehanstalten schnitten dabei gleichermäßen schlecht ab.

So erzielten die ARD-Sendungen der Monate Juli und August eine durchschnittliche Einschaltquote von 11,22 Prozent, die Sendungen des ZDF kamen auf eine Nutzung von 11,56 Prozent. Die schlechtesten Tagesergebnisse in diesem Zeitraum waren einstellig: So kamen die Sendungen der ARD vom 17. Juli auf eine durchschnittliche Nutzung von fünf Prozent. Beim ZDF brachten die Sendungen am 3. Juli eine Durchschnittseinschaltquote von sechs Prozent.

Zwei Gründe werden für den katastrophalen Absturz der Einschaltzah-

len in den Monaten Juli und August verantwortlich gemacht: das außergewöhnlich warme Sommerwetter und die Unattraktivität der Programme. Kommentar von Wolfgang Rademann, Produzent so erfolgreicher Unterhaltungsprogramme wie „Traumschiff“: „Bei solchen Zahlen würde jedes kommerzielle Fernsehen seine Macher längst in die Wüste schicken.“

„Heute“ und „Heute-Journal“, die beiden Haupt-Nachrichtensendungen des ZDF, kommen beim Publikum besser an als die Konkurrenzprogramme der ARD „Tagesschau“ und „Tagesthemens“. Dies bestätigte erneut eine Auswertung der durchschnittlichen Einschaltquoten für die Nachrichtensendungen beider Kanäle in den Monaten Juli und August.

Die beiden Haupt-Nachrichtensendungen des ZDF erzielten dabei einen Vorsprung von knapp zwei Prozent vor den beiden Haupt-Nachrichtensendungen der ARD. Die beiden ZDF-Programme wurden von 18,56 Prozent der Fernsehzuschauer genutzt, die beiden ARD-Programme dagegen nur von 14,78 Prozent. Als Einzelsendung führt die 20-

Uhr-Ausgabe der „Tagesschau“ mit einer durchschnittlichen Einschaltquote von 17,89 Prozent klar vor der 19-Uhr-Ausgabe von „Heute“, die 15,78 Prozent erzielen konnte. Das deutliche Minus der ARD gegenüber dem ZDF resultiert aus der Unterlegenheit der „Tagesthemens“ gegenüber dem „Heute-Journal“. Während 16,89 Prozent aller Fernsehgeräte eingeschaltet sind, wenn das ZDF sein „Heute-Journal“ ausstrahlt, das damit zum Flaggschiff der ZDF-Informationssendungen wurde, beträgt die durchschnittliche Nutzung der „Tagesthemens“ nur 11,11 Prozent. Das ZDF fährt also mit der zweiten Haupt-Nachrichtensendung des Tages einen Vorsprung von mehr als fünf Prozent vor der ARD ein.

Beobachter machen für die spektakuläre Zuschauer-Abstinenz bei den „Tagesthemens“ deren Linkslastigkeit verantwortlich. Während sich das „Heute-Journal“ durch eine objektive Nachrichtengebung und Kommentierung auszeichnet, sei die politische Einseitigkeit in der Kommentierung der „Tagesthemens“ kaum zu übersehen, heißt es.

## KRITIK

## Emanzipation, einmal ironisch

Musicals haben bei uns zunehmend häufiger gemischte Gefühle hervorgerufen: Oft entpuppen sie sich als schlechte Cover-Versionen oder als Plagiate ihrer angloamerikanischen Vorbilder. Ich steige aus und mache eine eigene Show (ZDF) bildete eine rühmliche Ausnahme: Das Musical der Amerikanerin Nancy Ford erlebte in der Inszenierung der Städtischen Schauspielbühnen Berlin am Hebbeltheater ein wirklich grandioses Feuerwerk an Charme, Tempo, Witz und Verstand.

Allein Nicole Heesters in ihrer stilsicheren, gleichwohl burschikosen Mimik hatte glänzendes Format. Mit der Rolle des Broadway-Stars Heather Jones, die den Bühnenklischees entfliehen will und deshalb mit ihren Kolleginnen ihrem Manager ein neues Konzept vorführt, schien die Heesters sich inhaltlich voll zu identifizieren. Da wurde viel über die Emanzipation der Frau gesprochen, aber

derart feinsinnig und mit einer gelegentlich lasziven Ironie, die fern von abgedroschenen Phrasen so manches Stückchen Wahrheit an den Tag brachte.

THOMAS OLIVIER

## Süße Rache zum Abschied

Als man hörte, daß der 150. „Tatort“ in Wien gedreht wurde und ein Film „von und mit Fritz Eckhardt“ sei, fürchtete man das Schlimmste. Schon bei seinem letzten Auftritt als Oberinspektor Marek hatte Eckhardt geglaubt, auf die Mitarbeit erfahrener Drehbuchschreiber verzichten zu können. Das Ergebnis war wie bei der zweiten Kottan-Serie: Man rutschte unversehens vom Schmalz in den Schmarren ab.

Das Drehbuch von „Mord in der U-Bahn“ (ARD) ist leider kaum besser. Es wimmelt von Unwahrscheinlichkeiten und verleiht sich in einen fahigen Schluß ohne Pointe. Was aber schlimmer ist: Es ist geschmacklos. Eckhardt, der seinen

Abschied als Kommissar-Darsteller nehmen soll, schrieb sich eine Rache-Rolle auf den immer umfangreicher werdenden Leib: die eines Marek im Ruhestand, der natürlich viel besser ist als sein unfähiger und korrupter Nachfolger.

Aber im Grunde war in den Marek-Streifen das Drehbuch immer nur ein Vorwand, um zum Entzücken eines treuen Stammpublikums das Personal einer Wiener „menschlichen Komödie“ mit stets gleichbleibenden Rollen vorzuführen. Hier tritt es nun wieder auf: vom bostigen Bezirksinspektor mit dem verborgenen guten Herzen (großartig wie immer: Kurt Jagberg) bis zu der Hure mit ebenfalls gutem, aber keineswegs verborgenen Herzen.

Hier wird die richtige Schwere zwischen Ernst und Heiterkeit gewahrt. Der Mensch erscheint in seiner ganzen erbärmlichen Komik und verflucht doch nie zur bloßen Karikatur. Das hatte den hinterhältigen Wiener Charme einer todesebenen Spätkultur, in der Bosartigkeit und Güte seltsam durcheinander gehen.

ANTON MADLER



## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemens  
10.25 In Colorado ist der Teufel los  
Amerikanischer Spielfilm (1958)  
11.45 Unschau

12.10 Gesundheitsmagazin Praxis  
12.35 Presseschau  
13.00 Tagesschau  
13.15 Videotext für alle

14.10 Tagesschau  
14.15 Auto 75

Übertragungen von der 50. internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt

17.00 Kapitän Korda (1)  
Spielfilm von Josef Pinkav  
Seppi wohnt jetzt bei Kapitän Korda. Der hat den Jungen aus dem Weissenhof mitgenommen. Auf dem Bohnhof, wo Korda arbeitet, geht es auch. Aber nicht nur, denn es gibt eine Nachbarin, die niemand etwas recht machen kann, und in der Schule will keiner glauben, daß Seppi und Milada Erdel gefunden haben.

17.50 Tagesschau

(Anschl.: Regionalprogramme)

20.00 Tagesschau

20.15 Im Krog zum Gröns Knase

21.00 Report

Moderator: Günter von Lejewski

21.45 Dittus

22.30 Tagesschau

23.00 Heut'abend

Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger

Zu Gast: Peter Fonda

23.45 Tagesschau

15.57 ZDF – Ihr Programm

16.00 heute

Für die ältere Generation

(Anschl.: heute-Schlagzeilen)

16.30 Stundpiloten

Der alte Fischer

Hetty Hawkins will erreichen, daß Nick das Boot ihres Bruders Tom, der einer der letzten alten Angelfischer ist, verkauft oder verbrennt.

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Miniarte

17.30 Krimisender Heftendick

Dreiteiliger Fernsehfilm von Curt Jonass

Regie: Georg Trese

(Anschl.: heute-Schlagzeilen)

18.30 Mein Name ist Hase

19.30 Mein Name ist Hase

21.00 heute-Journal

21.30 Die Hase will nach oben

Die IG Metall und Franz Steinböcker

22.05 heute

Die gnadenlose Straße – über das Dilemma unseres Verkehrs

(Anschl.: heute)

## III.

WEST

18.00 Tagesschau

19.00 Aktuelle Stunde

20.00 Tagesschau

20.15 Rivalde – Gaucho und Indianer

21.00 Report

Wie entsteht eine Opernproduktion?

Ein Film von H. J. Harbord

22.15 Thema des Monats

(Anschl.: Letzte Nachrichten)

NORD

18.00 Eine Prinzessin auf dem

Unschau

Das Versorgungsschiff der Mochi-

gunge

19.15 Fair doch selbst mal in (1)

19.30 Landwirtschaft aktuell

20.00 Tagesschau

20.15 Ich-Schreibst du

Mitglieder reden ... (1)

21.00 Bänderwiese

Von Hans-J. Bömer

21.45 Streit im Studio II

23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Tagesschau

18.30 Mord

Der Abschied

21.00 Die Fernsehwoche

21.45 Z. E. K.

22.00 Tagesschau

22.35 Im Gespräch

23.15 Tagesschau

20.15 Dialektstudie

Amerikanischer Spielfilm

21.40 Drei aktuelle

21.55 Keine Arbeit – kein Frieden

22.40 Deutsche Stadt in der Wüste

SÜDWEST

18.00 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

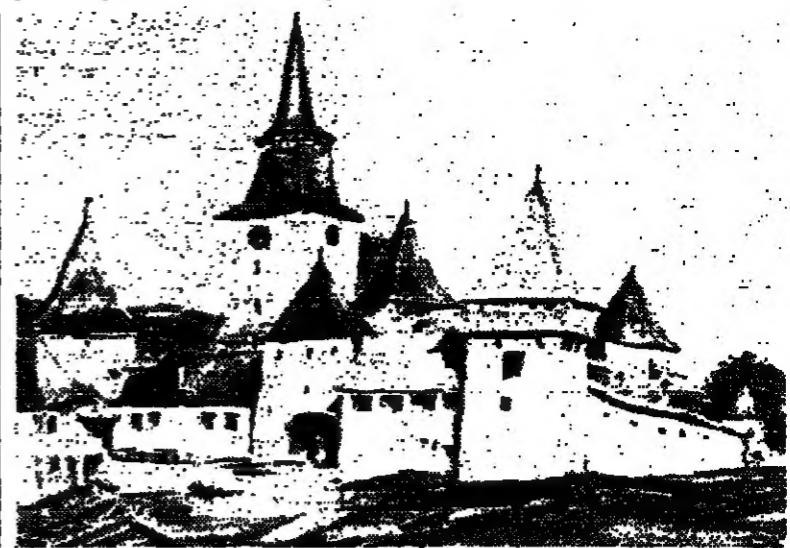
18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau

18.30 Tagesschau



Die Kirchenburg in Arkenes aus dem 14. Jahrhundert, Aquarell von Juliana Fabritius-Dancu, aus der Düsseldorfer Ausstellung FOTO: DIE WELT

Düsseldorf erinnert an Siebenbürger Traditionen

## Eine feste Kirchenburg

Zum Schutz gegen die Mongolen zählte sie im 12. Jahrhundert der ungarische König Geisa II. aus ihrer Heimat zwischen der Mosel, dem Niederrhein und Flandern nach Siebenbürgen. Im 15. Jahrhundert wurden sie den Türken tributpflichtig. 1547 traten sie unter Johannes von Theres geschlossen zum Luthertum über. Seither bilden sie unter Katholiken und Orthodoxen eine protestantische Enklave.

Rund 350 000 Deutsche leben heute noch in Rumänien, die Mehrheit Siebenbürger Sachsen, die übrigen – noch immer etwas despektierlich als Zugereiste empfunden – sind Banater Schwaben, die „erst“ vor 300 Jahren nach Rumänien kamen.

Seit dem 15. Jahrhundert weitgehend auf sich gestellt, von der Entwicklung in Deutschland abgeschnitten, bewahrten die Siebenbürger im Brauchtum mittelalterliche Traditionen oder bildeten neue, eigene aus. So sind ihre Kirchenburgen aus dem 12. bis 15. Jahrhundert eine in Europa einzigartige Bauform. Davon berichten zwei Ausstellungen in Düsseldorf: „Kirchenburgen in Siebenbürgen“ (im Museum für Volk und Wirtschaft) und „Siebenbürgisch-sächsische Trachten“ (im Haus des Ostens).

Gezeigt werden Zeichnungen von Juliana Fabritius-Dancu, die 1930 in Hermannstadt geboren wurde und dort sowie in Bukarest jahrelang als Museumszeichnerin tätig war. Inzwischen hat sie sich zur Lebensaufgabe gemacht, im Bild zu bewahren, was im Alltag mehr und mehr ver-

ren geht. So hält sie mit aller Akkurate auf ihren Aquarellen die typischen Ausprägungen der Kleidung mit ihren lokalen Abstufungen, genauso wie die Eigenheiten der Bauwerke fest. Denn die Kirchenarchitektur ist in jedem Ort anders. Die einfachsten Gotteshäuser sind gedrungene romanische Feldsteinkirchen ohne Turm. Später werden Mauern um die Kirchen gebaut. Über dem Chor wird ein Wehrturm errichtet, oder ein ganzes Wehrgeschloß über dem Kirchenschiff angelegt. Die Kirchen bleiben meist sehr schmucklos; um so reiner entfaltet sich – aus der Bedrängnis entstanden – das Zusammenspiel plastischer Grundformen. Die düstere Schönheit dieser Architektur kommt auf den Aquarellen eindringlich zur Geltung.

Düster sieht Juliana Fabritius auch die Zukunft ihres Volkes. Sie spricht von „der ungeheuren Tragik eines zerrissenen Volkes“, „10 000 verlassenen jährling das Land, um im Westen ein bequemes Leben zu führen“, sagt sie. „Zwar werden wir in Rumänien nicht benachteiligt, für zehn deutsche Schüler in einem Dorf gibt es einen Lehrer, wir haben sogar eine deutsche Universität in Hermannstadt, aber es gibt immer weniger Schüler, so werden die Schulen geschlossen.“ So ist zu fürchten, meint Juliana Fabritius, daß die Kirchen, in die man noch heute in den prächtigen Trachten geht, bald nur noch Baudenkmäler sein werden. (Bis 28. Sept.)

SIMONE GUSKI

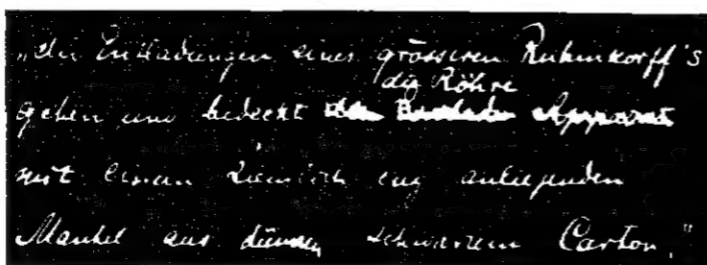
## Seit dieser Notiz war der Mensch durchschaut.

Sie stammt aus dem Jahre 1895, aufgeschrieben von Wilhelm Conrad Röntgen\*) und verkündet eine wissenschaftliche Sensation: die Entdeckung von Strahlen – von Röntgen selbst X-Strahlen genannt – welche die Eigenschaft haben, Körper mit unterschiedlicher Dichte ohne Brechung zu durchleuchten. Im Labor hatte der Physikprofessor dies zunächst an Papier, Hartgummi, Bleiblechen und an der Hand seiner Ehefrau Bertha getestet.

Dann wagte Röntgen die „Premiere“: vor einem staunenden Auditorium der Würzburger Universität durchstrahlte er am 23. Januar 1896 die Hand des Anatomen Albert von Kolliker. Ein Jahrhundertereignis der Physik wurde zur Sternstunde der Medizin. Die wissenschaftliche Welt bedankte sich im Jahre 1901 bei Wilhelm Conrad Röntgen mit der Verleihung des ersten Nobelpreises für Physik.

Auch heute – fast ein Jahrhundert nach der Entdeckung der Röntgenstrahlen – bleibt Forschung Wagnis, kaum vorausberechenbar. Heute mehr denn je bedarf es privater Forschungsinitiativen, damit der Mut zum Risiko auch in der Wissenschaft erhalten bleibt.

\*) \* 27. 3. 1845 in Lennep; † 10. 2. 1923 in München.



Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband aus Spenden seiner Mitglieder und Förderer und aus den Etats der von ihm betreuten Stiftungen – unabhängig vom Staat – Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Auch die medizinische Forschung. Hier sind unsere Schwerpunkte die Krebsforschung – vor allem die Früherkennungsforschung – und die Erforschung der Multiplen Sklerose. Aber auch die Erforschung der körpereigenen Immunabwehr. Bereiche, von denen wir uns immer bessere Heilungschancen versprechen.

Alles, was wir tun, wo immer wir fördern, ob in den Natur- und Geistes-

wissenschaften oder bei der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, aber auch bei der Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, dient nur einem Ziel: mitzuhelfen, daß unser Land auch künftig zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun möchten. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Weltmärkten von morgen sichert.

**Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.**  
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft  
Brucker Holt 56-60 · 4300 Essen I · Telefon 0201/711051

IAA'83  
Die neuen Autos...  
Großer Sonderteil

9 Sept. 1983 5,- DM

**rallye racing**  
magazin für auto + sport

Piquet war der große Pechvogel

27 Sonderseiten

IAA'83

Mehr PS im Porsche 928 und Carrera

Der Golf-Nachfolger im Fahrtest

Die neuen von Alpina: B6 und B7

Audi Quattro Sport: Kurzer und schneller

Der 190er Mercedes mit 16 Ventilen

So gut ist der Mi-Motor im BMW 635i

Das IAA-Heft ist ab sofort bei Ihrem Zeitschriften-Händler und an vielen Tankstellen.

DM 5,-

## Nicht Schall und Rauch

Gün - Die „wilde“ Ehe ist trotz steuerlicher Nach- und mütterlicher Vorurteile für viele schon zu einem „Muß“ geworden, vor allem für junge Leute und Witwen mit Pensionsanspruch. (Nur die echten Freizeitheliker schon wieder.)

Ein ganz wichtiges Problem war die dabei allerdings bis jetzt nicht gelöst: Wie stellt man sich den „also „Ihm“ vor? Wie redet man in Gesellschaft und vor Dritten von und über ihn? Nur der Vorname kann zu persönlich sein, nur der Nachname zu unpersönlich, und von „Ihm“ als „Er“ zu sprechen wäre erstens Blasphemie und zweitens zu vage.

Die Presse präsentiert den Unausgesprochenen gern als „Lebensgefährten“. Aber abgesehen davon, daß die phonetische Nähe zu „Lebensgefährte“ leicht irritiert, sind fünf Silben für etwas, das man oft und gerne benutzen möchte, vielen zu viel. Die Avantgardisten haben es darum gewagt, von ihrem „Mann“ zu reden, aber das löst nicht nur bei den konservativen Gesprächspartnern die Vorstellung aus, man teile sowohl Tisch und Bett als auch den Namen miteinander. Die zwangsläufig nötigen Erklärungen sind lästig und hinterlas-

sen bei den weniger Mütigen das unangenehme Gefühl, hochgesteuert zu haben.

Ein verzweifelter Ausweichen auf „Partner“ deconviert schon im Wort den geschäftlichen Charakter, der jeder Beziehung zugrunde liegt. Die Bezeichnung „Typ“ dagegen sagt häufig von der richtigen Generation, beschlagwortet, läßt auch nicht davor zurückschrecken, uns zu verabschieden und wir werden für diese Bezeichnung viel zu alt und zweitens ist nicht zur „Szene“ gehören.

Die Alternative „Freund“ ist auch nicht gerade rasend originell und stellt vor allem keine wirkliche Steigerung zu den harmlosen Flirts aus der Teenagerzeit dar. Das antiquariere „Kamerad“ klingt ein wenig zu platonisch, und der Begriff „Liebhaber“ läßt leicht den Eindruck entstehen, als könne man gar nicht mehr raus aus den Betten. Das Wort „Bekannte“ trifft die Sache auch nicht so recht (was manche Leute aber nicht davon abhält, die Mutter ihrer Kinder bei offiziellen Anlässen als ihre „derzeit nähere Bekannte“ vorzustellen). „Spezi“ wiederum hört sich nach importiertem Urlaubsfirt an und „Anhang“ nach lästigem Insekt.

Vermutlich gibt es nur eine Lösung für dieses Problem: sich zu trauen und seinen langjährigen „Untermieter“ zu ehelichen.

## Ein Universalgelehrter - Zum Tode F. Heers

### Über rotweiße Grenzen

Friedrich Heer, der jetzt im Alter von 87 Jahren nach langer Krankheit in Wien gestorben ist, war ein Universalgelehrter. Diese Bezeichnung stößt hierzulande leicht auf Mißtrauen und Widerspruch. Historiker darf man sein und gleichzeitig Schriftsteller, Dramaturg und Journalist und auch noch Wortführer des österreichischen Linkskatholizismus. Aber Universalgelehrter im Zeitalter des Spezialstudiums, der Fachidioten für alles und jedes?

Der gebürtige Wiener, Großneffe des einst berühmten Schweizer Schriftstellers Jakob Christoph Heer, hat es sich und seiner Umgebung nie leicht gemacht. Ob als Redakteur der anspruchsvollen kulturpolitischen Zeitschrift „Die Furchen“, ob als außerordentlicher Professor für Geschichte des Abendlandes an der Universität Wien, ob als Chefredakteur am Wiener „Burgenland“, wo er schließlich das neue geschäftliche Sekretariat für kulturelle Angelegenheiten

ten und internationale Kontakte übernahm - immer schuf er sich einen kurzen Zeit ebenso bittere Gegner wie begeisterte Anhänger.

Heer war gleichzeitig bewusster Österreicher (weshalb man ihn jenseits der rotweißen Grenzgebiete auch gerne kursorisch als „Austriak“ klassifizierte) und leidenschaftlicher Europäer, engagierter Christ und bewährter Historiker. Sein Denken kreiste immer um die gleichen Themen: Christentum, Europa, Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation.

Diese Beschäftigung hatte eine kaum noch überschaubare Zahl von Büchern zur Folge, Romane, die oft nur Vehikel für seine Gedanken und Ideen waren, Auseinandersetzungen mit der europäischen Geistesgeschichte und ihren vielfältigen Verzweigungen, polemische Einwände zur Zeitgeschichte. Heers Produktivität provozierte den Anwurf der Gegenseite, „Der Rapidograph aus Wien“.

Ein anderer Vorwurf trifft ebenfalls den Träger des Österreichischen Staatspreises über seine Bücher, besonders zur deutschen Geschichte und zur europäischen Geistesgeschichte, Quellen geradezu über von Querbezügen, von Alliterationen und - oft - beim Leser vorausgesetzten Kenntnissen von Personen und Zusammenhängen. Dementsprechend fand er wenig Anklang bei jener neuen Art von „Gebildeten“, welche ihre jeweilige Meinung und Bildung montags am Zeitungskiosk abholen.

Der Mann, für den trotz 1806 und Königsgrätz das Reich weiterhin eine geistige Realität war, der nicht Europa nach modischer Art in nationale Schachteln einordnete, war für viele jüngere Menschen bei allem gelegentlichen Widerspruch Anreger, für manche Älteren mit seinem Festhalten an dem, was bleibt, Trost. Dafür sei Friedrich Heer gedankt.

HENK OBNESORGE

## Hamburg: Schostakowitschs Stummfilm-Musik

### Walzer für Pickelhauben

Für die satte Bourgeoisie gibt es Walzermusik, fürs hungerleidende Proletariat düsteres Celloschmelzen, den Soldaten sind Pauken und Bläserstücke gewidmet, doch wenn die Marschallaise angestimmt wird, geht es schief. Da mischt sich Atonale ein und - schlimmer noch - ein fröhlicher Cancan. Die Patrioten bekommen ihren Dolchstoß, das Proletariat erwacht aus hehren Visionen, die Pariser Kommune stirbt.

Das neue Babylon heißt ein alter sowjetischer Stummfilm, den das Hamburger kommunale Kino Metropol und das Philharmonische Staatsorchester für einen Vormittag zu neuem optischen und musikalischen Leben erweckten. Grigori Kozintzew und Leonid Trauberg haben das wichtige Opus über den Pariser März 1871 als letztes Produkt ihrer „Fabrik des exzentrischen Schauspielers“ 1929 gedreht. Der 23-jährige Dmitri Schostakowitsch schrieb ihnen die Musik.

Es ist eine anspruchsvolle dramatische Montage. Aber sie bleibt trotz drastischer Farbsetzung blass, wo sie die Bilder lediglich in Klang reproduziert. Eigene Kraft gewinnt sie erst in der Kontrastfaktur. Da sabotiert der Komponist die Bilder, wenn er den tapferen gegen Preußen ziehenden Soldaten Dissonanzen in den Marsch schmeißt, wenn er die Tanzmusik glanzvoller Feste ins Atonale bricht, wenn er immer mal wieder die Marschallaise verfremdet.

Kein Wunder, daß dem Gesamtwerk von offiziellen Kulturdeputierten ein förmlicher Formalismus vorgeworfen wurde. „Ungebrochen vorwärts zum Ende der Klassengesellschaft geht es

da nirgends. Des „Vive la Commune“ auf einer Mauer, mit dessen Bild der Film schließt, dokumentiert ein Scheitern. Und die Helden, die sich von unterdrückten Ladendamen zur Flamme der Barrikade mausert, hat zwar stets den Blick starr in ferne Weiten gerichtet, von wo dereinst der Sozialismus kommen mag. Aber an ihren angstvoll aufgesessenen Augen läßt sich ablesen, daß es nur dessen reale Variante sein kann.

Plakativer Optimismus ist auch unterintelligenter Dekadenz fasziniert. Mit Genuß porträtiert Trauberg und Kozintzew den Genuß. Großartige Bilder - häufig im Stakato-Schnitt - gelingen ihnen von den Symbolen bourgeoiser Verschwendungssucht, vom opulenten Kaufhaus „Neues Babylon“ (das dem Film ein wenig irreführend den Titel gab) und den dionysischen Festen. Ebenso dient ihnen die Welt des Proletariats zum Vorzeigen optischer Kunstfertigkeit. Gegenlichtaufnahmen enttücken die Arbeit der Wäscherinnen wie den Auszug der Arbeitergarden ins Artifizielle.

Bereits der Aufmarsch der Pickelhauben im Schattenriß zu Beginn legt die Richtung fest: Stilisierung, Dekor, visuelle Komposition. Wenn deren Formenreichtum nach zwei Dritteln des 110-Minuten-Films erschöpft ist, beginnt allerdings auch bei Schostakowitsch die Wiederholung. So Klang der Schußbeifall der einmaligen Vorstellung ein wenig milde. Dirigent Manfred Schandert hatte mehr verdient: Er stimmte das Pathos auf Kammermusikton herab und sorgte für perfekte Synchronität.

PETER DITTMAR

## Zuerst in Rolandseck, dann in Paris - Eine Ausstellung über „Die Römer an Mosel und Saar“

### Im Bahnhof drängen sich die Treverer

Die erste Kunde von dem gemeinsamen Vorhaben der vier Museen von Metz, Luxemburg, Saarbrücken und Trier weckte große und berechnete Erwartungen. Es ist das erste Mal, daß eine solche Zusammenarbeit der nachbarnlichen Institute zustande kam. Ein internationales Kulturabkommen der beteiligten Länder machte sie zur Pflichtübung. Mit der Ausstellung „Die Römer an Mosel und Saar“ soll der gemeinsamen gallo-römischen Vergangenheit der längst durch politische Grenzen zersplitterten Region gedenkt werden. Es handelt sich um den historischen Lebensraum der Mediomatriker (in Lothringen/Luxemburg hauptsächlich) und der Treverer.

Die Mediomatriker, darüber sind sich die Gelehrten einig, waren Kelten; bei den Treverern ist das keineswegs sicher. Cäsar hatte sie kurzzeitig zu Kelten erklärt, obwohl ihm ihre germanische Herkunft nicht unbekannt war. Es hat lange gedauert, bis ihm die Wissenschaft widersprach. Heute werden die Treverer zumeist jenen linksrheinischen Germanen zugeordnet, die sich von ihren Stammesbrüdern auf der anderen Rheinseite durch eine höhere Entwicklungsstufe unterschieden und die ihre Eigenart im engen Zusammenleben mit den Römern zu wahren wußten. Nach mehreren vergeblichen Aufstandsversuchen verschwand sie fast spurlos aus der Geschichte; nur ihren Namen ließen sie zurück in der Stadt Trier, der Augusta Treverorum, wie die Römer sie nannten.

Trier, zunächst römischer Stappentort, später Kaiserresidenz mit rund 80.000 Einwohnern, war nicht nur Verwaltung-, Verkehrs- und Handelszentrum der gallischen Provinz, sondern auch der weithin ausstrahlende Mittelpunkt der sogenannten gallo-römischen Kultur während der fünf Jahrhunderte von Augustus bis zur Auflösung des römischen Imperiums. Ein Historiker bezeichnete mit einer nicht besonders glücklichen Metapher das Moseltal als „das Paradies der römischen Kolonisation“. Es dürfen sich also berechnete Erwartungen an diese Ausstellung knüpfen. Allein, zur Vorbereitung dieses „Paradieses“ ist der Bahnhof Rolandseck gewiss nicht der geeignetste Ort. Seine Wahl erfolgte offenbar aus politischen Prestige- und Repräsentationsgründen: Er liegt unmittelbar vor den Toren Bonn, aber noch auf rheinland-pfälzischem Boden.

Das ist aber auch alles, was ihn auszeichnet. Es fehlen die räumlichen und statischen Voraussetzungen für eine derartige Ausstellung; museale Bedingungen sind kaum gegeben. Daraus erklärt sich die spärliche Zurückhaltung der Museen, die natürlich zeigen, ihre kostbarsten Originale hier auszustellen. Dennoch sind die Räume und Vitrinen vollständig und vollgestopft mit nahezu tausend Objekten, von denen viele, wie es heißt, „der Öffentlichkeit bisher noch nicht zugänglich waren“. Das kann man auch anders erklären: Die Museen haben ihre Schausammlungen weitgehend geschenkt und auf die Magazine und Depots zurückgegriffen. Mosaik, Wand- und Deckengemälde, Steinreliefs, empfindliche und unersetzbare Werke der Glaskunst zum Beispiel sind ohnehin nur in Kopien und Reproduktionen vorzustellen.

Gleichwohl sind die ausgestellten Stücke durchweg bedeutend und sehenswert. Sie wären auch in andere repräsentative und didaktische Aufgaben zu erfüllen, wenn sie nur ihrer Bedeutung und Ansehnlichkeit entsprechend dargeboten würden. Heinz Cüppers, der Trierer Museumsdirektor, der die ganze Arbeit und Verantwortung für die Ausstellung auf sich genommen hat, ist sich ihrer



Bilder aus der römischen Stepper „Wagenfahrt“ von einem Trierer Grabfries aus dem dritten nachchristlichen Jahrhundert, aus der Ausstellung im Bahnhof Rolandseck

Problematisierung durchaus bewußt und meint, die Lösung wäre, doch noch erträglich. Damit darf man einverstanden sein. Im übrigen trübt er sich mit der Aussicht auf Paris; dort wird die Ausstellung anschließend im Musée du Luxembourg gezeigt. Dort hat sie Platz genug und wird in ihrem ganzen Reichtum zu genießen, in ihren Absichten zu durchschauen sein. Dort zeigt auch der Louvre seine Originalbronzen aus Delme (Luxemburg), von denen hier nur die Repliken zu sehen sind.

Von dem „erträglichen“ Dilemma der Präsentation abgesehen, erfüllt die Ausstellung natürlich auch in Rolandseck ihren Zweck, vor allem dank des ausführlich kommentierten und vorzüglich ausgestatteten Katalogs. So lernt der Besucher rasch zwischen der hochentwickelten, hellenistisch geprägten Hofkunst und der primitiven Volkskunst oder der ambitionierten Provinzialkunst, die sich vielfältig in Skulpturen, Grabmonumenten und Kleinplastiken, in zahlreichen Zeugnissen des Kunsthandwerks, in Mosaiken und Wandbildern präsentieren, zu unterscheiden.

Aber nicht um Kunst geht es hier in erster Linie. Kultur will vielmehr im lateinisch-wörtlichen Sinne als Kultivierung des Bodens und der Lebensverhältnisse verstanden werden. Die Ausstellung liefert dafür sinnfällige Beispiele. Dargestellt werden Ackerbau und Weinbau (und das Festhalten der Kelten am Bier), Wirtschaft, Handel und Verkehr, Schiffahrt, Handwerk (und seine Entwicklung zur fabrikmäßigen Manufaktur), die Wandlung primitiver Siedlungen zu Dörfern und Städten mit beachtlichem Luxus (Bäder, Schulen, Bibliotheken, Amphitheater, Sportanlagen). Es ist klar, daß diese Entwicklung im hauptstädtischen Trier anders verlief als auf dem Lande oder in den Provinzstädten.

Die einzelnen Museen liefern dafür die spezifischen Beispiele. Aber gemeinsam bezeugen alle diesbezüglichen Fundstücke die Toleranz jener Epoche in religiösen Dingen. Einzelne, römische und eingeführte Kulte und Götter existieren nebeneinander, gleichen sich einander an oder vermischen sich, bis zuletzt das Christentum eine Vorrangstellung gewinnt, in dem sich jedoch noch lange Zeit Spuren der „heidnischen“ Religionen erhalten. (Bis 28. Sept.; Paris: 6. bis 31. Okt.; Katalog: Verlag Ph. von Zabern, Mainz; 25 Mark, im Buchhandel: 35 Mark)

EO PLUNION

## Berlin: Neues von Rihm, Trojahn und Henze

### Feinschmecker der Töne

Drei musikalische Uraufführungen im Festwochen-Berlin. Darunter allerdings zwei von der Sorte, die man als Zweitverwertung ansprechen kann. Mit den Philharmonikern dirigierte Hans-Werner Henze die Suite aus dem Orchesterzwischenstücken seiner Oper „Die englische Katze“, eine Zusammenfassung der musikalisch außerordentlich dichtgewirkten Hauptgedanken des Werkes.

Wolfgang Rihm kam im Konzertsaal des Senders Freies Berlin gleich mit einem Stück von Mahler-Ausgaben nieder: dem ersten Paukensonnen-Durchlauf über fünf „Abgesangene“, von denen nur die vierte Sequenz freilich, ein Mezzosopran-Lamento, zum allerersten Male erklang. Nur Manfred Trojahn schloß eine verteilte Uraufführung ins Festwochenprogramm ein: ein Auftragswerk für die Philharmoniker, zu ihrer 100-Jahr-Feier im vorigen Jahr geschrieben. Trojahns Pflichtstück erwies sich als bezaubernde Klär. Sein dreisätziges Flötenkonzert, gewissermaßen dem Mund und Atem des philharmonischen Solo-Flötisten Karlheinz Zoeller abgelauscht, sah am Ende Komponisten wie Solisten lautstark gefeiert - was für Komponisten heutzutage durchaus nicht die Regel mehr ist.

Flötenkonzerte neigen ja nicht gerade zu Kraftentfaltung und übertriebener Vitalität. Bei Trojahn ist das von Anfang anders. Als Kopfstück bietet sein Konzert gleich ein Scherz, das leicht ironisch mit verschiedenen Modellen spielt, am stärksten einer trockenen Strawinski-Motivik, über der eine Kette brillanter Flötideen dahinjagt. Der Satz steigt auf wie eine abenteuerlich bunte Fülle klingender Seifenblasen. Ein Sommerlied entspinnt sich in schönster Intensität.

Mezzosopran (die ausgezeichnete Marjana Lipovsek, die freilich kein einziges der mächtigen Nietzsche-Worte verständlich zu artikulieren vermochte) und der Bariton Richard Salter wechselten sich unter Hans Zenders gelassen überlegener Leitung ab in diesen spröde quakenden Orchestergrößen von einer Reise ans Ende der Nacht.

Im Schlußsatz kommt es zu Eulenspiegeln der Flöte vor dem Hintergrund geschäftiger Perkussion. Nach einer lippenstreichenden Flötenskanzelen, von Zoeller, dem Feinschmecker der Töne, mit Gourmandise gelassen, kommt das Konzert explosiv zum Abschluß und katapultiert sich fix in den Jubel.

Das kann man von Rihms „Abgesangene“ nur freilich nicht sagen. Sie enden hoffnungslos nach achtzig Minuten, wie sie begannen: düster, abweisend, voller Resignation, eine Musik voller Trauerdore. Mit dem ersten, rein instrumentalen Abgesang ist im Grunde schon alles perdu. Schwelllänge, düstere, schleichen das Thema an. Durchgehend, über die ganze gigantische Strecke, bleibt der Klang gedrückt, tief gestimmt, nur ab und an von grellen Blitzen durchschossen. Das Radio-Symphoniestudio legte sich für Rihms Düsternis tüchtig ins Zeug.

Mezzosopran (die ausgezeichnete Marjana Lipovsek, die freilich kein einziges der mächtigen Nietzsche-Worte verständlich zu artikulieren vermochte) und der Bariton Richard Salter wechselten sich unter Hans Zenders gelassen überlegener Leitung ab in diesen spröde quakenden Orchestergrößen von einer Reise ans Ende der Nacht.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe zusammengestellte Wanderausstellung geht anschließend nach Burgsteinfurt (24. 10. bis 9. 11.) und Arnberg (12. 11. bis 15. 12.)

Von Henri Cartier-Bresson werden erstmals neben Fotografien auch Zeichnungen, Aquarelle und Ölmale im Fadiglone d'Arte Contemporaneo von Mailand gezeigt.

Die Ausstellung „Ottmar Mehring - Arbeiten 1963-1983“ im Städtischen Museum Heilbronn wird bis zum 9. Oktober zu sehen sein.

## KULTURNOTIZEN

Lawrence Foster, der amerikanische Dirigent, übernimmt am 1. Oktober als Chefdirigent das Lausanner Kammerorchester.

Gemälde von Kaji Higashiyama, dem berühmten japanischen Landschaftsmaler, die schon in München (s. WELT v. 29. 6.) und Düsseldorf zu sehen waren, sind jetzt im Bremer Übersee-Museum zu sehen.

„Martin Luther 1483-1546 - Stationen seines Lebens“ heißt eine Fotoausstellung, die bis zum 30. September in Minden zu sehen ist. Diese vom

## Baden-Baden: 3. Europäische Graphik-Biennale

### Schweigt der Monolith?

Die Zeit, als die Graphik eine handliche Kunst war, den bescheidenen Maßen des sozialen Wohnbaus angemessen, scheint vorbei zu sein. Da es die Neuen Wilden lieben, Leinwand quadratmeterweise zu füllen, wollen auch die Adepten der multiplizierten Kunst nicht zurückstehen. Und so läßt sich vieles, das die Druckpresse verliert, längst nicht mehr in gängigen Mappen oder vorgefertigten Rahmen unterbringen. Das zeigt sich bei der 3. Biennale der Europäischen Graphik in Baden-Baden: Altem Bahnhof, wo manches Werk wegen seiner ausschweifenden Größe nur noch hinter Plastikfolien statt hinter Glas Schutz findet.

Eine ordentliche Plakatgröße wie DIN A1 kann hier nur wenigen imponieren. Selbst Marwan (im Gegensatz zu seiner Malerei) eindrucksvoll Aquatinta mit Kaitadel „Kopf I“ im Format 106 x 76 muß da noch einem „Kleinmeister“ zugerechnet werden. Und auch der italienische Chinese Chin Hsiao, der (inspiriert von Zen?) recht dekorativ kraftvoll farbige Linien, Kreise und Dreiecke auf Blätter 30 x 160 oder 96 x 180 radier, hätte noch keine Chance, im Guinness-Buch der Rekorde aufgenommen zu werden. Dieser Ehre kommt Jörg Immendorf mit seiner konfuse Linolschnittvariante des „Café Deutschland“ (180 x 230) schon näher. Doch der unbestrittene Sieger in dieser Konkurrenz ist der Spanier Juan José Torralba mit dem romantisch-surrealen Holzschnitt „Wendekreis des Krebses“, der es auf stattliche 183 x 305 Zentimeter bringt. Alle diese Großformate demütigen jedoch das Dogma des alten Marx, daß Quantität irgendwann in eine neue Qualität umzuschlagen habe.

Das gilt für die gesamte Biennale. Aber es wäre wohl auch zuviel verlangt, in einer Versammlung von 270 Künstlern mit jeweils vier Arbeiten eine Inflation von Meisterwerken zu erwarten. Nur: Ein paar außergewöhnliche Blätter sollten schon darunter sein. Doch auch damit geizt die Biennale. Sie dokumentiert eher Trends - neben dem Hang zur Größe beispielsweise eine wachsende Vorliebe für den Prägedruck oder eine Palette zarter Farben, wie die Maurice Denis liebt -, und sie läßt nationale Besonderheiten deutlich werden.

Über die Biederkeit sowjetischer Graphik, die noch immer dem Illustrationsstil des ausgehenden 19. Jahrhunderts verhaftet ist - falls sie nicht sogar wie mit Olew Soans ra-

dierten Landkarten über die „Geschichte der estnischen Seefahrt“ oder die „Estnische Natur und deren Schutz“ brave Kartographienfertigkeiten reproduziert -, muß man sich nicht mehr wundern, schließlich wurde sie uns in jüngster Zeit dank Peter Ludwig und Henri Nannen ausgiebig vorgeführt. Demgegenüber wirken die Bulgaren, die sich bei allem Realismus ein paar surrealistische Verfremdungen leisten, geradezu progressiv.

Bei den Polen läßt uns das Wissen um die jüngste Geschichte selbst in braven Bildern Anspielungen vermuten. Oder wie sollen wir es verstehen, wenn Ewa Malewska zerbrochene Stahlbetonbrocken radier und sie „Monolith“ oder „Schweigender Monolith“ betitelt? Wie ist Andrej Popiels „Dialog“ zu interpretieren, wenn der Redner statt eines Koptes Rubiks Zauberwürfel trägt, ein anderer mit verbundenem Mund an das Tischbein gefesselt ist und aus einem Wandbild Panzer in den Raum vor-dringen?

Vergleichen erlaube die Biennale trotzdem nicht, denn hier finden sich alle Stile, alle Genres und alle Techniken (bis hin zur Computergrafik). Aber von graphischer Kunst kündigt nur wenig, beispielsweise das „Portrait“ von José Faria oder die „Männer mit fiktiven Aktivitäten“ von Sys Nina Hindsbo (bis 23. Oktober; Katalog: 60 Mark).

PETER DITTMAR



„Der Hut“, Holzschnitt von Jose Faria aus Dänemark, von der Graphik-Biennale

## JOURNAL

### Kunstwerke sollen frei von Vermögenssteuer sein

DW, Hamburg  
Für eine Freistellung jeglichen Kunstbesitzes von der Vermögenssteuer tritt die „Privatinitiative Kunst“, ein lockerer Zusammenschluß von Kunstfreunden, Museumsleuten, Sammlern und Galeristen, ein. Nur auf diese Weise könne die permanente Abwanderung von Kunstwerken aus Deutschland ins Ausland gebremst werden. Die Notwendigkeit solcher Gesetzesänderungen werden mit Zahlen aus einer britischen Fachzeitschrift belegt, wonach 1982 Werke der bildenden Kunst für 9 Mill. Pfund aus Großbritannien nach Deutschland ausgeführt wurden. Das waren rund 25 Prozent weniger als 1980. Die Ausfuhr von Deutschland nach England belief sich dagegen auf einen Wert von 18,4 Mill. Pfund, was gegenüber 1980 eine Steigerung um 26 Prozent entspricht. Da Großbritannien eines der wesentlichen Kunsthandelsländer ist, kommt diesen Zahlen besonderes Gewicht zu.

### Viola-Preis für Barbara Westphal

dpa, München  
Als einzige Preisträgerin ist im Fach Viola eine Münchnerin aus dem 32. Internationalen Musikwettbewerb der ARD hervorgegangen. Barbara Westphal erhielt den mit 5500 Mark dotierten zweiten Preis. Der erste Preis und der dritte Preis wurden in diesem Jahr nicht vergeben.

### Neue Mitglieder des Exil PEN-Club

rsf, Köln  
Der Exil PEN-Club der deutschsprachigen Länder hat sechzehn neue Mitglieder aufgenommen. Unter ihnen ist der Rektor der Ukrainischen Freien Universität in München, Prof. Dr. W. Janiw, der ungarische Dramatiker und Schriftsteller Otto Bodnár-Büchler sowie der Publizist István Balogh, die tschechischen Schriftsteller Vilem Hefl und Cestmir Velejalek, der slowakische Publizist Egon T. Lanský und der rumänische Romancier Lucian Gricu. Mitglied des Exil PEN-Club wurde auch der in München lebende führende tschechische Kenner der nordischen Literatur Prof. Dr. Radko Kejzar sowie der Literaturhistoriker G. J. Morava.

### Gitarren treffen sich in Mettmann

dpa, Mettmann  
Mehr als 200 Gitarristen aus 19 Ländern werden sich vom 22. September bis zum 2. Oktober in Mettmann bei Düsseldorf zum zweiten Gitarrenkongress treffen. Neben Solokonzerten sind internationale Meisterkurse, Referate, Podiumsdiskussionen und ein internationaler Gitarrenwettbewerb der Studenten vorgesehen.

### Volkskunde-Kongress über die Großstadt

DW, Berlin  
Unter dem Thema „Großstadt - Aspekte empirischer Kulturforschung“ steht der 24. Deutsche Volkskundekongress, der vom 28. bis 30. September in Berlin stattfindet. Der Bogen der Vorträge spannt sich dabei von umfassenden Themen wie „Großstadt: Empfehlenswertes Durchwandern“ - wohlgeordnet Nebeneinander“ (Prof. J. F. Geist, Berlin) bis zu Detailfragen wie „Neue Felder populären Singens in der Großstadt“ (Prof. W. Schepping, Aachen) oder „Kinderwitze in der Großstadt und auf dem Land“ (R. Wehse, Göttingen).

### Zum 8. Mal Design-Börse im Haus Industrieform

DW, Essen  
Zum 8. Mal findet im Haus Industrieform in Essen die Design-Börse statt. Vom 4. bis 8. Oktober stellen vierzig Designer ihre Entwürfe für sehr verschiedene Produkte aus. Das Angebot reicht von Vorschlägen für eine Badezimmerarmatur oder einen Bildschirmarbeitsplatz bis zu Spielzeugen oder einem Zigarettenselbstbrüher. Ziel der Design-Börse ist es, Kontakte zwischen den Entwerfern und der Industrie herzustellen. Für jeweils rund die Hälfte der Aussteller ergaben sich bei den Veranstaltungen früherer Jahre Aufträge oder Arbeitskontakte.

### „Chinas Technologie“ 1986 auch in Europa

DW, Bonn  
Eine Ausstellung „7000 Jahre chinesische Technologie“ ist derzeit in den USA und in Kanada zu sehen. Neben den bekannten Leistungen wie der Erfindung von Papier, Porzellan und Schwarzpulver dokumentieren archaische Funde auch weithin unbekannte Leistungen auf dem Gebiet der Technologie und Wissenschaft. 1986 soll die Ausstellung auch in Deutschland gezeigt werden. Der Verband Deutscher Ingenieure (VDI) bemüht sich derzeit um die Organisation der Ausstellung, die dann wahrscheinlich in Berlin, München und Düsseldorf präsentiert wird.

